

# ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

## Des Pudels Kern

Als ich Anfang Mai 1974 – unmittelbar nach dem Sturz des portugiesischen Faschismus – in das abgelegene Bergdorf Talhadas da Vouga kam, berichteten mir Einwohner aufgebracht, was sie vom „Kommunismus“ wüßten: Bei den „Sowjets“ würden die Alten durch eine Spritze hinter das Ohr getötet; die Kinder nehme man den Eltern mit sechs Jahren weg; persönliches Eigentum sei strikt untersagt. Auf die einander folgenden Diktatoren Salazar und Caetano eingeschwohrene katholische Padres taten ihr möglichstes, daß so etwas auch tatsächlich geglaubt wurde.

Um es gleich vorwegzunehmen: Der Sozialismus tastet das persönliche Eigentum der Bürger, zu dem auch ihre Häuser und Gärten gehören, natürlich nicht an. Er kümmert sich statt dessen um das private Eigentum der Angehörigen der Ausbeuterklasse, soweit es ein bestimmtes Maß übersteigt: Bodenschätze, Fabriken, Banken und Versicherungen, Großbesitz an Immobilien und Ländereien, gegebenenfalls Bahn und Post, Wasser, Gas und Strom.

Kommen wir zu des „Pudels Kern“. Was ist der springende Punkt des marxistischen, sozialistisch-kommunistischen Denkens? Ohne die Rolle des dialektischen und historischen Materialismus oder der Politischen Ökonomie schmälern zu wollen, plädiere ich hier für die Lehre vom Klassenkampf (selbstverständlich bilden alle drei Bestandteile des Marxismus eine Einheit). Man kann es auf den Nenner bringen: Das Kernstück ist die Frage von Macht und Eigentum. Ihre Lösung war die Grundlage aller Errungenschaften der DDR. Die vier Jahrzehnte andauernde ökonomische und politische Entmachtung des Kapitals in einem Drittel Deutschlands – das ist die wirkliche Wurzel des Klassenhasses der Bourgeoisie auf den sozialistischen deutschen Staat. Alles andere kann man als sekundär betrachten. Das jüngste Beispiel dieses Ländergrenzen überschreitenden Hasses liefert das Verbot des Kommunistischen Jugendverbandes Tschechiens, den die Prager Reaktionen nur deshalb außerhalb von Recht und Gesetz zu stellen versuchen, weil er es gewagt hat, die Eigentumsfrage auf die Tagesordnung zu setzen.

Heute kann niemand auch nur annähernd voraussagen, welche direkten oder verschlungenen Wege die einzelnen Völker auf ihrem Marsch zum Sozialismus gehen werden. Ganz neue, uns bislang unbekannte Pfade sind zu erkunden. Man denke nur an Venezuela! Die russische Oktoberrevolution wird sich in dieser klassischen Form wahrscheinlich ebenso wenig wiederholen, wie das bei der Französischen Revolution der Fall war. Aber

unabhängig von der Mannigfaltigkeit der Varianten, zum Sozialismus zu gelangen, wird man das Ziel niemals erreichen, wenn man sich theoretisch oder praktisch von zwei entscheidenden Vorbedingungen löst: der Erringung der politischen Herrschaft durch die Arbeiterklasse und deren soziale Bündnispartner und der Vergesellschaftung der wichtigsten Produktionsmittel. Wer die Macht- und Eigentumsfrage programmatisch „auspart“ und sich in pragmatische „Lösungen“ im Rahmen des bestehenden Systems flüchtet, ist kein Gesellschaftsveränderer.

Mit Besorgnis stellen wir fest, daß die entstehende neue Linke – legt man den derzeitigen Stand zugrunde – vermutlich in der Nähe der SPD herauskommen wird. Deshalb haben wir inmitten des programmatischen Getümmels mit Aufmerksamkeit die Worte Oskar Lafontaines auf dem thüringischen PDS-Landesparteitag vernommen: „Die Partei muß immer die Frage von Macht und Eigentum stellen – ohne das ist sie keine sozialistische Partei.“ Man wünschte sich ein solches Maß an Klarheit in größerer Breite. Natürlich gibt es PDS-Politiker mit Durchblick. Man denke nur an Sahra Wagenknecht, Nele Hirsch und andere. Die meisten der durch Ämter und Mandate Abgesicherten aber leben politisch auf einem anderen Stern. Die Tatsache, daß Lafontaine immer deutlicher antikapitalistische Standpunkte einnimmt und sich der Privatisierung öffentlichen Eigentums entschieden widersetzt, bringt ihm beim marxistisch „vorbelasteten“ Flügel Sympathien ein und macht ihn zugleich zur Zielscheibe von Anfeindungen und Intrigen der Parteirechten. Gregor Gysi teilt die Auffassungen seines Widerparts aus dem Westen nicht. Schon 1990 brach er mit Positionen, zu denen er sich anfangs verbal bekannt hatte. Im März jenes Jahres meinte er gegenüber dem ND, er sei nur unter zwei Aspekten „vom Marxismus weg“ – in den Fragen von Macht und Eigentum. Damit war die Gretchenfrage beantwortet.

Wer nicht bereit ist, dafür zu streiten, daß innerhalb und außerhalb der Parlamente gesellschaftliche Mehrheiten geschaffen werden, die dem Kapital die politische Macht und das ausbeuterische Eigentum entziehen, ist nicht einmal im Ansatz Sozialist. Der bleibt dem Publikum als gefragter Talkshow-Gast und geschickter Wortjongleur ohne politische Substanz und Relevanz im Gedächtnis. Denn eine neue soziale Ordnung erscheint nur vorstellbar, wenn es gelingt, die Bourgeoisie von den Schalthebeln des Staates und der Wirtschaft zu verdrängen. Das ist des Pudels Kern.

Klaus Steiniger



### INHALT

Antimarxismus als Attacke gegen die „Reinheitslehre“	S. 2
Angst vor der eigenen Courage	S. 3
Die Order des Bundespräsidenten	S. 4
Im Rechtsstaat nicht strafbar	S. 4
Viel Geschrei und wenig Wolle	S. 5
Über Ludwigsburg und Birlthler	S. 6
Vom NVA-General zum „Soldatenschicksal“	S. 7
Wanderbaustelle Bundeswehr	S. 8
Verschmähte DDR-Erfahrungen	S. 9
Der verpaßte Freundschaftszug	S. 10
Entscheidung	S. 10
Die Aquarelle der Martina Dost	S. 11
Legendärer Professor Janzen	S. 12
Die Internierungslager auf den Rheinwiesen	S. 13
Zur verordneten Negativsicht auf die DDR	S. 14
Köhlers Demokratie-Trick	S. 15
Religion – Opium des Volkes oder Opium für das Volk?	S. 15
Einspruch, Euer Ehren!	S. 16
Übles aus dem MDR	S. 17
Festhalten am Retter von Greifswald	S. 17
Post aus der „Heldenstadt“	S. 18
Wertgesetz im Sozialismus: War Konkurrenz politisch gewollt?	S. 18
Der Mann, der Mussolini befreite	S. 19
Meine erste „Uniform“	S. 19
Christlicher Fundamentalismus treibt USA-Weltherrschaftspläne voran	S. 20
Wie sich Polens weiße Pans die Finger verbrannten	S. 21
Als James Forrestal aus dem Fenster sprang	S. 22
Große Erfolge der PTB-Genossen	S. 23
Die Schlacht in der Cable Street	S. 23
Brief aus Melbourne	S. 23
Ein Lexikon gibt Auskunft	S. 24
Der legendäre Stabschef der XI.	S. 25
Tod in den bulgarischen Anden	S. 26
Rudolf Sitte: Zeugnis seines Kampfes	S. 27
Archie als Student	S. 28
Leserbriefe	S. 29
Anzeigen / Impressum	S. 32

Nachdem im Zusammenhang mit dem Parteibildungsprozeß von Linkspartei.PDS und WASG einige Papiere mit programmatischen Aussagen erschienen sind, läßt sich deutlich absehen, wohin die Reise gehen soll.

Das Unternehmen stellt den Versuch dar, zwischen den objektiven Zwängen, die sich aus den Widersprüchen der kapitalistischen Gesellschaft ergeben, den immer stärker auseinanderklaffenden subjektiven Positionen der Beteiligten und den Erwartungen der Menschen eine versöhnliche Brücke zu bauen.

Die in den Dokumenten dargelegten Konturen der neuen Partei deuten auf ein Selbstverständnis hin, das zunehmend von der Verinnerlichung der herrschen-

haben muß: die Frage nach der längerfristigen Alternative zum Kapitalismus und die Interessenvertretung hier und heute.“ (Berliner Zeitung, 29. 5. 2006)

Befreit von demagogischer Phraseologie heißt das: Mit „Reinheitslehre“ glaubt Gysi das Gedankengebäude von Marx, Engels und Lenin sowie die nachfolgenden Erfahrungen beschreiben und verunglimpfen zu können. Diejenigen, die den marxistischen Standpunkt wahren, werden als Träumer und Idealisten in die Ecke mit jenen gestellt, die sich so angepaßt haben, daß sie kaum noch von anderen Parteien zu unterscheiden sind, also mit Opportunisten und Renegaten. Damit soll der Beweis geführt werden,

demokratie faßt sich dahin zusammen, daß demokratisch-republikanische Institutionen als Mittel verlangt werden, nicht um zwei Extreme, Kapital und Lohnarbeit, beide aufzuheben, sondern um ihren Gegensatz abzuschwächen und in Harmonie zu verwandeln.“ Das beschreibt, trotz der Zeitdifferenz, auch die heutigen Bemühungen Gysis und seiner Freunde sehr genau.

Die Positionen der Parteigründer spiegeln sich auch im Zusammenhang mit ihrem Verweis auf die Traditionen wider, denen die neue Partei folgen will (Eckpunkte I und II). Es fragt sich, warum Kräfte bewußt ausgeklammert werden, die in sozialistischen bzw. kommunistischen Parteien und Organisationen vereinigt waren bzw. sind. Wie will man den Widerspruch lösen, daß man im nationalen Rahmen die Zusammenarbeit mit ihnen ablehnt, während man in der Europäischen Linkspartei mit Teilen von ihnen zusammenarbeitet? Oder soll auch das nur vorübergehend sein? Übrigens werden auch Mitglieder der PDS zurückgewiesen, die ihre politische Taufe in der SED erfahren haben und ihren Lebensweg nicht verleugnen wollen. Und die PDS-Genossen, die in der Kommunistischen Plattform, im Geraer Dialog, dem Marxistischen Forum usw. tätig sind? Werden diese und andere marxistisch geprägte Gruppen von der neuen Partei (oder ihren Führern) nur noch als „Wahlvolk“ geduldet?

Leider sind auch andere Aussagen der bisher im Parteibildungsprozeß erschienenen Dokumente nicht geeignet, die Zuversicht zu erzeugen, daß durch ihre Umsetzung tatsächlich eine sozialistische Partei entstehen könnte. Der Sozialismus ist im Konzept der neuen Partei die „bestehende (bürgerliche) Gesellschaft, aber ohne ihre Mißstände“, wie Friedrich Engels schon den „Sozialisten“ Dühring (im Anti-Dühring) verspottet hat. In „Eckpunkte II“ wird Sozialismus in der DDR einfach durch die Formulierung „Geschichte linker Praxis in der DDR“ ersetzt.

Der Gründungskonsens der PDS, daß sie eine in der Arbeiterbewegung verwurzelte Partei ist, wird völlig aufgegeben, nachdem unter dem PDS-Vorsitzenden Gysi sofort jegliche Verbindung der Partei zu den Betrieben gekappt und die Arbeiterklasse der anderen Seite der Barrikade überlassen worden war.

Wie weit die Demagogie Einzug gehalten hat, zeigt u. a. Gysis Rede auf dem Parteitag der Linkspartei.PDS in Halle/Saale, wo er unter dem Beifall der Delegierten seine antisozialistische These vom „Zentrum“ erstmals öffentlich vortrug. Wir haben hier die trickreiche rhetorische Auflösung des Marxismus, des theoretischen Denkens, der Politik vorgeführt bekommen. Bruchstücke marxistischer Terminologie und rot eingefärbte Schlagworte dienten dazu, die opportunistische Praxis zu rechtfertigen und die Fähigkeit der Zuhörer zum politischen Denken zu betäuben. Kann daraus eine sozialistische Partei entstehen?

## Wie Gysi die neue Partei auf zentristischen Kurs bringen will

# Antimarxismus als Attacke gegen die „Reinheitslehre“

den ideologischen Leitbilder geprägt ist. Sie wurden durch die Sozialdemokratie (die Sozialistische Internationale) seit Beginn der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts den neuen Bedingungen des Klassenkampfes angepaßt, als Konzeption in den Denkfabriken der USA entwickelt und zielten von Anfang an auf Antikommunismus und antisozialistische Diversion. Zweitens gehen sie von der Akzeptanz der sozialökonomischen Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft aus. Schließlich soll noch eine zusätzliche Funktion ausgeübt werden: Die neue Partei ist als Faktor für die Ruhigstellung der vom Kapital Abhängigen und der sozial und politisch Ausgegrenzten bestimmt.

In keinem der veröffentlichten Papiere wird die Eigentumsfrage gestellt, ist eine Absicht erkennbar, den grundlegenden Widerspruch zwischen den Interessen von Kapital und Arbeit in den Mittelpunkt zu rücken. Damit wird sowohl gegen die historische Wahrheit als auch gegen bindende Beschlüsse der PDS verstoßen. Geschichte wird weiter instrumentalisiert. Marxistische Begründung von Programm und Politik wird entsorgt. Allein für eine reformkapitalistische Sicht bleibt noch Platz. So vernichtet man sozialistisches Profil einer Partei.

Gregor Gysi erklärte: „Wir werden auf jeden Fall eine pluralistische Partei sein. Ich sehe da vor allem drei Strömungen: Die eine nenne ich die Außerirdischen. Die vertreten die Reinheitslehre, die hat aber mit dem Leben der Leute wenig zu tun. Dann haben wir auch eine Gruppe, die haben sich so angepaßt, daß sie sich kaum noch von anderen Parteien unterscheiden. Das Entscheidende aber ist das Zentrum, das immer beides im Kopf

daß beide gleichermaßen gesellschaftlich untauglich sind.

Es bleibt nur eins: das Zentrum! Das sei das Entscheidende. Was für ein Zentrum? Offensichtlich wollen Gysi & Co. die Tradition des „Zentrums“, der Zentristen in der deutschen Sozialdemokratie, aufnehmen. Das erklärt auch, warum in den „Eckpunkten I“ festgestellt wird, beide Partner (Linkspartei.PDS und WASG) wollten „eine linke Partei bilden, wie es sie in Deutschland seit 1914 nicht mehr gegeben hat“. Mit anderen Worten: Die Parteigründer beabsichtigen, bei Bernstein anzuknüpfen, um ihre heutigen Vorstellungen von Partei und Gesellschaft zu begründen. Dann müssen die Mitglieder der neuen Partei auch wissen, daß es Bernstein war, der durch Gysi auf dem Sonderparteitag im Dezember 1989 unter die Vorväter der SED/PDS eingereicht wurde. Dieser hatte 1898 der Partei zugerufen, die SPD müsse den Mut finden, sich von – wie er sagte – einer überlebten Phraseologie (die inzwischen verstorbenen Marx und Engels waren gemeint) zu befreien, und „das scheinen zu wollen, was sie heute in Wirklichkeit ist: eine demokratisch-sozialistische Reformpartei“ (E. Bernstein, Voraussetzungen des Sozialismus, S. 165). Es siegte bekanntlich der Revisionismus, es folgten die Bewilligung der Kriegskredite, das Verhalten in der Novemberrevolution und danach!

Es ist deshalb auch nicht anzunehmen, daß die führenden Köpfe der Parteigründung die Hinweise berücksichtigen wollen, die die Begründer des Marxismus an die Adresse der „alten Sozialdemokratie“ ausgesprochen haben. Karl Marx hatte sie schon im „achtzehnten Brumaire“ betont: „Der eigentümliche Charakter der Sozial-

# Gedanken eines PDS-Genossen aus Neubrandenburg

## Angst vor der eigenen Courage?

Meine Gedanken und die vieler älterer Genossinnen und Genossen beschäftigen sich oft mit den Fragen: Was wird aus unserer Partei? Wohin treibt sie oder wird sie getrieben? Wird sie auch künftig noch Einfluß haben? Links oder lahm? Presseerklärungen oder Aussagen einzelner Führungsmitglieder in Berlin und Schwerin bieten ein irritierendes Bild. Verschiedene Gruppen (Grüppchen?) äußern voneinander abweichende Meinungen, setzen unterschiedliche Prioritäten, gebrauchen differierende und mehrdeutige Begriffe. Es fehlt eine einheitliche Terminologie, ein abgestimmter Standpunkt, eine eindeutige Strategie und Taktik. Unter dem geliebten „Pluralismus“ entstehen Plattformen, Strömungen, AGs, Interessengemeinschaften (Sozialistische Linke, Antikapitalistische Linke, Kommunistische Plattform u. a.), aber die Geschlossenheit, die Besinnung auf beschlossene Grundsätze geht verloren. Besserwisserei? Bei allem Respekt vor der individuellen Meinung, den persönlichen Erfahrungen muß es doch eine gültige Mehrheitsmeinung und Beschlüßtreue geben, sonst dominiert Subjektivismus. Aber nehmen führende Genossen die Demokratie denn noch ernst? Statt laut Statut gewählte Organe beraten und entscheiden sogar sogenannte Arbeitsgremien aus Funktionärskreisen. Statt wirklich erarbeiteter Mehrheitsmeinung wird gewünschten Standpunkten lediglich noch zugestimmt. Offensichtlich wissen führende Genossen nur, was ihre Mitarbeiter und Funktionsträger denken, die Basis soll dann „mitgenommen“ werden. Ist der Basiswille nicht der entscheidende? Selbst in der Personalpolitik gelten subjektive Sympathie und Antipathie. Die mit den meisten Wählerstimmen genießen nicht immer die gebotene Anerkennung und Widersprecher schon gar nicht. Sind Opportunisten und Jasager wieder in Mode gekommen? Ist Politik wirklich nur das „Machbare“? Kann man sich nicht auch Ziele stellen, die noch nicht „mehrheitsfähig“ oder Kompromisse sind? Unserer Partei – ihren Führungskadern? – fehlt offensichtlich der Mut, bei den Herrschenden anzuecken. Kein Wunder, wenn es in den Leitungen keine Einheitlichkeit und Rückendeckung gibt. Unabweisbare Positionen werden in Berlin wie in Schwerin aufgegeben, um des lieben Friedens willen (oder etwa der

Machtbeteiligung und des Geldes willen?). Dabei sollten doch mit der Nichtkriegsteilnahme, der Sozialstaatlichkeit, der Nichtprivatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge, des Wassers, der Energie, des Verkehrs u. a. feste Pflöcke einer sozialistischen Partei eingeschlagen sein. Oder bleiben wir keine sozialistische Partei? Wenn alles zum Neoliberalismus strebt, müssen wir da mit? Machen wir jetzt „robuste Militäreinsätze“ nach NATO-Gebot salonfähig und akzeptieren die Macht- und Ausbeutungsinteressen des Kapitals, weil wir uns „modernisieren“ wollen und sogenannten Sachzwängen gehorchen müssen? Was soll die Parteibasis davon halten, wenn Heiner Geißler (CDU) und die Neonazis (NPD) den Politikwechsel und andere Forderungen der Linkspartei z. B. zur Zwei-Klassen-Medizin und zur Eigentumsfrage deutlicher ansprechen als unsere Parteiführung? Sind die Rechten etwa konsequenter? Gibt es in unserer Parteiführung linke Liberale, die einen Sozialismus mit kapitalistischen Farben wollen? Die Regierenden übernehmen jetzt zunehmend Leistungen der DDR (Schulbildung, Ärztezentrum, Agrargenossenschaft u. a.), doch sie stellen das nicht als Erfahrungen der DDR heraus, denn die war ja ein „Unrechtsstaat“. Das ist doch Angst vor der eigenen Courage! Wie lange lassen wir uns noch die unterschiedliche Ost-West-Entlohnung, die unterschiedlichen Rentenpunkte, die diskriminierende Bewertung gefallen? Die Partei zeigt zu wenig Biß! Gerade weil man uns ignoriert, diffamiert und entwürdigt, müssen wir offensiver reden und handeln. Wo bleibt unser Selbstbewußtsein? Ich bin nicht gegen eine Regierungsbeteiligung, aber sie muß uns nützen. Natürlich weiß ich, daß man da Zugeständnisse machen, „Kröten schlucken“ muß. Aber man darf doch nicht sein Profil aufgeben. Sicher kann man als Opposition schärfer kritisieren, angreifen, enthüllen und beißen, doch „die Karawane zieht weiter“. Als Mitregierung muß man Durchsetzungsvermögen beweisen und bei offensichtlicher Benachteiligung und Übertölpelung auch den Austritt wagen. Und die Parteibasis, auch die Wähler, müssen das spüren und sich darauf verlassen können. Natürlich wird Politik von den Menschen mit all ihren Stärken und Schwächen ge-

macht. Die Alten mit ihren Erfahrungen sterben weg, die Jungen gehen lieber zu den Parteien, die im Aufwind sind und Positionen bieten. Persönlichkeiten mit Wissen, Autorität und Fähigkeiten zum politischen Kämpfen kann man nicht backen. Das Wissenspotential der DDR hält sich leider zurück (Stasi-Keule) und ein Parteilehrjahr wird verurteilt. Dabei fehlt es sehr an politischer Bildung, Organisationsfähigkeit und Führungstalent. Überlassen wir der BIRTHLER-Behörde, wie man den Sozialismus, die DDR, sehen muß? Auch ohne eine „neue“ geschlossene Theorie einer künftigen Gesellschaftsordnung muß man den Genossen doch ein Ziel geben, Hoffnungen wecken, um Einsatzbereitschaft zu motivieren. Der Resignation, Gleichgültigkeit und Unfähigkeit zum Denken und Tun müssen wir alle stärker entgegenwirken.

Und was das Erstarren nationalistischer Tendenzen betrifft, so habe ich große Sorgen. Die „gewöhnliche“ Ausländerfeindlichkeit, die nationalistische Überheblichkeit und die Sympathie für starke Männer, die Ordnung schaffen, sind sehr verbreitet. Man ist „ja nicht gegen Ausländer, aber ...“ Solange Politiker und die Gerichtsprüfung auf Demonstrations- und Redefreiheit machen, ohne deren Ziel und Inhalt zu bewerten, solange sie aus formalen Gründen keine Handhabe für Verbote oder entscheidende Gegenmaßnahmen sehen, nützen alle Bürgerbewegungen, Appelle und Erklärungen nichts. Bei Aktionen linker Kräfte gibt es doch Handhaben. Wie 1930 bis 1933! Unter dem Rechtsruck wird unsere Partei zu leiden haben. Die spärliche Teilnahme der Bürger an Protestaktionen zeigt es.

Ich wünsche mir eine Partei, in der ich gleichgesinnte Mitstreiter finde, nicht rivalisierende Rechthaber oder eitle Besserwisser, nicht Schönredner, sondern überzeugende Helfer. Diese Partei müßte im Dialog mit der Basis verständlicher, orientierender und ermutigender sein.

Da würde ich gern solide Arbeiter, kluge und lernende Partner treffen, und ich wüßte, ihr Anliegen trifft sich mit meinem. (Und wo nicht, müßte ich vielleicht über meine Meinung nachdenken.)

Die Partei dürfte sich nicht verbiegen lassen, müßte Grundpositionen und sozialistische Werte festigen und weder auf verlockende Angebote des Zeitgeistes noch auf billige Unterstellungen und gegnerische Tricks reinfallen. Da wäre ich unter Freunden.

Zur Zeit habe ich zwar in der Partei Freunde, aber die Partei ist mir zu undurchsichtig und nicht emotional politische Heimat. Basis und Leitungen finden zu oft nicht eine gemeinsame Sprache, das ist besorgniserregend und macht mir manchmal Angst.

Quo vadis?

**Dr. Horst Parlow**

Wir denken an unseren treuen Leser **Peter Gingold**

Er war ein Held der Résistance,  
ein liebenswerter Mensch,  
ein großartiger Kommunist.

## „Jeder soll wissen, was in der DDR lief ...“ Die Order des Bundespräsidenten

Bundespräsident Köhler redet gern und demzufolge auch viel. Wir sind zwar laut Ausweis und Paß Bürger der Bundesrepublik Deutschland, aber durch nichts verpflichtet, die Reden des Bundespräsidenten zu hören. Zuweilen aber sollte man den einen oder anderen Satz doch zur Kenntnis nehmen, zumal wir ja auch nicht in den Verdacht geraten wollen, die in dieser Republik vertretenen Weisheiten zu ignorieren. Hier endet meine „Ouverture“. Der Satz Köhlers, den ich mir notiert hatte, lautet: „Das ist mir wichtig, daß jeder Mensch weiß, was in der DDR lief.“

Na bitte, dachte ich bei mir, was könnte Besseres geschehen, als wenn endlich verbreitet wird, was „in der DDR lief“. Den Satz hatte er am 26. Juni 2006 formuliert, so daß auch niemand behaupten kann, er sei längst überholt. Und noch dazu vor Schülern. Was will man mehr? Die Formulierung erschien mir geradezu programmatisch, denn bislang wurde doch hierzulande vornehmlich „verbreitet“, was in der DDR nicht lief. Nun also kommen Wahrheiten auf den Tisch! Daraus ergibt sich: Die Lügen werden aus der Welt geschafft. Niemand hätte da Illusionen, denn was in den letzten 15 Jahren an Nichtwahrheiten über die DDR verbreitet worden war, ließe sich, nebeneinandergeschichtet, wohl nur in Kilometern messen.

Keine langen Vorreden: Packen wir's an! 1991 verbreitete „Der Spiegel“ in Heft 35 eine Gruselstory, die schwer zu überbieten war. Danach „lief“ es im Gesundheitswesen der DDR so wie zum Beispiel in der Charité: „Kriminelle Stasi-Praktiken an der traditionsreichen Klinik, an der einst Rudolf Virchow, Robert Koch und Ferdinand Sauerbruch forschten und praktizierten, erschüttern derzeit die Ärztesunft in der ehemaligen DDR. Denn an der Charité haben Heilkundige im Dienst der realsozialistischen Staatssicherheit nach den Erkenntnissen von Berliner Behörden gegen alle ehernen Moralgesetze der Medizin verstoßen. Charité-Ärzte, so geht es aus den Akten des früheren DDR-Ministeriums für Staatssicherheit hervor, bespitzelten nicht nur ... Anstaltsmediziner, sondern beteiligten sich gegen jede Ständesregel auch an Menschenversuchen ... Weil sie Organspender brauchten, nahmen Ärzte der Charité den Tod von Schwerstkranken in Kauf, die aus allen Teilen der Republik in das Uni-Krankenhaus verbracht wurden. ...“

Wofür sie Organspender brauchten? Ein Reporter der „Berliner Zeitung“ hat es in einem Interview (31. August 1991) mit dem weltweit geachteten Direktor der Chirurgischen Klinik, Prof. Helmut Wolff, unmißverständlich formuliert, als er ihm die Frage stellte: „Trifft es zu, daß es eine Art Organbank für die politische Prominenz der damaligen DDR gab? Für den Fall, daß die alten Herren des Politbüros sich einer Transplantation unterziehen müssen?“

Des Professors Antwort: „Das ist geradezu absurd. Über solche Behauptungen könnte man lachen, wenn es nicht so ernst wäre.“

Doch es gab nichts zu lachen, wenn die Medien der Öffentlichkeit mitteilten, wie es in der DDR „lief“.

Man hatte mit der „Organbank fürs Politbüro“ übrigens noch längst nicht den Gipfel des Horrors erreicht. Eine andere Story behauptete, in der Charité seien Medikamente westdeutscher Pharmakonzerne an Patienten getestet worden, um auf diese Weise zu Devisen zu gelangen. Der „Spiegel“ gab der dreisten Lüge den reißerischen Titel „Russisches Roulette“ und vermittelte seinen Lesern folgende Tatortbeschreibung: „Wenige Minuten nach der Injektion verkrampfen sich die Brustmuskeln des Patienten, sein Herz beginnt zu rasen, Kopf und Rücken schmerzen. Der Mann bekommt hohes Fieber und Durchfall, erbricht, in seinem Blut verlangsamt sich die Produktion der lebenswichtigen weißen Blutkörperchen. Der Patient ist Opfer eines Arzneimittelversuchs ... Es war kein Einzelfall. Allzugern griffen westliche Pharmakonzerne zu, als sich ihnen die Chance bot, aggressive und noch nicht zugelassene Präparate in den Kliniken der DDR auf Wirksamkeit und Nebenwirkungen zu prüfen. Die Menschenversuche ... gehörten zu den schmutzigsten Geschäften, mit denen sich das SED-Regime die dringend benötigten Devisen beschaffte.“

Der gerade entstandene Senat von Berlin mobilisierte eine „Soko“, um den Berlinern die panische Angst zu nehmen, sie würden in der Charité als Versuchskaninchen mißbraucht. Die Kommission bestand aus renommierten Medizinerinnen, darunter übrigens auch dem Informanten des „Spiegels“ und begann augenblicklich mit ihren Vernehmungen. Das Fazit lautete: „Die der Kommission vermittelten Informationen bieten keinen Anhalt dafür, daß bei klinischen Arzneimittelprüfungen in der ehemaligen DDR grundlegend andere Maßstäbe oder Vorgehensweisen als in der alten Bundesrepublik zur Anwendung kamen.“

Die „Spiegel“-Leser haben das nie erfahren!

Das verblüfft uns in keiner Weise, denn wir hatten inzwischen eineinhalb Jahrzehnte Direktunterricht im Fach „Umgang der Medien mit der Wahrheit“, aber es mußte wenigstens an einem Beispiel demonstriert werden, um deutlich zu machen, daß sich erschreckend viele Bundesbürger nicht an die Worte des Bundespräsidenten halten: „Es ist mir wichtig, daß jeder Mensch weiß, was in der DDR lief.“

Und wie ich gerade auf die Charité kam? Weil ich dieser Tage im Fernsehen die Bilder der für ihre Existenz kämpfenden Charité-Mitarbeiter sah und las, daß ein Teil der unter Denkmalschutz stehenden Gebäude verhöckert werden soll. Von den Patienten war nirgends die Rede. So läuft das in der BRD!  
**Dr. Klaus Huhn**

### Im Rechtsstaat nicht strafbar

#### Staatsanwaltschaft Berlin

81 Js 3457/06

Gesch.-Nr. Bitte stats angeben

Dez.: 116

Sehr geehrter Herr Dr. Steiniger,

auf die in Ihrem Namen erstattete Strafanzeige von Prof. Dr. jur. Buchholz gegen den Verfasser einer e-Mail vom 27. August 2006 unbekannt, alias Sepp Dietrich wegen Aufforderung zu Straftaten pp. teile ich Folgendes mit:

Wie dem Text zu entnehmen ist, reagiert der Verfasser auf einen Beitrag oder eine Seite, die Sie selber im Internet zugänglich gemacht haben.

Das Recht der Meinungsfreiheit, das Sie auf diese Weise in Anspruch nehmen, steht auch dem unbekanntem Verfasser der e-Mail zu.

Der Verfasser drückt sich drastisch, aber noch in engem Bezug zu Ihrem Beitrag aus.

Anhaltspunkte dafür, daß der Beschuldigte ernsthaft andere zu solchen Handlungen aufrufen will, sind nicht vorhanden.

Es handelt sich damit um eine plakative, aber doch noch hinzunehmende Meinungsäußerung.

Hochachtungsvoll

Anselmann  
STAATSANWALT

#### Zum Sachverhalt:

In dem Schreiben an RF-Chefredakteur Dr. Klaus Steiniger, das einen Tag nach der Ausstrahlung der RBB-Sendung „Kontraste“ in der Redaktion einging, stand wörtlich: „Die DDR war schlimmer als das Dritte Reich und alle noch lebenden Funktionäre und Aktivisten sollten gehängt oder mit Genickschuß hingerichtet werden.“ Eine rechtsstaatliche Äußerung, wie wir jetzt wissen.

# Um die Agrarfrage darf man keinen Bogen machen Viel Geschrei und wenig Wolle

Als Karl Marx in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ vom 30. Juli 1848 in einem Artikel zum „Gesetzentwurf über die Aufhebung der Feudallasten“ die Ursachen für die siegreiche französische Revolution von 1789 und die Niederlage der deutschen Revolution von 1848 untersuchte, kam er zu dem bemerkenswerten Schluß, letztere sei „nur die Parodie der französischen Revolution von 1789“ gewesen. ... „Drei Wochen nach dem Bastillesturm wurde das französische Volk auf einen Tag mit den Feudallasten fertig ... Vier Monate nach den Märzbarrikaden werden die Feudallasten mit dem deutschen Volk fertig ... Die französische Bourgeoisie von 1789 ließ ihre Bundesgenossen, die Bauern, keinen Augenblick im Stich. Sie wußte, die Grundlage ihrer Herrschaft war die Zertrümmerung des Feudalismus auf dem Lande, die Herstellung der freien, grundbesitzenden Bauernklasse. Die deutsche Bourgeoisie von 1848 verrät ohne allen Anstand diese Bauern, die ihre natürlichen Bundesgenossen, die Fleisch von ihrem Fleisch sind, und ohne die sie machtlos ist gegenüber dem Adel. Die Fortdauer, die Sanktion der Feudalrechte in der Form der (illusorischen) Ablösung, das ist also das Resultat der deutschen Revolution von 1848. Das ist die wenige Wolle von dem vielen Geschrei.“ (MEW, Bd. 5, S. 278–283)

Wenige Jahre später zog Marx in „Der Achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ den Schluß: „Im Laufe des neunzehnten Jahrhunderts trat an die Stelle des Feudalen der städtische Wucherer, an die Stelle der Feudalpflichtigkeit des Bodens die Hypothek, an die Stelle des aristokratischen Grundeigentums das bürgerliche Kapital ... Das Interesse der Bauern befindet sich also nicht mehr im Einklange, sondern im Gegensatz mit den Interessen der Bourgeoisie, mit dem Kapital. Sie finden ihren natürlichen Verbündeten und Führer in dem städtischen Proletariat ...“ (MEW, Bd. 8, S. 111–207)

Der gesamte Verlauf der Geschichte lehrt, daß es dort, wo diese Marxsche Erkenntnis nicht befolgt wurde, um die Sache des Volkes schlecht stand. Das war so bei der Märzrevolution 1848 und in der Novemberrevolution 1918. Immer blieben die Hoffnungen und Sehnsüchte der Arbeiter und Bauern unerfüllt. Erst nach der Zerschlagung des Hitlerfaschismus wurde zumindest in einem Teil Deutschlands damit Schluß gemacht.

Seit der demokratischen Bodenreform entwickelte sich das Bündnis zwischen Stadt und Land, das in der Gewinnung aller Bauern für die LPG gipfelte. Die Einheit der Produktivkräfte mit den neu entstandenen Produktionsverhältnissen war hergestellt. Kultur und Bildung hielten Einzug in das Dorf. Polikliniken wurden errichtet, jeder Ort war mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen.

Es gab überall Postannahmestellen und Konsum-Filialen.

In diesem Prozeß entstand eine qualifizierte, gebildete Klasse der Genossenschaftsbauern, die gemeinsam mit den Arbeitern eine Landwirtschaft schuf, die die Bevölkerung vollständig mit Nahrungsgütern aus eigener Produktion versorgte. Mehr noch: Sie exportierte Lebensmittel in nicht geringem Umfang. All das soll heute nicht mehr wahr sein! Mit der Konterrevolution 1989/90 wurden LPG und VEG zerschlagen. Fast 700 000 in der Landwirtschaft Beschäftigte verloren ihren Arbeitsplatz. Das einheitliche Bildungssystem, das Finnland übernahm, wurde beseitigt. Der „neue Staat“ schloß die meisten Polikliniken. Viele Ärzte trieb er in die Verschuldung. Betriebe wurden stillgelegt oder für eine „symbolische“ D-Mark an Schnäppchenjäger aus dem Westen verscherbelt.

Wenn heute dennoch etwa 1100 Agrargesellschaften bestehen, dann beweist das nur, wie stark der Gemeinschaftsgeanke in der Landbevölkerung Fuß gefaßt hatte.

Eine echte sozialistische Partei besäße auf dem Lande also eine beachtliche soziale Basis. Nun kann man aber die neuesten Papiere der PDS zur Vereinigung

mit der WASG – vor allem die Programatischen Eckpunkte – eingehend unter die Lupe nehmen: Worte wie Arbeiterklasse oder werktätige Bauernschaft kommen darin nicht vor. Die Landwirtschaft bleibt ausgespart. Ist den Verfassern nicht bewusst, daß die KPD in den 20er Jahren schmerzhaftes Lehrgeld bezahlen mußte, als sie bis zur Verkündung des Bauernhilfsprogramms durch Ernst Thälmann ihr Gesicht vom Dorf abwandte? Führende PDS- und WASG-Funktionäre wären gut beraten, sich gelegentlich auch bei Marx und Engels Rat zu holen, statt – wie Bodo Ramelow meinte – sozialistische Standpunkte „aus der Bibel“ abzuleiten. Zugleich sollte man die reichen agrarpolitischen Erfahrungen der DDR nicht achtlos beiseite schieben. Deren Arbeiter und Bauern haben, im Bündnis vereint, immerhin ein Drittel Deutschlands vier Jahrzehnte lang dem Machteinfluß des Kapitals entzogen und den Beweis erbracht, daß sie einen Staat zu lenken und zu leiten imstande sind. Eine Tatsache, die ihnen die bundesdeutsche Bourgeoisie bis zum St.-Nimmerleins-Tag nicht verzeihen wird. **Ernst-Otto Christalle**

Unser Autor war Leiter des Sekretariats des Parteivorstandes der DBD.

Karikatur: Heinrich Ruyanat



# Nazi-Beschützer und DDR-Hasser sind Brüder mit gleichen Kappen Über Ludwigsburg und Birthler

Im Streit um das Buch von Prof. Dr. Detlef Joseph („Nazis in der DDR“), den der RBB entfachte, zeigte sich klar die Tendenz, den bedeutenden Einfluß der Nazis auf die Ausgestaltung der BRD zu leugnen. Es ging um die Frage: Was geschah mit den Nazis in beiden deutschen Staaten? Dabei wurden die Toten aus den Gräbern geholt, um sie gegen die DDR zu verwenden. Ohne Scham berief sich der notorische Herr Dr. Knabe (Hohenschönhausen) auf die Nürnberger Prozesse, um an ihrem Beispiel den Aufarbeitungseifer der BRD zu loben.

Die historische Gerechtigkeit würde es erfordern, daß nach dem „Braunbuch“ der DDR über Nazis in der BRD eine BRD-Variante zum Thema erscheint. Als Verfasser wären am besten die Mitarbeiter der „Ludwigsburger Zentrale“ geeignet.

Aber eine vorurteilsfreie Betrachtung der Geschichte der beiden deutschen Staaten ist angesichts der Positionen professioneller DDR-Hasser nicht zu erwarten.

Dennoch möchte ich darauf verweisen, wo wohl das meiste Material für ein solches Buch zu finden wäre. Es liegt im Archiv der „Ludwigsburger Zentrale“.

Diese wurde 1958 auf Beschluß der Harzburger Konferenz der Landesjustizminister der BRD gegründet. Damit war die Justizhoheit der Länder mit der angeblichen Absicht gebrochen, sämtliche Verfahren gegen NS-Verbrecher koordinieren und die Ermittlungsergebnisse allen Staatsanwaltschaften zuleiten zu wollen. Diese lobenswerte Begründung diente allein der Täuschung. Die Zahl der Strafverfahren und Verurteilungen hat sich seit Gründung der „Ludwigsburger Zentrale“ kaum erhöht. Wie die Praxis bewies, war die Ursache ihrer Einrichtung vielmehr, die Dokumentenflut zentral aufzufangen und unerwünschte Anklagen zu unterdrücken. Die Kompetenzen der Ludwigsburger gingen nicht so weit, daß sie selbst Anklage erheben konnten. Auch waren sie nicht verpflichtet, die Untersuchungsergebnisse an die Staatsanwaltschaften weiterzuleiten. Die ständige Berufung auf die Unvollständigkeit des vorliegenden Materials als Grund für ein Hinauszögern oder Nichttätigwerden ließ sich ins Unendliche ausdehnen.

Die „Ludwigsburger Zentrale“ sammelte ein spezifisches Beweismaterial: das Dokument. Es ist in seiner Beweiskraft nahezu zeitlos und deshalb für die Anklagepraxis von unschätzbarem Wert. Der damalige Leiter von Ludwigsburg, Ruckerl, sagte dazu sehr Treffendes. In einer Fernsehdebatte auf die Dokumente angesprochen, erklärte er: Die Leute, „welche unmittelbar an der Grube gestanden und geschossen haben, das sind ja die etwas kleineren Täter. Sie können durch Dokumente nicht überführt werden. Die sind auch nicht so bedeutend gewesen, daß sie nun namentlich in den Dokumenten

genannt sind.“ Und dann fiel der bezeichnende Satz: „Dokumente entlarven die Schreibtischtäter.“ Damit wurde offensichtlich, daß in der „Ludwigsburger Zentrale“ überwiegend belastendes Material gegen Hauptschuldige aufbewahrt wurde. Untersuchungsergebnisse bestätigten das. In Ludwigsburg lagerten enorme Mengen von Beweisen. Nach einer Angabe aus dem Jahre 1966 verfügte die Zentrale über 120000 Dokumente. Die Registratur umfaßte 80000 Namen, 160000 Fotokopien, 315000 Karteikarten und Hunderte von Mikrofilmen. Seitdem ist die Dokumentenflut nur noch angestiegen.

Von den 86 Verfahren, die nachweislich auf Initiative der „Ludwigsburger Zentrale“ eingeleitet wurden, sind 76 eingestellt worden. Darunter befinden sich:

#### **Persönlicher Stab des Reichsführers der SS:**

Eingeleitete Verfahren	24
Ohne Urteil endgültig eingestellt	18

#### **Kanzlei des Führers:**

Eingeleitete Verfahren	7
Einstellungen	7

#### **Rassen- und Siedlungshauptamt:**

Eingeleitete Verfahren	5
Einstellungen	5

#### **Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete:**

Eingeleitete Verfahren	4
Eingestellt	4

#### **Reichsministerium der Justiz:**

Eingeleitete Verfahren	24
Eingestellt	24

Dieser Bericht an den Bundestag vom 26.2.1964 offenbart großen Propagandaaufwand für nichts und die Schutzfunktion dieser Zentrale gegenüber den Nazi- und Kriegsverbrechern.

Rüdiger Fleiter hat in seiner Magisterarbeit die Rolle der „Ludwigsburger Zentrale“ bei der Vergangenheitsbewältigung untersucht. Er kam zu dem Schluß, diese Einrichtung sei nicht mehr als ein Feigenblatt zur Verdeckung der ausgebliebenen Strafverfolgung von NS-Verbrechen. In einer Art Abschlußbericht der Zentrale aus dem Jahre 2000 wurde festgestellt, daß

von ihr Vorermittlungen und Ermittlungsverfahren gegen 106 496 Personen geführt worden seien. Nur 6495 Angeklagte habe die Justiz rechtskräftig verurteilt.

Die Bundesregierung hat für ihr „Feigenblatt“ viel Geld ausgegeben. Zeitweilig waren in der Zentrale 120 Richter und Staatsanwälte beschäftigt. Das Ziel ihrer Tätigkeit bestand in der Verhinderung von Prozessen gegen gewisse Schreibtischtäter.

Heute gibt die Bundesregierung enorme Summen aus, um die Birthler-Behörde mit ihrem Riesenapparat gegen Recht und Vernunft am Leben zu erhalten. Weshalb? Im Unterschied zur Birthler-Behörde, die einen regelrechten Lese- und Ausleihdienst betreibt, war eine Einsicht in die Archive der „Ludwigsburger Zentrale“ kaum möglich. Für die Unterlagen des Birthler-Apparats gelten selbstgesetzte Schutzfristen. Für die Nazi- und Kriegsverbrecher – und andere Unterlagen liegen nicht in Ludwigsburg – galten die Schutzfristen meist bis zum Tod der Täter.

Schlimm ist, wenn Dr. Hubertus K., der Scharfmacher aus Hohenschönhausen, der BRD andichtet, sie habe die Nürnberger Urteile anerkannt.

Sollte ihm wirklich nicht bekannt sein, daß die Bonner Justiz viele Urteilsprüche von Nürnberg abgelehnt und erbittert bekämpft hat? Er möge die Geschichte der NS-Prozesse studieren. Dort wird er finden, wie die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und die Verteidiger eine ganze Skala von Rechtfertigungsgründen, Schuldausschließungsgründen, des Befehlsnotstandes und Verbotsirrtums, die Erfindung des Gehilfenstatus, die Umwandlung von Mord in Totschlag und damit Verjährungseintritt einführen, um den Freispruch der angeklagten Kriegs- und Nazi-Verbrecher zu erreichen. Nürnberg war für die Bundesregierung immer nur ein „Gericht der Sieger“. Seine völkerrechtlichen Grundsätze fanden niemals Eingang in das innerstaatliche Recht. „Gericht der Sieger“ ist gegenwärtig übrigens auch eine Hauptlösung der Neonazis.

**Dr. Martin Dressel**



## Nachschlag zu einer Rezension

# Vom NVA-General zum „Soldatenschicksal“

In der Oktober-Ausgabe des „RotFuchs“ erschien unter der Überschrift „Vom Truppenübungsplatz zur Generalstabsakademie“ eine Rezension. In ihr bespricht Dr. Langrock das Buch „Soldat der NVA von Anfang bis Ende. Autobiographie“ von Hans-Georg Löffler. Der Beitrag bedarf einer Ergänzung. In der DDR dienten mehr als 300 Generale und Admirale. Nur wenige von ihnen (keine drei Prozent) veröffentlichten nach 1990 ihre Erinnerungen. Es fällt deshalb auf, wenn ein General innerhalb kurzer Zeit gleich zweimal seine Militärkarriere schildert. Von General a. D. Löffler erschien 2002 „Soldat im kalten Krieg. Erinnerungen 1955–1990“ und in diesem Jahr die o. a. Autobiographie.

Beim Blättern stellt man unschwer fest, daß die jüngere Ausgabe eine um mehr als einhundert Seiten gekürzte Fassung der älteren ist. Gewechselt wurde der Verlag; erst Biblio, jetzt edition ost. Auch das Vorwort ist geändert. Für die ältere Ausgabe schrieb es Generalleutnant a. D. Werner von Scheven (zuletzt Befehlshaber Ost der Bundeswehr), für die jüngere Ausgabe Volksmarine-Admiral a. D. Theodor Hoffmann (Nachfolger von Heinz Keßler). Die Ausgabe von 2002 richtet sich vorrangig an Leser in den alten Bundesländern (Westausgabe), die jüngere Ausgabe ist für ehemalige DDR-Bürger gedacht (Ostausgabe).

Löffler, Jahrgang 1937, ist ein militärisch hochqualifizierter General. Er absolvierte die Frunse-Militärakademie und die Akademie des Generalstabs mit Auszeichnung. Er ist erfahren und erfolgreich in der Truppenführung und im Stabsdienst. In einem Werbetext für die Ostausgabe heißt es: „Gäbe es die DDR noch, wäre er heute vermutlich Minister.“ Das Vorwort der Westausgabe ist aufschlußreich: Löffler gehörte zu jener kleinen Gruppe von Generalen, „die für einen Weiterverbleib in der Bundeswehr bereit und empfohlen worden war“. (Weil es in Bonn darüber unterschiedliche Meinungen gab, kam es letztlich doch zur Entlassung.) Ein NVA-

General ist fähig und bereit zum Dienst in der Bundeswehr!

Löffler wurde freiwillig Soldat, um einen „persönlichen Beitrag zur Sicherung des Friedens zu leisten“. Nie wieder sollte ein Krieg von deutschem Boden ausgehen. Am Ende seiner militärischen Laufbahn ist L. stolz darauf, in einer Armee gedient zu haben, die nie Krieg führte. Noch war kein Jahrzehnt verflossen, da ging von der BRD ein neuer Krieg aus, war die Bundeswehr an der NATO-Aggression gegen Jugoslawien beteiligt. L. vermeidet jeden kritischen Hinweis; er hat dazu nichts zu sagen! Doch im Jahr der Aggression publiziert L. im „Jahrbuch für Wehrpolitik und Militärwesen – MARS“ einen Artikel zur „Angriffsplanung und -vorbereitung der NVA am Beispiel der 1. MSD“.

Auf der Offiziersschule wurde Löffler gesagt: „Also, wer Offizier werden möchte, der muß selbstverständlich Mitglied der SED sein.“ Löffler wollte Offizier werden und wurde 1956 Kandidat der SED. Kurze Zeit später stellte er aber einen Austrittsantrag. Er fand es „störend und nicht korrekt, daß die Partei alles wissen wollte“. Kam jemand zu spät vom Ausgang, bekam der Betreffende eventuell einen Verweis vom Kompaniechef, „aber vor dem Parteikollektiv hatte der ‚Sünder‘ Fragen nach dem Wieso, Weshalb usw. zu beantworten ... Mir gefiel das nicht.“ L. wollte aber Offizier werden, er zog deshalb seinen Austrittsantrag nach mehreren Aussprachen zurück. In der Ostausgabe fehlt diese Episode, Kurz und knapp schreibt er: Man „bekannte sich zu dieser DDR und jener Partei, die sich als führende verstand. Also schloß man sich ihr an. Ich wurde erst Kandidat und nach zwei Jahren Mitglied der SED.“ Fast am Ende seiner Bücher findet sich wieder ein Hinweis auf seine Zugehörigkeit zur SED. Im Dezember 1989 nämlich tritt er aus. Was L. in den 33 Jahren zwischen Ein- und Austritt in seiner jeweiligen Grundorganisation tat, bleibt sein Geheimnis. In einer Rezension zur Westausgabe wird geschlußfolgert: Löffler geriet „schon bald

zwar nicht in einen ausgeprägten oder gar offenen Widerspruch zur SED, wohl aber in eine sachlich geprägte innere Distanz ... Sie wuchs in dem Maße, in dem L. in der Militärhierarchie aufstieg.“

Löffler präsentiert sich als überzeugter Soldat. Er legt die Latte hoch und sorgt sich um die Unterstellten. Als Kommandeur motiviert und begeistert er seine Soldaten, „frei von jedem Dogma und plumpen politischen Parolen“. Bereits als Kompaniechef weiß er, daß die Armeeführung das Leben der Soldaten nicht kennt und sich „wenig Gedanken macht, um das Ansehen der NVA ... zu verbessern“. Löffler nahm mehrmals an Truppenparaden in Berlin teil. Im engen Kreis kritisiert er die „Haupttribüne“. Von den „Oberen kam selten eine freundliche Geste“. Alles wirkte „sehr ernst, verkrampft, versteinert“. Das Politbüro war für ihn schon früher ein „armeefernes Gremium“.

Während Löffler nach seiner Entlassung aus der NVA im zivilen Leben der BRD Fuß faßt, laufen gegen andere Generale Ermittlungsverfahren, finden Prozesse statt, werden Urteile gefällt, müssen ehemalige Vorgesetzte Haftstrafen antreten. Ob er ihnen seine Solidarität bekundete, erfährt der Leser nicht. Löffler ist in der BRD angekommen. „Heute – fast elf Jahre nach der Wiedervereinigung – fühle ich mich als Bürger des vereinten, des neuen Deutschland, mit allen Rechten und Pflichten.“ Schon im November 1989 sah er sich von der „Last (befreit), daß deutsche Soldaten für die Interessen der großen Sieger von 1945 gegeneinander gestellt wurden“.

Solche Bekenntnisse finden ihre „Würdigung“: Löfflers Westausgabe erschien als Band 10 (von 14) in der Reihe „Soldatenschicksale des 20. Jahrhunderts als Geschichtsquellen“. L. ist darin der einzige General (noch fand kein Bundeswehrgeneral Aufnahme), dessen Karriere nach dem 2. Weltkrieg begann. Für die anderen 13 Militärs endet sie spätestens 1945. Ihre Militärlaufbahn begann beim Kaiser, in den Freikorps oder der Reichswehr, ihr steiler Aufstieg vollzog sich im letzten Weltkrieg. NVA-General Löffler hat nichts dagegen, für diese Reihe vereinnahmt zu werden. Er fühlt sich offensichtlich geehrt und dankt dem Herausgeber. Summa summarum: In der DDR bewältigte eine beachtliche Zahl von Soldaten den Aufstieg zum General. Aber nur einem gelang der Abstieg zum „Soldatenschicksal des 20. Jahrhunderts“.

P. S. Hat Löffler im „RotFuchs“ so viel Aufmerksamkeit verdient? Er natürlich nicht, aber die hier nur teilweise dargestellten Widersprüche und der Nährboden, auf dem sie üppig gedeihen. Damit sind wir beim Opportunismus und der Frage nach seinen objektiven und subjektiven Ursachen in der sozialistischen Gesellschaft.

## Neue RF-Regionalgruppe in Bitterfeld gegründet

Am **10. Oktober** hat eine konstituierende Beratung interessierter Genossen und Genossinnen zur Gründung einer Regionalgruppe Bitterfeld-Wolfen stattgefunden. Bei der Zusammenkunft, an der **Dr. Klaus Steiniger** und **Armin Neumann** teilnahmen, wurde ein dreiköpfiger Vorstand gewählt, an dessen Spitze der Ökonom **Walter Schmidt** steht und dem auch der frühere Bürgermeister der Stadt, Genosse **Klaus Barth**, angehört. Zugegen war der langjährige Generaldirektor des Volkseigenen Chemiekombinats Bitterfeld, **Dr. Adolf Eser**.

Auf Leserversammlungen des RF in **Cottbus** und **Erfurt**, die am 28. Oktober und 4. November stattfanden, berieten die Teilnehmer ebenfalls über die von ihnen ins Auge gefaßte baldige Gründung von Regionalgruppen.

**Dr. Dieter Hillebrenner, Oberst a. D.**

# Bis 2010 werden 100 000 deutsche Exportsoldaten benötigt „Wanderbaustelle Bundeswehr“

Ein „Sauhaufen“! Nein! Zu dieser dem militärischen Jargon entliehenen Metapher würde sich die in Hamburg Geborene nie hinreißen lassen. Das biedere christliche Puttchen an der einheimischen Regierungsspitze kennzeichnet das gegenwärtige Dasein des Deutschlandzustandes mit dem smarten und eher unschuldig klingenden Begriff ganz wohlgezogen als „Sanierungsfall“. Anders hingegen eine auch in Hamburg geborene Person namens Bernhard Gertz. Der um neun Jahre Ältere dürfte kraft seiner militärischen Nachkriegslaufbahn und Erfahrung den Ist-Zustand der Regierung mit dem markigen Begriff bedenken. Schließlich steht er im Obristenrang und zugleich als Vorsitzender vor der breiten Front des Deutschen Bundeswehrverbandes. Mindestens einmal brilliert Gertz unübersehbar in jeder Ausgabe der Monatsschrift „Die Bundeswehr“ im Kreise seiner Kameraden. Dort hat er (8/06) unter dem Titel „Wanderbaustelle Bundeswehr“ gegenüber seinen regierenden Brötchengebern Dampf abgelassen, macht er den vermeintlichen „Sauhaufen“ mal richtig zur Schnecke. „Die meisten Bürger teilen die Einschätzung, daß unser Staatswesen einer grundsätzlichen Konsolidierung bedarf. Schließlich wollen wir unseren nachfolgenden Generationen einen handlungsfähigen Staat überlassen, der imstande ist, nicht nur seinen sozialen, sondern auch seinen außen- und sicherheitspolitischen Verpflichtungen nachzukommen.“ Die Sorge des Herrn Gertz, daß „von der Wanderbaustelle Bundeswehr nur noch eine Bauruine stehen bleiben“ könnte, versteht sich angesichts der zunehmenden Belastungen, die die Regierung zur Durchsetzung ihrer aggressiven Außenpolitik den Staatsbürgern in Uniform zumutet und aufbürdet.

Den Hintergrund dafür spürt Dr. Henning Riecke auf, ein wissenschaftlicher Mitarbeiter der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik: „Die Außenpolitik der USA als einzig verbliebener Supermacht und anderer Großmächte wie China, Indien oder Rußland wird von den Herausforderungen der Globalisierung geprägt. Ihre Ziele liegen heute natürlich nicht mehr im Ausbau von Territorium, sondern in geostrategischer Dominanz, in Form von Marktzugang und Handelsverflechtung, von militärischer Präsenz oder Allianzpolitik oder der Entwicklung von Energiequellen und anderen Ressourcen.“ Die Bundesrepublik Deutschland steht in Reih und Glied als Allianzpartner der USA (NATO), aber auch als solcher in der EU. Aus der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg verlautet: „Die Größenordnungen der zu schaffenden Einsatzkräfte und Kapazitäten sind im Rahmen der neuen militärischen und zivilen Headline Goals (Hauptziele) deutlich erweitert worden – rund 100 000 Soldaten sowie 5800 Polizeibeamte und mehr als

6000 weitere Experten im zivilen Bereich werden für internationale Einsätze zur Prävention, Bewältigung und Nachsorge von Krisen bis 2010, respektive bis 2008, aufgebaut.“ So sind in Kongo zum Zwecke der „Nachsorge europäische Berater für die Polizei und die Reform des Sicherheitssektors im Einsatz“. Um es klarzustellen: Oberst Gertz verlangt vor der Front des Bundeswehrverbandes nicht etwa eine Befehlsverweigerung der Staatsbürger in Uniform, weil mit dem Einsatz in Libanon erneut gegen den Paragraphen 87 a des Grundgesetzes verstoßen wird, sondern er beschränkt sich mit seiner Trillerpfeife allein auf den Aspekt: „Mehr Knete her!“



## »Einzelfälle«

Grafik: Karlheinz Effenberger

Und schon meldet sich wie immer vorlaut der CDU-Jungmann Eckart von Klaeden zu Wort. „Mehr Geld für neue Aufgaben“ titelt der „Tagespiegel“. „Die Politik müsse eine Grundsatzdiskussion darüber führen, welche Rolle Deutschland in der Welt ausfüllen und welche Ziele es erreichen solle.“ Vizeadmiral Wolfgang Nolting, der Inspekteur der Bundesmarine, gibt „geheime Pläne“ bekannt. Auf die Frage: „Wo sehen Sie die Marine im Jahr 2015?“ antwortet er: „Ich glaube, wir werden das Gewicht der maritimen Komponente in der Bundeswehr verstärkt sehen. Denn angesichts der globalisierten Welt, der wichtigen und fragilen Handelsströme auf See, müssen wir uns zum Schutz unseres Landes auch Gedanken machen, wie wir den Handlungsraum besser schützen können.“ Dazu braucht man Geld – viel

Geld. Nun hat man sich im „Sauhaufen“ zumindest darüber geeinigt, wer die 15 Millionen Euro für die Grillparty in Trinwillershagen bezahlt. „Bund zahlt nun doch für Bush-Besuch“ tröstet der „Tagesspiegel“ und das Regierungsputtchen darf nun wieder lächelnd ihren Wahlkreis 15 inspizieren. Wer ihre Web-Seite öffnet – AngelaMerkel.de – könnte vor Rührung zerfließen:

„Liebe Bürgerinnen und Bürger!

Deutschland muß sich in einem harten globalen Wettbewerb behaupten und dabei zugleich zeigen, daß unsere Gesellschaft in der Lage ist, soziale Gerechtigkeit mit wirtschaftlicher Stärke zu verbinden. Dabei geht es um weit mehr als um Marktanteile oder Verkaufszahlen: Nach innen müssen wir die Menschen davon überzeugen, daß es bei uns gerecht zugeht.“

Meint ein deutscher Stabsoffizier in Kinshasa: „Ich kann meiner Familie zu Hause nicht erklären, warum wir hier sind und was wir hier bewirken sollen.“ Sind 213 000 junge Menschen zu überzeugen, warum sie am 1. September 2006 ohne Lehrstelle auf der Straße standen? Fragen sich Eingeweihte, warum im fiktiven „Sauhaufen“ fortan die Arbeitslosenzahlen geschönt werden? Jene arbeitslosen Hartz-IV-Berechtigten, die zunächst ihr „Vermögen“ aufbrauchen müssen, fallen aus der monatlichen Statistik raus.

Das Jahreshoroskop 2006 für den Krebs – und ein solcher ist Frau Merkel – offenbart: „Nur keine Zurückhaltung! Denn 2006 gelingt Ihnen einfach alles. Sie sind unglaublich kreativ und stecken voller Überraschungen. Probleme gibt es keine. Nur ungewöhnliche Lösungen. Und mit denen verblüffen Sie Geschäftspartner oder Vorgesetzte. Bis Mitte November meistern Sie sämtliche Arbeiten gründlich und mit höchster Konzentration. Hinzu kommt das Talent fürs Improvisieren. Sie spüren früher als andere, wenn eine bewährte Methode Sie nicht weiterbringt und reißen das Ruder rasch herum. Auch finanziell wissen Sie, was Sie wert sind und setzen angemessene Forderungen durch.“

„Weitermachen!“, lautet der Befehl.

Hans Horn

Der „RotFuchs“ übermittelt den seit vielen Jahren in USA-Haft befindlichen amerikanischen Antiimperialisten **Kurt Stand, James Clark und Theresa Squillacote** herzliche Grüße solidarischer Verbundenheit. Sie wurden zu Freiheitsstrafen zwischen 12 und 21 Jahren unter der Beschuldigung verurteilt, für die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS der DDR tätig gewesen zu sein.

# Eliteuniversitäten der Bourgeoisie beheben das akademische Dilemma nicht Verschmähte DDR-Erfahrungen

Deutschland fehlen die Akademiker.“ Unter dieser Überschrift informierte Spiegel-online über den jüngsten bildungspolitischen Tiefschlag der OECD, der den üblichen Sturm im Wasserglas auslöste. Nach drei Tagen war die Aufregung allerdings schon wieder vorbei. Es ist ja auch wichtiger, über die geschicktesten Strategien zu streiten, wie man von sozial Schwachen und Kranken am besten das Geld in die Taschen der Pharmakonzerne und der sonstigen Gesundheitsindustrie lenken kann.

Nach der jüngsten Studie „Bildung auf einen Blick“ bleibt die BRD mit einem Anteil von 20,6 % Universitäts- und Fachhochschulabsolventen deutlich unter dem OECD-Durchschnitt von kapp 35 %. Von dem vielbeschworenen Ruck, der durch Deutschland gehen soll, ist nichts zu spüren. Statt dessen zementiert man mit der Föderalismusreform bildungspolitisches Mittelalter, während gleichzeitig in CDU/CSU-regierten Hochburgen des Südwestens drei sogenannte Eliteuniversitäten geschaffen werden, wo man „unter sich“ bleiben will.

Dabei waren 1990 ideale Voraussetzungen gegeben, Erfahrungen eines hochentwickelten Bildungssystems in die Landschaft der BRD einzubringen. Aber das war politisch nicht gewollt! Ein simples Beispiel soll das zeigen. Der Autor dieses Artikels untersuchte über viele Jahre die Formen und Methoden der Förderung mathematisch-naturwissenschaftlicher Begabungen. Auf einer Tagung der Gesellschaft für mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterricht im März 1991 in Göttingen fand unter anderem eine Gesprächsrunde mit Journalisten statt. Der Versuch, Erfahrungen der DDR bei der Förderung von Begabungen ins Spiel zu bringen, scheiterte an mangelndem Interesse. Im Anschluß äußerte ein Reporter sinngemäß: „Das hat überhaupt keinen Sinn. Wissen Sie denn nicht, daß es eine Sprachregelung gibt, im Moment nichts Positives über die DDR zu berichten?“

Worin unterscheidet sich nun die Begabtenförderung in einem sozialistischen Bildungssystem von der Elitenbildung im Kapitalismus? In der DDR stand das humanistische Ziel im Vordergrund, jedem Menschen eine seinen Fähigkeiten entsprechende Tätigkeit im Reproduktionsprozeß zu ermöglichen und ihm damit einen Lebensinhalt zu geben. Dazu gehören eine einheitliche Allgemeinbildung und eine anschließende Differenzierung nach Fähigkeiten und Neigungen. Überzogene Planungsmechanismen und dogmatische Auslegungen haben diesem Anliegen zwar geschadet, es aber keinesfalls unwirksam gemacht.

Nach Abschluß der Polytechnischen Oberschule mit Klasse 10 setzte die Differenzierung nach Leistung und Interessen

ein. Einzelne Hochbegabungen wurden in Spezialschulen auch schon in jüngeren Klassen gesondert gefördert. Die vielgeschmähte bevorzugte Aufnahme von Arbeiter- und Bauerkindern in die erweiterte Oberschule (EOS) sollte deren Bildungschancen erhöhen. Sie war politisch genauso gewollt wie das Drehen der heutigen Machthaber an der Geldschraube, um das Eindringen von Angehörigen unterer Schichten in ihre Eliten weitestgehend zu verhindern.

In der DDR stand der Weg zum anschließenden Hochschulstudium auch denjenigen offen, die nach Klasse 10 eine Berufsausbildung aufgenommen hatten. Betriebsberufsschulen mit Abitur, Vorstudienkurse (als Nachfolger der Arbeiter- und Bauern-Fakultäten) und Volkshochschulen ermöglichten den Erwerb der Hochschulreife.

Nach einer 1981 eingeführten neuen Regelung erhielten alle Studenten unabhängig vom Einkommen der Eltern ein Stipendium. Zusätzlich konnte ein Leistungsstipendium gewährt werden. Es handelte sich wohlbemerkt keinesfalls um eine Teilkreditierung des Studiums, wie das beim Bafög der Fall ist, sondern um eine nicht rückzahlpflichtige Studienbeihilfe. Der Begriff „Studiengebühren“ war in der DDR ein Fremdwort.

Noch beredter für die Überlegenheit des Hochschulsystems der DDR waren die fast ideal zu nennenden Bedingungen bei der wissenschaftlichen Betreuung der Studenten. Während damals auf sechs bis sieben Studenten ein Hochschullehrer kam, liegt die Zahl der zu Betreuenden heute wesentlich höher. Von einer intensiven wissenschaftlichen Arbeit mit dem Nachwuchs sind die bundesdeutschen Hochschulen – von wenigen Ausnahmen abgesehen – meilenweit entfernt. Begabte Studenten konnten in der DDR im Rahmen eines Forschungsstudiums sofort promovieren und damit die Ausbildungszeit wesentlich verkürzen. Generell lag das Durchschnittsalter der Studierenden in der DDR bei Studienabschluß deutlich unter dem der heutigen Studentengeneration. Seit Mitte der 80er Jahre gab es eine Reihe von Experimenten, um Studenten nach

dem Grundlagenstudium auf Anforderung ihres späteren (und damit bereits feststehenden!) Einsatzbetriebes nach individuellem Plan zu unterrichten. Interessante Ansätze zur Einführung einer Ausbildung als Techniker (als Mittler zwischen Facharbeiter und Ingenieur) gingen mit der Übernahme bundesdeutschen Hochschulrechts verloren. Erst jetzt versucht man mit dem Bachelor/Bakkalaureus diese Lücke zu schließen.

Das Bildungswesen der Bundesrepublik verfolgt das Ziel, die Masse der Jugendlichen nur mit einem Minimum an Wissen und Fähigkeiten auszurüsten. Erschreckend niedrig im Vergleich zum OECD-Durchschnitt von 67,7 % ist die Zahl der Jugendlichen mit einer Berechtigung zum Hochschulzugang in Deutschland (38,8%). Positiv zu vermerken ist allerdings die hierzulande noch traditionell hohe Rate von Jugendlichen mit abgeschlossener Berufsschulbildung. Da in zunehmendem Maße ein Überschuß an Arbeitskräften entsteht, die nicht einmal als Konsumtionsgröße von Interesse sind, wurde die einheitliche Bildung aller Schüler und die Zahl der Ausbildungsplätze in der Wirtschaft mehr und mehr reduziert. Die Arbeitskräfte, die zum Erzielen des Maximalprofits gebraucht werden, fielen sozusagen als „Nebenprodukt“ ab. Das galt sowohl für Facharbeiter als auch für Absolventen von Hoch- und Fachhochschulen.

Allerdings führte dieser Selbstlaufmechanismus dazu, daß dem Kapital plötzlich nicht mehr ausreichend qualifizierte Fachkräfte zur Verfügung standen. Insbesondere die exportorientierte und deshalb intelligenzintensive deutsche Wirtschaft spürte, daß der Boden heiß wird. Deshalb werden die Alarmglocken in Gang gesetzt. Reparaturarbeiten am System sind angesagt. Dazu gehört die Schaffung der bereits erwähnten Eliteuniversitäten im CDU/CSU-Machtbereich. Allerdings geschieht das auf Kosten der übrigen Hochschulen, deren Ausbildungsniveau wegen reduzierter Mittel zwangsläufig sinken muß.

Es geht aber nicht um eine Optimierungsdebatte, „wie man das bestehende Bildungssystem noch ein wenig schneller, noch ein wenig besser machen kann“ (Andreas Schleicher/Zitat laut Spiegel-online), sondern um „eine Kompletturnkehr im Bildungssystem“. Dieses durchaus richtige Anliegen Schleichers ist im kapitalistischen System nicht realisierbar, da nicht gewollt. Reparaturen am Kapitalismus führen nicht zu Veränderungen. Sollte es nachfolgenden Generationen gelingen, Erfahrungen des Bildungswesens der DDR in einer andersgearteten gesellschaftlichen Konstellation wieder ins Kalkül zu ziehen, sind sie gut beraten.

**Dr. Dieter Hetsch**

Wir trauern um unseren lieben  
Genossen, den früheren  
Militärstaatsanwalt der NVA und  
standhaften Kommunisten

**Friedrich Goslar**

der im 76. Lebensjahr verstorben ist.

Fritz war der erfolgreichste  
Strausberger Werber des RF.

# Wie zwei Versprengte von Minsk nach Moskau gelangten

## Der verpaßte Freundschaftszug

Ende der 50er Jahre reiste ich mit einem Freundschaftszug nach Moskau. Bauarbeiter, Aktivisten waren von ihren Arbeitskollektiven ausgewählt worden. Sie wollten mit sowjetischen Kollegen Erfahrungen austauschen, um besser, schneller und kostengünstiger zu bauen.

Der Zug ist pünktlich abgefahren. In unserem Abteil machen wir uns miteinander bekannt. So erfahre ich, daß ich zusammen mit drei Kollegen vom Wohnungsbau aus Neubrandenburg die Reise angetreten habe.

Wir verlassen die DDR bei Frankfurt/O. und rollen durch Polen. Gegen Abend erreichen wir den Grenzbahnhof Brest und damit die UdSSR. Unser Zug wird hier auf die erweiterte russische Spur umgestellt. Den kurzen Aufenthalt nutzen wir, um uns ein wenig zu orientieren. Alles wird bewundert, was eigentlich auch anderen größeren Bahnhöfen und ihrer Umgebung eigen ist. Zum Frühstück am nächsten Morgen geht es in den Speisewagen. Der Kaffee tut gut, Brot, Butter und Wurst sind reichlich. Unser Zug durchquert unterdessen in gemächlichem Tempo die weite Ebene zwischen Brest und Minsk. Wir haben den Eindruck, als stehe er auf der Stelle, denn nur sehr langsam verändert sich das Landschaftsbild.

Kurz vor dem Eintreffen in Minsk erhält jeder Teilnehmer etwas Taschengeld. So können wir auf dem Bahnhof einen ersten Einkaufsbummel machen. Alles dauert ein wenig länger, weil an den Verkaufständen noch mit den alten Tafeln gerechnet wird: Farbige Kugeln werden auf einem Handgitter hin- und hergeschoben. „Stschjoty“ heißt diese Rechenmaschine, bei uns auch als Abakus bekannt.

Wir zwei – Rolf, ein Kollege aus Neubrandenburg, und ich – eilen zurück zum Bahnsteig, sehen zu unserem Entsetzen, wie der Zug anfährt und für uns nicht mehr erreichbar ist. Fassungslos stehen wir da. Allein in diesem großen, weiträumigen Land. Etwa zwei Reisetage von Moskau entfernt. Werden wir unsere Reisegruppe wiederfinden? Nach geraumer Zeit entschließen wir uns, eine Militärstreife anzusprechen. Die Verständigung klappt. Durch unsere Aufmachung – Turnschuhe, Trainingsanzug und eine Tüte in der Hand – sind wir ohnehin schon aufgefallen.

Nur gut, daß wir uns ausweisen können. So werden wir als zwei Spezialisten aus der DDR der Bahnhofsaufsicht zugeführt. Die Vorsteherin beäugt uns zuerst mit etwas Mißtrauen. Wir versuchen, alles genau zu erklären, nach Möglichkeit in der Landessprache. Man werde uns weiterhelfen, hören wir. Es wird geprüft, ob der Zug noch per Auto auf einem der nächsten Haltepunkte zu erreichen ist. Schließlich bekommen wir über „Intourist“ neue Fahrausweise für die nächste planmäßige Verbindung nach Moskau.

In der Zeit, in der das alles für uns mit Ausdauer und Zielstrebigkeit, gewürzt mit derber russischer Ausdrucksweise,

organisiert wird, hat Swetlana, unsere Helferin, Zeit gefunden, sich mit uns zu unterhalten. Sie will wissen, wie wir jetzt in unserem Land leben, auch, wie wir mit der Vergangenheit umgehen. Aufmerksam hört sie zu. Sie interessiert sich für unsere Familien, für unsere Kinder und für unsere Arbeit. Wir haben eine liebenswürdige, hübsche und offensichtlich kluge Frau vor uns, die eigentlich schon viel über die Deutschen weiß und mehr dazu von uns erfahren will. In rascher Wortfolge führt sie uns die Kriegereignisse in Minsk vor Augen. Ich muß zugeben, daß wir ihrer Erklärung nur sinngemäß folgen können. Wir vernehmen, daß die Stadt zweimal durch die deutschen Faschisten verwüstet wurde. Dabei blieb fast kein Stein auf dem anderen. SS und Wehrmacht gingen mit grausamer Brutalität gegen die Bevölkerung vor. Deren Widerstand aber blieb ungebrochen. Tausende wurden in Geiselschaft genommen. Die Eltern von Swetlana waren unter jenen, die die Okkupanten zur Abschreckung öffentlich hinrichteten. Sie mußte uns das wissen lassen, einfach darüber sprechen, ohne uns persönlich anzuklagen.

Wir sind derart betroffen, daß wir zunächst kein Wort hervorbringen können. Mit Tränen in den Augen kommt sie dann auf uns zu und umarmt uns. Und wir alle haben nur den einen Gedanken: Jetzt und in Zukunft müssen wir in Freundschaft miteinander leben. Wir kommen erst im Wartesaal richtig zur Besinnung, sind von dieser Frau tief beeindruckt.

Daheim sprach man noch oft mit Vorbehalt von den „Russen“, darüber, wie sich viele von ihnen verhielten, als sie 1945 – über den Faschismus siegend – in unser Land kamen. Hier in Minsk erleben wir, wie Menschen, die das Leid und die Grausamkeiten der Deutschen nicht vergessen können, dennoch bereit sind, uns ohne Vorbehalte menschliche Solidarität zu erweisen.

Zu vorgerückter Stunde, als der Zug nach Moskau eingesetzt wird, holt uns Swetlana ab, als würden wir uns schon lange kennen. Sie begleitet uns bis zum reservierten Coupé. Wir verabschieden uns in aller Herzlichkeit.

Mit im Abteil reist ein junges Ehepaar. Erste Bemühungen, unsere kargen Russischkenntnisse einzusetzen, werden mit der freundlichen Bemerkung unterbrochen, doch lieber deutsch zu sprechen. Wir sind erleichtert. Die beiden kommen uns in ihrer freundlichen, fröhlichen Art entgegen. Es sind Armeeangehörige. Sonja ist Dolmetscherin, Aljoscha Oberleutnant. Ihre Einheit liegt in Potsdam. Urlaubsziel ist zunächst Moskau. Sie hören sich die Schilderung unseres bisherigen „Reiseverlaufs“ belustigt an. Dann laden sie uns zum Abendessen ein. „Ihr müßt essen, wenn ihr heil und gesund zu eurer Reisegruppe zurückkehren wollt“, sagt Aljoscha. Schnell wird der kleine Tisch im Abteil hergerichtet. Brot, Butter, gekochtes Fleisch, Knoblauch, Salz und Pfeffer

werden hervorgezaubert. Aljoscha holt Tee aus der „Bordküche“. Doch zuerst wird Wodka eingeschenkt, und zwar nicht zu knapp. Auf das Zusammentreffen, auf unsere Freundschaft und auf die Gesundheit stoßen wir an. Immer wieder.

Am Morgen danach werden wir nur mühsam wach. Der Frühstückstisch ist wie selbstverständlich für uns mit eingedeckt. Auf dem Bahnhof sind die beiden dabei, als wir von unserer Reiseleitung in Empfang genommen werden.

Solche Erinnerungen haften ein Leben lang im Gedächtnis.

**Karl-Heinz Ebeling, Fürstenwalde**

### Entscheidung

Ich will nicht mehr  
 Von alten Tagen  
 Schwärmen  
 Und mag nicht mehr  
 Am Traueraltar stehen.  
 Ich will nicht mehr  
 Mit dieser  
 Aufgezwungenen Welt  
 Der absoluten Lüge  
 Leben und  
 Tatenlos  
 Auf meinen Untergang  
 Herniederseh'n.  
 Ich kann mich nicht  
 Mit diesem Sumpf  
 Begnügen,  
 In den das Volk  
 Gewissenlos versenkt.  
 Es haben deutsche  
 Parlamente  
 Zu oft  
 Nach Bibeltext  
 Gehenkt.  
 Ich kann mich nicht  
 Zufriedengeben  
 Mit dumpfem  
 Hinterhalt,  
 Der den Palast  
 Zusammenstampft,  
 Um viele fremde  
 Zu errichten.  
 So hab ich auch genug  
 Von Führern, Helden  
 Und blauäugig  
 Deutschen  
 Bescheidenheitsgeschichten.  
 Man nimmt das Wort,  
 Nimmt Stimme, Hand und Herz,  
 Stiehlt mir mein Land,  
 Läßt mich allein  
 Im Schmerz  
 Und raubt mir  
 Demokratisch  
 Meine Taschen aus.  
 Ein Recht.  
 Ein Recht,  
 Mit Recht,  
 Das stört.  
 Ich will mir darum  
 Meine Welt  
 Auch selbst bemessen,  
 Die alte, herb naive,  
 Nicht vergessen,  
 Die mich  
 Dezennien  
 Recht gut  
 An Geist genährt.

**Jürgen H. Holten (1993)**

# Zarte Aquarellgrüße von Martina Dost

Unsere langjährige Leserin, die Malerin Martina Dost aus Görlsdorf im Kreis Seelow, sandte dem „RotFuchs“ eine Auswahl ihrer Arbeiten als Zeichen der Verbundenheit und Gruß zu den Feiertagen.



# Was man in sowjetischer Kriegsgefangenschaft alles lernen konnte

## Legendärer Professor Dr. Nikolai Janzen

Im Beitrag von Christian Zapf („RotFuchs“/April 2006) über die Antifa-Schulen in der UdSSR sowie in darauf Bezug nehmenden Leserbriefen wurde der für Zehntausende deutsche Kriegsgefangene legendäre Professor Nikolai Janzen der Vergangenheit entrissen. Ergänzend zu den Hinweisen auf seine Person möchte ich erwähnen, daß sein Sohn im nationalrevolutionären Krieg Spaniens gegen die von Hitler-Deutschland und Mussolini-Italien unterstützten Franco-Putschisten auf Seiten der Republikaner gefallen ist.

Während des 2. Weltkrieges wurde im Mai 1942 in Oranki bei Gorki die erste Antifa-Zentralschule für deutsche Kriegsgefangene unter Leitung von Oberstleutnant N. F. Janzen, vormals Lehrstuhlleiter an der Universität Leningrad, eröffnet. Die Tätigkeit dieser Schule wurde ab Anfang 1943 in Krasnogorsk bei Moskau fortgeführt. Später entstanden in Talizy und in Rjasan, im Sommer 1948 nach Ogré bei Riga verlegt, zwei weitere Zentralschulen. Ihre Lehrgänge dauerten in der Regel sechs Monate. Darüber hinaus gab es ungefähr 50 Gebietsschulen mit Drei-Monats-Lehrgängen und etwa 120 Lagerschulen mit Lehrgängen von 4 bis 6 Wochen.

Prof. N. F. Janzen habe ich über Jahre hinweg wiederholt erlebt. Als 19jähriger Fähnrich und Flugzeugführer in einem Schlachtgeschwader kam ich in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Nachdem ich in verschiedenen Lagern über zwei Jahre körperlich schwer gearbeitet hatte, wurde ich im Arbeitslager zur Errichtung des Traktorenwerkes Minsk von über 1000 Kriegsgefangenen mit zwei anderen für den Besuch einer Antifa-Zentralschule vorgeschlagen.



In dem vom Verlag der Nation 1968 in erster Auflage herausgegebenen Buch „Kampf um Deutschland“ (mit 24 Lebensbildern, u. a. von Heinrich Mann, Heinz Keßler, Heinrich Homann, Anton Ackermann, Otto Winzer, Hermann Matern, Johannes Dieckmann, Arnold Zweig und Manfred von Ardenne) habe ich über Janzen geschrieben: „Auf der Antifa-Zentralschule für deutsche Kriegsgefangene in Rjasan, in der Nähe von Moskau, lernte ich die Geschichte der Sowjetunion kennen, hier studierte ich deutsche Geschichte aus völlig neuer Sicht, vor allem die mir bis dahin unbekannt Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, hier hörte ich zum erstenmal Vorlesungen über politische Ökonomie bei dem deutschen Antifaschisten und späteren Professor der Humboldt-Universität Robert Naumann, hier wurde ich in den Vorlesungen des dann mehrere Jahre in der DDR tätigen sowjetischen Philosophieprofessors Nikolai Janzen von der Dialektik eines neuen, wissenschaftlich fest fundierten Weltbildes gepackt. [...] Ich habe diese Philosophiektionen begierig wie ein trockener Schwamm aufgesogen, denn für mich war es das erstmal, daß mir jemand ein Weltbild vermittelte, das fern von dogmatischem Glauben und verschwommenem Mythos durch seine bestechende, zwingende Logik und seine wirklichkeitsnahen edlen Menschheitsziele Verstand und Gefühl für sich einnahm. [...] Nach dem Halbjahreslehrgang wurde mir die Frage vorgelegt, ob ich als Assistent an der Schule bleiben oder mit den anderen nach Deutschland zurückkehren wolle. Dieses Angebot faszinierte mich so, daß ich keine Zeit zum Überlegen brauchte und Lehrkraft wurde.“

An den Antifa-Zentralschulen hielt Prof. N. F. Janzen die meisten Lektionen zur marxistisch-leninistischen Philosophie und verstand es meisterhaft, die Wissensvermittlung eng mit erzieherischer Wirksamkeit zu verbinden. Ich habe an der Antifa-Zentralschule 2040 erlebt, wie er vor etwa tausend Kursanten unsere Mitschuld am verbrecherischen Überfall auf die Sowjetunion so eindringlich darlegte, das wohl alle sehr ergriffen gewesen sind.

Herbert Grünstein schrieb in einer Publikation, Prof. Janzen „kannte das Leben und die Mentalität der deutschen Menschen, die unter dem Hitler-Faschismus lebten. Mit einer die Kursanten geradezu verblüffenden Art und Weise leuchtete er

alle Ecken ihrer Lebens-, Verhaltens- und Denkweisen aus, als hätte er ständig unter ihnen gelebt. Er verstand es hervorragend, an die Gefühls- und Vorstellungswelt, an Erlebnisse und Vergangenheit der Kursanten anzuknüpfen, sie mit seinen für alle verständlichen Darlegungen zu fesseln und sie Schritt für Schritt zu neuen Erkenntnissen und Verhaltensweisen zu führen.“

Allein 1949, dem letzten Jahr des Bestehens der drei Antifa-Zentralschulen, wurden weit über 4000 Kursanten in die damalige Sowjetische Besatzungszone bzw. DDR entlassen. Unter den Heimkehrern befand sich auch Hans Modrow, der mit mir zur gleichen Zeit Absolvent und Lehrer war.

Nach Gründung der NDPD waren es Lehrkräfte aus den Antifa-Zentralschulen in der UdSSR, die als Mitglieder der Parteiführung jahrelang eine vorbehaltlose Auseinandersetzung mit dem politischen Irrweg Millionen Deutscher, besonders in zwei Weltkriegen, geführt haben. Sie veranlaßten damals ehemalige Offiziere und Berufssoldaten der Hitler-Wehrmacht sowie frühere Mitglieder und Anhänger der Nazis zu kritischer Auseinandersetzung mit ihrer eigenen politischen Vergangenheit, vor allem mit der nationalen und sozialen Demagogie der NSDAP, mit Antikommunismus, Antisowjetismus und Antisemitismus, mit den massenhaften Verbrechen, die im Namen Deutschlands begangen wurden. In den Jahren seiner Gastprofessur in Leipzig (1956–1960) hielt Prof. N. F. Janzen über Monate verteilt den Lektionszyklus zum dialektischen und historischen Materialismus vor den Mitgliedern und politischen Mitarbeitern des Parteivorstandes der NDPD. Die von ihm in freier Rede gehaltenen und mitgeschnittenen Lektionen wurden dann von mir und einem meiner Mitarbeiter mit seinem Einverständnis redigiert und in schriftlicher Form an die Bezirksvorstände versandt. Sie waren dort wiederum Grundlage von Philosophie-Seminaren mit den politischen Mitarbeitern dieser Vorstände.

Die Wiedersehensfreude war sowohl bei den einstigen Lehrkräften der Antifa-Zentralschulen für deutsche Kriegsgefangene, die nun in der NDPD-Parteiführung wirkten, als auch bei Prof. N. F. Janzen verständlicherweise sehr groß.

**Erhard Lonscher**

*Unser Autor war Mitglied des Sekretariats des Hauptausschusses der NDPD.*

*Allen Leserinnen und Lesern von  
Herzen friedvolle Weihnachten!*

# Woran Washington nicht erinnert werden möchte

## Die Internierungslager auf den Rheinwiesen

In der Oktoberausgabe des RF berührte Dr. Rudolf Drux ein längst überfälliges Thema: das Schicksal von Millionen deutschen Kriegsgefangenen im Gewahrsam der westlichen Alliierten.

Der Historiker Dr. Ekkehard Zimmermann (Goslar) hat die Problematik der Internierung in den Westzonen von 1945 bis 1949 über zwanzig Jahre lang untersucht. Alles, was er in Archiven z. B. Baden-Württembergs ermitteln konnte, ist mehr als erschütternd.

Am 6. April 1990 berichtete „Die Zeit“ über die Internierungslager nach 1945 in der Ostzone/DDR. Die Frage sei über vierzig Jahre tabuisiert worden. Die als entsetzlich bezeichneten Maßnahmen der sowjetischen Organe hätten „nicht nur große und kleine Nazis betroffen, sondern auch Beamte, Lehrer, Journalisten, Wissenschaftler, Fabrikanten und Großgrundbesitzer“. Mit keinem Wort erwähnt der Autor, daß die Zustände in den Internierungslagern des Westens nach 1945 mindestens genauso schrecklich waren. Diese Lager längs des Rheins in den Gebieten um die Städte Buderich, Rheinsberg, Wickrathberg, Andernach, Bingen, Dietersheim, Ingelheim, Bretzenheim, Bad Kreuznach, Remagen und Sinzig hat es aber gegeben. Sie wurden im Frühjahr 1945 für Soldaten, Männer, Frauen, Jugendliche und sogar Kinder eingerichtet. Über die Existenz dieser Lager ist jedoch bis in die Gegenwart konsequent geschwiegen worden.

Legt man die „Sollzahlen der US-Planungsstäbe im Alliierten Oberkommando“ zugrunde, erfährt man über den „automatischen Arrest“ für 198000 Deutsche, die dringend vorgemerkt waren. 50000 Personen, die auf schwarzen Listen standen, kamen hinzu. Sie waren verdächtig, Kriegsverbrechen begangen zu haben. Im November 1944 wurde die Zahl von 430000 Festzunehmenden unterstellt.

Ein Dr. Seidl spricht im Juni 1948 von „etwa einer Million deutscher Staatsangehöriger, die sich aus politischen Gründen“ in Gefängnissen und Lagern des Westens befunden hätten. Dabei seien die 700000, die als „billige Arbeitskräfte“ in Frankreich Wiedergutmachungsdienste leisteten, in die genannte Million nicht mit einbezogen worden.

Ungeachtet der Tatsache, daß die Kriegsgefangenen und Internierten oft über Wochen und Monate in offenen Camps vegetieren mußten, wirft die Art der Behandlung der Prisoners of War ein bezeichnendes Bild auf die „Einhaltung der Menschenrechte“ durch die USA. Unter diesem Aspekt zitiert E. Zimmermann aus einem Bericht der Rechtsabteilung B des Zivilinternierungslagers Eselheide bei Paderborn: „Nach einem 68 Monate währenden Krieg befinden sich die meisten seit der Kapitulation etwa 30 Monate hinter Stacheldraht.“ Im einzelnen heißt es unter der Rubrik „Verletzte und Am-

putierte“, daß man Internierten die Prothesen zerschlagen, eine Neuanschaffung aber unmöglich gemacht habe. Unter der Rubrik „Mißhandlungen und besondere Hoheitsakte der Gewahrsamsmächte“ ist zu lesen: „Stockhiebe, Knüppelschläge, Fußtritte, Kolbenstöße, Bajonettstiche, Laufschrift mit schwerem Gepäck, Knien auf spitzen Steinen, Einklemmen der Daumen, auf dem Bauch kriechen, Tiere nachahmen, Aufdrücken von Brandmalen durch glühende Zigaretten auf Gesicht und Brust, Zwang zum Auflecken von Speichel und Urin vom Fußboden.“

Auf der Grundlage der Alliierten-Vereinbarungen war der ehemalige Staatsapparat zu entnazifizieren. Während die Amerikaner mit der Jagd auf große Nazis begannen, eröffneten die Franzosen erst im Oktober 1945 eine Kampagne. Von Oktober 1945 bis März 1947 wurden die Dossiers von 200 000 Personen in Baden überprüft, 127 Kriegsverbrecher festgenommen, 3981 große Nazis interniert, 87576 Sanktionen ausgesprochen.

Nicht öffentlich vollzieht sich zur gleichen Zeit auch die Festnahme der abgeholt oder einfach verschwundenen Männer und Frauen. Ihrer nehmen sich in den Verhörzentren die Spezialisten an. Es kommt zu schaurigen Exzessen. Die Vernehmer arbeiten routiniert und erfolgreich bis zum Geständnis. Die Zahl derer, die dort drangsaliert, geschunden und in vielen Fällen buchstäblich totgeschlagen werden, dürfte sich nie ermitteln lassen. Tausende verschwinden unregistriert, werden vom Arbeitsplatz weggeholt, verschleppt, auf den Straßen eingefangen, um Transporte aufzufüllen, tauchen nicht wieder auf. Die „ordnungsgemäß“ Verhafteten haben Verhöre zu überstehen, in deren Verlauf es zu rohen und bestialischen Szenen kommt.

Ein eigenes Erlebnis: Auf Einladung des Bürgermeisters der Stadt Remagen, Lorenz Denn, und des 1. Vorsitzenden des Vereins „Friedensmuseum Brücke von Remagen“, Dr. Hans Peter Kürten, erhielt ich Gelegenheit, am 26. August 2000 an einer Erinnerungsveranstaltung an das Leidenslager „Goldene Meile“ teilzunehmen.

Aus den offiziellen Reden und den zahlreich geführten persönlichen Gesprächen erfuhr ich von Zeitzeugen über die Tragödie ihrer amerikanischen Gefangenschaft auf den Rheinwiesen. Die Menschen kampierten in Erdlöchern. Nur wenige besaßen einen Mantel oder eine Zeltplane. Oft mußten sie Tage und Nächte dichtgedrängt im strömenden Regen stehen, ohne sich rühren zu können. Bei ihrer Gefangenennahme und vor ihrem Abtransport in andere Lager waren ihnen schon Uhren, Mäntel,

Besteck, Verpflegung u. a. m. abgenommen worden. Transportiert wurden sie auf offenen LKWs und Sattelschleppern. Im Lager lud man die jeweils neu Hinzugekommenen auf einer noch freien Fläche des kaum überschaubaren Wiesenareals ab. Am ersten Tag bekamen sie weder Wasser noch Nahrung. Andere wiederum berichten, daß die schlimmste Zeit für die Gefangenen kam, als im April 1945 sintflutartige Regenfälle das Lager in eine Morastwüste verwandelten. Um wenigstens ein wenig Schutz zu haben, gruben die Menschen mit primitiven Gerätschaften Erdlöcher. Viele überlebten diese grausamen Lebensbedingungen nicht. Sie starben an Unterernährung, an Krankheiten und Seuchen, an allgemeiner Erschöpfung. Andere stürzten nachts über den offenen Latrinengräben bei der Verrichtung ihrer Notdurft in die Kloake und erstickten. Sie waren durch die grasierende Ruhr häufig so geschwächt, daß sie sich nicht mehr halten konnten.

Waschen war unmöglich. Hunger, Durst, das wochenlange Kämpfen auf dem Erdboden führten die Überlebenden an den Rand ihrer physischen Existenz.

Über die angebliche Kriegsgefangenensituation in den Lagern der sowjetischen Gewahrsamsmacht ist die Öffentlichkeit eingehend und detailliert vom Westen über Jahrzehnte hinweg „unterrichtet“ worden. Doch an einer derartigen Information über die Gefangenenbedingungen in den Lagern der USA, Frankreichs und Großbritanniens bestand kein öffentliches Interesse.

**Christian Zapf**



**Bush hat letzte Woche erklärt, die Situation in Irak erinnere an Vietnam ... Aus „Solidaire“, Brüssel**

Jeder, der sich der DDR-Vergangenheit redlich und ohne Anbiederung bei den „Siegern“ stellt, sieht sich mit einem als „Zeitgeist“ ausgegebenen Meinungsdiiktat konfrontiert, das von einer geballten Medienmacht fernab jeder Sachlichkeit durchgesetzt wird. Es kennt nur einen Zweck: die untergegangene Alternative zum kapitalistischen System auf jede Weise in Verruf zu bringen.

Ausdruck dessen ist die verordnete Negativsicht, der ostdeutsche Staat sei politisch ein „Unrechtsregime“, ökonomisch eine „Schrotthalde“ und kulturell „geistiges Ödland“ gewesen. Das Ganze gipfelt in der ungeheuerlichen Unterstellung, bei der DDR habe es sich um eine der faschistischen Barbarei gleichzusetzende Diktatur gehandelt, was unterschwellig auch aus der These von den „zwei deutschen Diktaturen“ spricht, die heute,

Begründet wird dieses arrogante Verhalten mit dem Argument, alles in der DDR sei Bestandteil eines gescheiterten Gesellschaftsmodells gewesen und habe als solches für immer jeden Tauglichkeitsanspruch verwirkt.

Ganz anders verhält sich die Wissenschaft in dieser Hinsicht. Sie beurteilt auch fehlgeschlagene Experimente als Chance, sich weitere Irrwege zu ersparen, und als Möglichkeit, sich partiell gewonnene Fortschritte nutzbar zu machen.

Übrigens liefert die Geschichte mancherlei Belege dafür, daß nicht zu Ende geführte gesellschaftliche Umbrüche durchaus zukunftsweisende Folgen haben können. Der Französischen Revolution war zunächst kein Erfolg beschieden. Im historischen Verlauf aber haben sich ihre Forderungen nach Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit durchgesetzt und

ung); • daß die Fürsorge in den Kindergärten- und Krippen fast kostenlos oder zu Niedrigstsätzen gewährt wurde, die Betriebe familienfreundliche Ferienaktionen durchführten und der Staat kinderreichen Familien seine besondere Aufmerksamkeit schenkte; • daß eine Eingabenordnung galt, die es jedem Verantwortungsträger zur Pflicht machte, auf Anfragen, Vorschläge oder Beschwerden der Bürger kurzfristig zu reagieren; • daß alle berufstätigen Frauen monatlich einen bezahlten Haushaltstag in Anspruch nehmen konnten, der es ihnen erleichterte, Arbeit und häusliche Aufgaben zu erledigen; • daß es überall auf den Dörfern vom Staat bezahlte Gemeindeschwestern gab, die nicht nur medizinische Dienste verrichteten, sondern auch als lebenswichtige Ansprechpartner für alte und alleinstehende Menschen zur Verfügung standen; • daß Familien überaus günstige Hausbau- und Sanierungskredite in Anspruch nehmen konnten, die nur zu einem Prozent verzinst wurden.

Diese Wertaufklüftung, die noch beliebig erweitert werden könnte, soll Fehlentwicklungen und Entartungen, die zum Untergang der DDR beitrugen, nicht verharmlosen. Aber aus der Niederlage des Sozialismus kann doch nicht abgeleitet werden, das positive Vermächtnis der DDR sei wertlos gewesen und deshalb zu negieren.

Eine linke Partei darf die politische Leichenfledderei weder schweigend hinnehmen noch sich an ihr beteiligen. Ihre Sache wäre es, die Erfahrungen gründlich zu prüfen und zu verarbeiten, die beim ersten sozialistisch orientierten Umbruch auf deutschem Boden gesammelt wurden. Das, was sich als fehlerhaft erwiesen hat, ist für die Zukunft auszuschließen, aber alles, was sich bewährt hat, muß erhalten und gegen Diskriminierungen verteidigt werden.

Natürlich trüge ihr eine solche Haltung die Beschuldigung ein, ihrer SED-Vergangenheit trotz aller gegenteiligen Bezeugungen nicht wirklich abgeschworen zu haben. Aber solchen Vorwürfen ihrer Gegner ist sie doch ohnehin ausgesetzt, wie immer sie sich auch verhält. Die PDS erlebt das jeden Tag, obwohl sie sich bis an den Rand der Selbstkasteiung von allem zu distanzieren bemüht ist, was die SED angeblich oder tatsächlich falsch gemacht hat.

Haben die antikommunistischen Gleichschalter der Medien ihr diese Kapitulation honoriert? Haben sie die Verdächtigungen und die Hetze gegen sie eingestellt? Keinesfalls. Nach wie vor wird sie – was durchaus lächerlich ist – als „SED-Nachfolgepartei“ stigmatisiert.

Wie sich zeigt, ist politische und ökonomische Anpassung das untauglichste aller Mittel, dem ideologischen Druck der Bourgeoisie wirksam zu begegnen. Auf Dauer wird eine linke Partei in Deutschland nur als ehrliche und glaubwürdige Kraft wahrgenommen, wenn sie die Wahrheit über die DDR ohne Schönfärberei und Duckmäsertum selbstbewußt verbreitet.

**Eberhard Fensch**

## Zur verordneten Negativsicht auf die DDR

wie sprachgeregelt, die Schlagzeilen beherrscht.

Mehr als fünf Millionen Bürger haben in der DDR gesellschaftliche Funktionen ausgeübt, im Staatsapparat, in Parteien, in Volksvertretungen, in den Gewerkschaften, in Verbänden und Organisationen, in den Elternvertretungen, als Schöffen bei den Gerichten und nicht zuletzt in den ehrenamtlichen Kontrollorganen der Arbeiter- und Bauern-Inspektion. Die meisten von ihnen haben dies redlich getan. Welch eine Beleidigung für jeden einzelnen, in einem Atemzug mit den Mördern und Schergen des Naziregimes genannt zu werden!

Inakzeptabel ist auch die Behauptung, die DDR habe nichts hinterlassen, was einer positiven Erinnerung Wert oder gar zukunftstauglich wäre. Die Folge: Biographien und Lebensleistungen werden herabwürdigend behandelt. Ostdeutsche müssen nach wie vor erhebliche Benachteiligungen hinnehmen, z. B. bei der Bewertung ihrer Abschlüsse und Qualifikationen, bei der Höhe ihrer Einkommen, bei der Besetzung von Leitungs- und Führungsfunktionen.

### Ein großer Kommunist

## Genosse Albert Kunz

wurde am 4. Dezember vor 110 Jahren geboren. Er war 12 Jahre in faschistischer Haft. Im KZ Mittelbau-Dora stand er an der Spitze des Kampfes gegen den Mordterror der SS. Er fiel ihm zum Opfer. Die heutigen Machthaber wollen sein Andenken totschießen.

Er bleibt in unseren Herzen.

gehören heute zu den Grundwerten eines wirklich demokratischen Staatswesens.

Leider nehmen auch Linke, insbesondere einige Spitzenpolitiker der PDS, bei ihrer Vergangenheitsbewältigung fast nur gesellschaftliche Defizite der DDR ins Visier und vermeiden es schamhaft, sich auch zu den Vorzügen zu bekennen.

Wohl jeder Ostdeutsche, der nicht dem heutigen Anpassungsdruck erlegen ist, wird an vieles, was er in der DDR erlebt hat, gern und sogar mit Wehmut zurückdenken. Es wird manches Element seiner Lebensqualität dabei sein, das er heute schmerzhaft vermisst. Hier seien einige Beispiele genannt:

- Daß man in Existenzsicherheit, und ohne die deprimierende Angst leben konnte, dem Profit geopfert und vom Erwerbsleben ausgesperrt zu werden; daß nicht die Ellenbogenmentalität, sondern Solidarität und menschliches Miteinander die gesellschaftliche Atmosphäre bestimmten;
- daß es keine die Gesellschaft spaltende Kluft zwischen Arm und Reich, keine zunehmende Verelendung ganzer Bevölkerungsgruppen bei gleichzeitig maßlos wachsendem Reichtum gab;
- daß jeder seine Bildungswünsche unabhängig vom Geldbeutel der Eltern verwirklichen konnte;
- an allgemeinbildenden Ganztagschulen mit moderner polytechnischer Orientierung, an Spezialschulen für Talente und Begabungen, an Hochschulen und Universitäten, unteretzt durch eine großzügige Stipendienregelung, an Weiterbildungseinrichtungen wie Betriebsakademien und anderswo;
- daß es ein Gesundheitswesen gab, welches nur dem Patientenwohl diene und nicht dem Profitstreben privater Krankenhausketten (es besaß mit seinen Polikliniken und Betriebsambulatorien ein besonders effizientes System der Patientenbetreu-

Die Medien aller Couleur feierten Ende Oktober den gewöhnlich blassen Repräsentations-Präsidenten dieses Landes, Horst Köhler, als wahren Demokraten und sein Tun als einen „fast schon historischen Akt präsidialen Eigensinns“ Das meinte sogar die „junge Welt“.

Was ist geschehen, daß unser Verlegenheitspräsident so in das Rampenlicht gerückt wurde?

Schlagzeilen wie „Köhler verweigert die Unterschrift“, oder „Bundespräsident verhindert Privatisierung“ verkündeten das scheinbar Unglaubliche. Der (laut Grundgesetz) erste Mann im Staate hatte wegen „evidenter Verfassungswidrigkeit“ das ihm vorgelegte Gesetz, das die Veräußerung eines 74,9-Prozent-Pakets der Deutschen Flugsicherung an private Investoren gestatten sollte, nicht unterzeichnet. Er ließ mitteilen, der Bundespräsident sähe in ihm einen Verstoß gegen Artikel 87 des Grundgesetzes, der für die Flugsicherung als einer „sonderpolizeilichen“ und damit hoheitlich wahrzunehmenden Aufgabe eine bundeseigene Verwaltung vorschreibt. Nun steht die Deutsche Flugsicherung im Unterschied zu Bundeseisenbahnen, Bundespost und Bundeswasserstraßen nicht ausdrücklich im Artikel 87 des Grundgesetzes.

Warum also dieser unerwartete demokratische Akt?

Es sollte stutzig machen, daß gerade in der gegenwärtigen Phase sogenannter neoliberaler Sachzwänge ein Gesetz vom Bundestag verabschiedet wird, das durch die zuständigen Lobbyisten nicht juristisch „wasserdicht“ aufbereitet wurde. Mir scheint dieser „Rohrkrepierer“ deshalb eher gewollt. Neben der Verweigerung der Unterschrift steht nämlich das eigentliche Anliegen. Und auch das findet man in den Medien, aber nur als Randnotiz. In die Schlagzeilen durfte es nicht hineingeraten!

Der Bundespräsident, in seinem früheren Leben als Spitzenbeamter des Finanzministeriums „Chefabwickler“ für das Volkseigentum der DDR, der als Lohn in die internationale Schaltzentrale der Finanzmächtigen aufstieg, enttäuschte seine Gönner natürlich nicht. Er sei keineswegs gegen die Privatisierung an sich, ließ er verlauten, sondern nur gegen die derzeitige Ausgestaltung des Gesetzes. Und das bedeute, man müsse sich mit den Bedenken beschäftigen. Laut Präsident Köhler ist es dem Gesetzgeber „unbenommen, die verfassungsrechtlichen Voraussetzungen für sein Vorhaben zu schaffen“. Im Klartext heißt das nur, das Grundgesetz müsse wieder einmal geändert werden, um weiteres „Tafelsilber“, eine Chiffre für Gemeineigentum, verscherbelt zu können. Herr Köhler tut, was ihm diesen Posten eingebracht hat: Er hilft, aus dem Reichtum des Volkes weiteren Reichtum der Reichen zu machen. So ist auch einer der „privaten Investoren“ in spe, die Lufthansa, „optimistisch, daß Bundesregierung und Bundesrat jetzt mit Nachdruck eine Änderung des Grundgesetzes in Angriff nehmen werden“. Sicher nicht ohne Grund.

## Köhlers Demokratie-Trick

Der Kabarettist Dieter Hildebrandt hat die Machtausübung hierzulande mal als „Demokratie“ bezeichnet. Er lag damit nicht falsch. Das undemokratisch geborene „Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland“ hatte mit der Annektion der DDR seine Berechtigung verloren und hätte einer Verfassung Platz machen müssen, die vom Volke beschlossen werden sollte. Juristische Taschenspielertricks verhinderten dies.

Dafür wird nun unablässig der Gehalt des Grundgesetzes durch Änderungen

verwässert und verändert. Dem Bundespräsidenten blieb es vorbehalten, eine neue Runde einzuleiten. Daß ihm dazu ein vermeintlich kritischer, staatsmännischer, demokratischer und bürgerfreundlicher Akt gestattet wurde, verdeutlicht nur die moralische Verkommenheit der selbsternannten politischen Klasse, deren Vertreter vielfach als Lobbyisten von Banken und Großindustrie tätig sind. Sie denken überhaupt nicht daran, das Volk zu vertreten. **Richard Georg Richter**

## Religion – Opium des Volkes oder Opium für das Volk?

Eine etwas grundsätzlichere Bemerkung zum Leserbrief von Dieter Bartsch im August-„RotFuchs“: Es ist sicher richtig, daß die Ausbeutenden Religion oft als Opium, als Beruhigungsmittel für das Volk benutzen. Marx hat aber Religion nie als Opium für das Volk bezeichnet, obwohl ihm immer wieder, und damit immer wieder falsch, ein solcher Satz zugeordnet wird. In seiner Schrift „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie“ (1843/44), schreibt er: „Das Fundament der irreligiösen Kritik ist: Der Mensch macht die Religion, die Religion macht nicht den Menschen. Und zwar ist die Religion das Selbstbewußtsein und das Selbstgefühl des Menschen, der sich selbst entweder noch nicht erworben oder schon wieder verloren hat. Aber der Mensch, das ist kein abstraktes, außer der Welt hockendes Wesen. Der Mensch, das ist die Welt des Menschen, Staat, Sozietät. Dieser Staat, diese Sozietät produzieren die Religion, ein verkehrtes Weltbewußtsein, weil sie eine verkehrte Welt sind. Die Religion ist die allgemeine Theorie dieser Welt, ihr enzyklopädisches Kompendium, ihre Logik in populärer Form, ihr spiritualistischer Point d'honneur (Ehrenpunkt), ihr Enthusiasmus, ihre moralische Sanktion, ihre feierliche Ergänzung, ihr allgemeiner Trost- und Rechtfertigungsgrund. Sie ist die phantastische Verwirklichung des menschlichen Wesens, weil das menschliche Wesen keine wahre Wirklichkeit besitzt. Der Kampf gegen die Religion ist also mittelbar der Kampf gegen jene Welt, deren geistiges Aroma die Religion ist. Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elends und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volkes.“

Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Volkes ist die Forderung seines wirklichen Glücks. Die Forderung, die Illusionen über seinen Zustand aufzugeben, ist die Forderung, einen Zustand aufzugeben, der der Illusionen bedarf. Die Kritik der Religion ist also im Keim die Kritik des Jammertals, dessen Heiligenschein die Religion ist. ...

Die Kritik des Himmels verwandelt sich damit in die Kritik der Erde, die Kritik der Religion in die Kritik des Rechts, die Kritik der Theologie in die Kritik der Politik.“ (MEW 1/378 f.)

Marx beschreibt die doppelte Funktion der Religion: von den Ausbeutern gebrauchtes Hilfsinstrument zur Ausbeutung und von den Ausgebeuteten gebrauchtes Hilfsinstrument zur Beruhigung der Wunden der Ausbeutung. Der frühere DDR-Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, sagte 1988 bei einem Vortrag in Jena, daß es nötig sei, den Anteil der Religion bei der Menschwerdung des Menschen zu erforschen.

**Siegfried Nenke, Jena**



Grafik: Tandberg, Australien

**Wir bringen gerne unsere Nachbarn um.**

# Was Dr. Gerhard Steinmüller seiner Versicherung mitteilte Einspruch, Euer Ehren!

## CITY BKK

Team Privatkunden

### Beitragsänderung ab 1. 9. 2006

Sehr geehrter Herr S.,  
wie am 12. 9. 2006 telefonisch besprochen, lege ich hiermit gegen die mir mit o. g. Schreiben angekündigte Beitragserhöhung von bisher 227,90 € monatlich auf 241,23 € monatlich ab dem 15. 10. 2006 Widerspruch ein.

### Begründung:

- Sie werden anerkennen müssen, daß der bereits seit Jahren durchgängig von mir geleistete Krankenversicherungsbeitrag, den ich als freiwillig Versicherter allein aufbringen muß, sehr hoch ist und in keinem Verhältnis zu den mir gegenüber erbrachten Leistungen der BKK steht.
- Ihr Argument im Brief vom 1. 9. 2006, daß mit der Gesundheitsreform eine Erhöhung der Beitragssätze um mindestens 0,5 % erfolgt und Sie deshalb bereits vorher die Beiträge um 0,9 % erhöhen, ist juristisch nicht haltbar, weil die entsprechenden Beschlüsse und gesetzlichen Grundlagen dafür noch nicht existieren. Sie wollen also bereits Mittel Ihrer Versicherten einziehen, bevor überhaupt die gesetzlichen Verordnungen dafür vorliegen.
- Die von Ihnen angeblich abzubauenende Verschuldung der gesetzlichen Krankenkassen greift nicht. Wie Sie an der folgenden Beispielrechnung sehen, haben die Kassen enorme Einsparungen erreicht, die sie aber nicht an die Versicherten, wie vorher versprochen wurde, weitergeben.

### Deshalb schließe ich mich folgenden Forderungen an:

- Schluß mit der Verzögerungstaktik durch die Spitzenverbände der Krankenkassen!
- Schnellstmögliche Zuzahlungsbefreiung für alle in Frage kommenden Arzneimittel!
- Stärkeres Engagement der Bundesregierung für eine zügige Umsetzung des Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetzes (AVWG) zum Wohle der Patienten! (Initiative PRO-Zuzahlungsbefreiung, CPP Consulting, Orner Weg 60, 50767 Köln)

### Ein konkretes Beispiel aus dem Bereich Magen-Darm-Mittel (Betrachtung für den Wirkstoff Omeprazol)

**Fazit:** Vom Inkrafttreten des Arzneimittelversorgungs-Wirtschaftlichkeitsgesetzes profitieren bislang vor allem die gesetzlichen Krankenkassen. Die Patienten, die eigentlich entlastet werden sollten, bekommen vorerst nichts.

- Sollten tatsächlich zukünftig die vorhandenen Mittel, die von den Versicherten aufgebracht werden, nicht ausreichen, um die Gesundheitsversorgung der Bürger zu gewährleisten

Zusatzeinnahmen der gesetzlichen Krankenkassen seit dem 1. 7. 2006		
Monat	Ersparnis der Krankenkassen durch die Preissenkung der Arzneimittelhersteller	Zusätzliche Einnahmen durch Beibehaltung der Patienten-Zuzahlung
Juli	11,6 Mio. €	4,5 Mio. €
August (Hochrechnung)	11,6 Mio. €	4,5 Mio. €
September (Hochrechnung)	11,6 Mio. €	4,5 Mio. €
Oktober (Hochrechnung)	11,6 Mio. €	4,5 Mio. €
Summe Juli bis Oktober	46,4 Mio. €	18,0 Mio. €

(was ich nicht glaube), dann schlage ich vor, durch Umverteilung des Bundeshaushaltes diese Mittel freizubekommen und sie nicht, im Interesse der Rüstungsindustrie, den Bürgern aufzubürden.

**Dazu nur ein Vorschlag:** Man senke den Rüstungshaushalt um 50 % und streiche dabei alle Offensivwaffen, die darin zunehmend an Bedeutung gewinnen.

### Einzelposten im Rüstungshaushalt für das Jahr 2007:

410 Mio. €	Munition
226 Mio. €	Kampffahrzeuge
425 Mio. €	Flugzeuge

842 Mio. €	Hubschrauber
911 Mio. €	Eurofighter
25 Mio. €	Großraumtransporter A400M (Gesamtbeschaffung 8 Mrd. €)
1,1 Mrd. €	Wehrforschung
561 Mio. €	NATO-Mitgliedschaft

Laut Grundgesetz ist es deutschen Truppen verboten, Auslandseinsätze durchzuführen.

### Auszug aus dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland:

Artikel 26: Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges; Kriegswaffenkontrolle (1) Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen. Mehr noch, derartige Aktivitäten werden sogar mit Strafe bedroht.

### Artikel 87a: Aufstellung und Einsatz der Streitkräfte

- Der Bund stellt Streitkräfte zur Verteidigung auf. Ihre zahlenmäßige Stärke und die Grundzüge ihrer Organisation müssen sich aus dem Haushaltsplan ergeben.
- Außer zur Verteidigung dürfen die Streitkräfte nur eingesetzt werden, soweit dieses Grundgesetz es ausdrücklich zuläßt.

In der Praxis erleben wir jedoch, daß von Jahr zu Jahr mehr deutsche Militäreinheiten im Ausland Einsätze durchführen, was von einer Mehrheit der Bundestagsabgeordneten befürwortet, von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung jedoch abgelehnt wird.

### Grundgesetzwidrige Einsätze der Bundeswehr

Fast 8000 Soldaten der Bundeswehr sind derzeit an Auslandseinsätzen beteiligt:

Bosnien und Herzegowina:	881 Soldaten
Kosovo:	2910 Soldaten
Afghanistan:	2674 Soldaten
Horn von Afrika:	264 Soldaten
Georgien:	12 Soldaten
Kongo:	765 Soldaten
Sudan:	40 Soldaten
Mittelmeer:	23 Soldaten

Der Bundeswehreininsatz in Libanon, mit bis zu 3000 Marinekräften unternommen, ist dabei von mir noch nicht berücksichtigt. Auf Anfrage der FDP-Bundestagsfraktion im Juli/August 2006 wurde durch die Bundesregierung veröffentlicht, daß die Bundeswehr seit 1992 knapp 9 Mrd. € für grundgesetzwidrige Auslandseinsätze ausgegeben hat.

Der für die eingesetzten Soldaten gewährte tägliche Zusatzsold liegt zwischen 53,69 und 92,03 € (je nach Einsatzort). Die Neuverschuldung der Bundesrepublik steigt weiter an und belastet mit gewaltigen Zinsen den Bundeshaushalt immer mehr.

### Schlußfolgerungen:

- Täuschung der Bevölkerung, daß für die Gesundheitsfürsorge der Bürger nicht genügend Geld vorhanden ist.
- Selbst das zusätzlich erwirtschaftete Geld der Krankenkassen (s. nebenstehende Tabelle) wird einbehalten, anstatt es den Bürgern zugute kommen zu lassen.
- Die rechtliche Grundlage der von Ihnen vorgesehenen Beitragserhöhungen ist bisher nicht gegeben. Aus diesem Grunde werde ich weiter nur die derzeit entrichtete Beitragssumme von 227,90 € bezahlen.
- Sollten Sie diesen Widerspruch ablehnen, behalte ich mir rechtliche Schritte vor. Auch die Übergabe dieses Schreibens als offener Brief an interessierte Medien ist möglich.

Mit freundlichen Grüßen

**Dr. Gerhard Steinmüller**

## Die schäbigen Schmäher Walter Ulbrichts Übles aus dem MDR

Eine Minimalforderung an seriöse Geschichtsschreibung ist, daß sie sich auf erwiesene Tatsachen stützt und diese nicht klittert. Das schließt die exakte Prüfung von Quellen ein. Gilt solches auch für das Fernsehen, wenn es „Dokumentationen“ ausstrahlt? Oder ist es den Medienmachern (durch wen?) erlaubt, das Geschichtsbild so zu retuschieren, daß bestimmte politische Ziele und Interessen bedient werden?

Im Oktober startete der MDR die achte Reihe seiner „Geschichte Mitteldeutschlands“. (Wo liegt Ostdeutschland?) In ihr will man fünf historische Persönlichkeiten vorstellen. Am 26. November war Walter Ulbricht an der Reihe.

In der Tat: Der aufrechte Kommunist, der mutige Antifaschist, Vorkämpfer für Versöhnung und Freundschaft mit der Sowjetunion und angesehene Repräsentant der Friedenspolitik der DDR verdient eine historische Würdigung. Aber ist das etwa das Anliegen des MDR?

Der Titel der Sendung hieß – so kündigte es das Mitteilungsblatt „mdr mittendrin“ an – „Der Mann, mit dem niemand rechnete.“ Das ist albern. War Ulbricht vielleicht ein Summand in einer „Rechnung“? Übrigens war er auch kein Repräsentant der „mitteldeutschen Geschichte“. Vor 1945 gehörte er zur Führungsgruppe der KPD, die seit 1933 in der Illegalität opferreich

gegen Faschismus und Krieg kämpfte. Nach 1945 war er ein angesehener Politiker von SED und DDR.

In der Ankündigung des MDR aber stand: „Ulbricht: Der kalte Weg zur Macht. Ohne Bedenken hat er seine Rivalen den stalinistischen Säuberungen ausgeliefert. Und soll es tunlichst vermieden haben, sich für den bei Stalin in Ungnade gefallenen Thälmann einzusetzen. Trug Ulbricht sogar Mitschuld an dessen Tod?“

Der MDR verbreitet also eine ehrverletzende Verleumdung in Frageform: Ulbricht trug „Mitschuld“ an Thälmanns Ermordung, die bekanntlich am 18. August 1944 auf Hitlers Befehl in Buchenwald erfolgte. (Die Mörder lebten nach 1945 unbehelligt in der BRD.)

In der Vorankündigung wurde auch gleich ein „Motiv“ verbreitet. Ulbricht „vermeidet es, sich für die Freilassung Thälmanns einzusetzen. Ein Schachzug für die freie Bahn an die Spitze der KPD, oder hatte er keinen Einfluß?“

Ist die Frage zu beantworten? Der MDR läßt in der Vorankündigung einen Mann namens Mario Frank zu Wort kommen – einen „Ulbricht-Experten“. Jetzt ist er Verlagsleiter der Sächsischen Zeitung. Mit Hilfe eines russischkundigen Journalisten will er im Moskauer Komintern-Archiv Dokumente eingesehen haben. Gefragt, ob die Behauptung stimme, daß Ulbricht

an Thälmanns Tod schuld sei, antwortet er: „Es ist immer wieder behauptet worden, Ulbricht habe sich nicht ausreichend für Thälmanns Befreiung eingesetzt. Ich habe dafür keine Belege gefunden. Meines Erachtens hatte Ulbricht in dieser Frage keinen eigenen Entscheidungsspielraum.“

Den Mord an Thälmann prangert auch Frank nicht an. Ungeachtet solcher Fakten soll Ulbrichts Ruf beschädigt werden. Ihm wird unterstellt, daß ihm „sogar Mord als politisches Mittel recht“ gewesen sei. Als „Beleg“ wird u. a. seine Haltung am 17. Juni 1953 dargestellt: „Tatenlos sieht der einstige Tischlergeselle Ulbricht 1953 zu, wie die Rote Armee den Aufstand seiner Klassenbrüder blutig niederschlägt.“ Der Autor des stockbürgerlichen MDR entdeckt für diesen Zweck sogar den Begriff „Klassenbrüder“ – für die „Aufständischen“ in der DDR, die sich bis heute des Beifalls aller Feinde der DDR erfreuen. Die Verleumdung Walter Ulbrichts ist ein Teil der „Abrechnung“ mit dem sozialistischen deutschen Staat.

Die gut bezahlten Lügner werden sich durch biblische Mahnungen („Mit dem Maß, mit dem ihr messet, wird man euch wieder messen.“) kaum beeindrucken lassen.

**Prof. Dr. Horst Schneider**

## Beim „Dokumentaristen“ Buske: Kein Gewissen in Aufruhr Festhalten am Retter von Greifswald

Kürzlich geriet mir die Broschüre „Die Kampflöse Übergabe der Stadt Greifswald im April 1945“ von Norbert Buske in die Hände. Es ist der 2001 erfolgte Nachdruck einer 1993 erschienenen Schrift. Herausgeber: Mecklenburg-Vorpommerns Landeszentrale für politische Bildung. Da ich das Buch „Gewissen in Aufruhr“ von Rudolf Petershagen und den gleichnamigen fünfteiligen DDR-Fernsehfilm (der MDR verkürzte ihn aus politischen Gründen zum Dreiteiler) kenne, hoffte ich, etwas Zusätzliches zu erfahren.

Buske legt eine Dokumentation über „Das Tagebuch des Rektors der Greifswalder Universität Prof. Carl Engel“ und Auszüge aus der „Chronik des Grundstückes Anklamer Straße 60/61 in Greifswald“ vor. Damit hat die Broschüre einen gewissen Neuigkeitswert. Andererseits aber gibt es viele Berührungspunkte zum historischen Geschehen, wie es bereits aus Petershagens Buch bekannt ist.

Äußerst abstoßend wirkt die Einleitung. Buske, Jahrgang 1936, der 1970 an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald zum Dr. theol. promovierte, war als Pfarrer tätig und gehört dem Landtag von M/V an. Er entpuppt sich als fanatischer

DDR- und Sozialismus-Hasser. Dazu nutzt er jede erdenkliche Möglichkeit. So stellt er nicht nur „DDR-Herrschaft“ und „Nationalsozialismus“ auf eine Stufe, sondern versteigt sich zu der Behauptung, daß erst durch den „Herbst 1989“ der „zweite Weltkrieg“ endgültig beendet werden (konnte). Er schreibt: „Wer heute nach Greifswald kommt und die Plattenbauten in der Altstadt sieht, gewinnt den Eindruck, daß über Greifswald – ähnlich wie über Anklam, Demmin und viele andere Städte – die Kriegswalze hinweggegangen sei.“ Dabei scheint Buske so unbedarft zu sein, daß er nicht einmal merkt, wie er mit der Herabsetzung von Plattenbauten zugleich auch deren Bewohner stigmatisiert. Man stellt sich die Frage, ob mit solchen und ähnlichen Parolen 1990 dort „Wahlkampf“ betrieben wurde und wie die Bürger darauf reagiert haben mögen. Oder: „Ähnlich wie im Jahr 1945 sind wiederum Trümmer (gemeint nach 1989 – d. A.) – nicht zuletzt in den Köpfen – fortzuräumen.“

Das ist der gebräuchliche Jargon des Herrn Buske. Ich war froh, als ich die Broschüre weglegen konnte. Doch eines scheint mir wichtig zu sein: Seit dem Anschluß der DDR an die BRD sind über

16 Jahre vergangen. In dieser Zeit mußten wir etliche penetrante Kampagnen über uns ergehen lassen, deren Ende nicht absehbar ist. Ständig wird in der BRD staatlich verordnet, welches Bild sich jeder von der DDR zu machen hat (Herr Buske mischt dabei munter mit). Totalitarismus-Lüge, „asbestverseuchter“ Palast der Republik, „Zwangvereinigung“ von KPD und SPD zur SED, Diffamierung von Plattenbauten und „Stasi“-Keule gehören zum Repertoire.

Das Ziel ist bekannt: Nichts soll daran erinnern, daß auf deutschem Boden einst der Sozialismus aufgebaut wurde; daß hier Arbeiter und Bauern allen Anfeindungen zum Trotz ihre Fähigkeit unter Beweis stellten, Staat und Wirtschaft zu leiten, was den bürgerlichen Kräften stets ein besonderer Dorn im Auge war, weil ein beträchtliches Stück Deutschland ihrem Politik-, Wirtschafts- und Machtbereich entzogen wurde.

Das Fazit aus der Lektüre des Buske-Elaborats: Oberst Petershagens Buch und der Film „Gewissen in Aufruhr“ sind auch heute noch lesens- und sehenswert. Über anderes wird die Zeit hinweggehen.

**Dr. Dieter Rostowski, Kamenz**

## Post aus der „Heldenstadt“ Zur Selbstmordserie in Leipzig und anderswo

Im August 1976 sorgte die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz, im Umfeld als kein Liebhaber der DDR bekannt, neben dem Schock für seine Familie über die Staatsgrenze hinaus für erhebliches Aufsehen. Dieser dramatischen Handlung gingen anhaltende Auseinandersetzungen des Geistlichen mit regionalen Partei- und Staatsorganen voraus, die sicher, hätte man den nicht gewollten Ausgang voraussehen können, anders geführt worden wären. Der Ansehensverlust für die DDR war, wie jeder politisch motivierte öffentliche Selbstmord irgendwo auf der Welt für andere Staaten, erheblich. Die linke Zeitung „Leipzigs Neue“ schrieb kürzlich, daß nach Ansicht zahlreicher Pfarrer sowie anderer Christen diese Tat „kein Zeugnis in der Nachfolge Jesu“ sei. Aktuell wurde dieses Ereignis populärstisch und einseitig behandelt. Totge-

schwiegen wird indes, daß es auch im „freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“ BRD immer wieder zu Suiziden mit politischem Hintergrund kommt. Selbstmord begingen allein in Leipzig nach meinem unvollständigen Kenntnisstand in jüngster Zeit: ein von Hartz IV betroffener Bauarbeiter, eine langzeitarbeitslose Frau trotz sozialer Betreuung durch eine kirchliche Erwerbsloseninitiative, die Geschäftsführerin der traditionsreichen Spirituosenfirma Wilhelm Horn wegen Unternehmensschwierigkeiten. Der geplante Doppelselbstmord eines Bauunternehmenshepaares durch Sprung vom Völkerschlachtdenkmal wurde durch dessen Kinder verhindert. Ursache war auch hier Überschuldung und Kriminalisierung des Ehepaars seitens bestimmter Behörden. Gleiche Ursachen hatte auch der Hun-

gerstreik Thüringer Handwerkerfrauen in Berlin im Jahr 2000.

Ich wandte mich an den Leipziger Bundstagsabgeordneten Gunter Weißgerber, der mir den Kontakt vermittelt hatte, und an den führenden Vertreter des linken SPD-Flügels Otmar Schreiner mit der Bitte, sich für ein neues Zahlungsgesetz zu verwenden. Da die von der Regierung Schröder entwickelte Lösung nicht greift, besteht das Problem fort.

Tatsache ist, daß dieser Staat vor allem in der Wirtschafts- und Arbeitswelt derart hohen Druck auf Menschen entstehen läßt, daß dem manche psychisch nicht gewachsen sind. Um der jetzigen Vertuschungspraxis und einseitigen DDR-Verurteilung entgegenzuwirken, bin ich für eine Zentrale Erfassungsstelle für politisch motivierte Selbstmorde, die ihre Daten jährlich veröffentlicht.

Übrigens: Nicht wenige Suizide dieser Art dürften von der Gauck-Birthler-Behörde und gewissen Medienmachern verschuldet worden sein. Das meint auch der kritische CDU-Politiker Peter-Michael Diestel.

**Joachim Spitzner**

## Noch einmal zur Wirkung des Wertgesetzes im Sozialismus War Konkurrenz politisch gewollt?

Karl Marx analysierte den Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion, der Produktion von Waren und ihren Austausch unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise. In ihr besteht bekanntlich der Zwang der Unternehmen, Gewinn, Profit zu erwirtschaften. Diesen Zwang gibt es unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln nicht. Die gesellschaftlichen Produzenten sind selbstverständlich durch den sozialistischen Staat gehalten, das Verhältnis von Aufwand und Ergebnis positiv zu gestalten. Wir hatten dazu den Terminus der sozialistischen Warenproduktion geprägt. Auch hier ging es letztlich darum, eine Ware-Geld-Beziehung zu ermöglichen und mit dieser den erforderlichen gesellschaftlichen Aufwand bei der Produkt-erzeugung darzustellen.

Bei der in der DDR verfolgten Subventionspolitik handelte es sich in erster Linie um die bewußte Einflußnahme des sozialistischen Staates auf Kernprobleme der gesellschaftlichen „Daseinsfürsorge“, waren von dieser doch vor allem Gebrauchsgüter des täglichen Lebens, Mieten für Wohnungen, Preise des Verkehrswesens, der Kultur, der medizinischen Versorgung und Tarife betroffen. Es ging also nicht um ein „Überlisten“ des Wertgesetzes, sondern um eine bewußte Einflußnahme der Politik auf ökonomische Prozesse, auf das Verhältnis von Politik und Ökonomie. Dabei läßt es sich durchaus darüber streiten, ob der Umfang und die Größe dieser Subventionen immer dem volkswirt-

schaftlichen Vermögen der Gesellschaft entsprachen.

Es war politisch gewollt, daß sich unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln zwischen den einzelnen Unternehmen keine Konkurrenzbeziehungen entwickelten, die unter kapitalistischen Bedingungen eine nicht unwesentliche Triebkraft der Produktivitätsentwicklung darstellen und heute vornehm als Wettbewerb umschrieben werden. Aber selbst unter bürgerlichen Bedingungen wird der mögliche Einfluß des Staates, der Politik, auf die Gestaltung und Zielsetzung des „Wettbewerbs“ eingestanden.

„... Der Wettbewerb kann durch ein politisches System mehr oder weniger gefördert werden, um das Leistungsprinzip der Marktwirtschaft steuern bzw. es nicht zur Konzentration in der Wirtschaft kommen zu lassen.“ (Lexikon der Be-

triebswirtschaft, 2. Auflage, in der Reihe Beck-Wirtschaftsberater im dtv). Darüber hinaus stellten die in der DDR existierenden VVBs und späteren Kombinate in letzter Konsequenz horizontal oder vertikal organisierte Monopolisten dar.

So gehörten dem Kombinat Schiffbau nicht nur die Werften mit ihren spezifischen Produktionsprofilen an, sondern auch wichtige und entscheidende Unternehmen, die Zulieferungen und Ausrüstungen bereitstellten. Beispielsweise war der VEB Dieselmotorenwerk Rostock für die termin- und qualitätsgerechte Lieferung der Schiffsdiesel verantwortlich. Speziell für die Ausrüstung der Fänger und Verarbeiter der Fischfangflotten, die in der Volkswerft Stralsund vom Stapel liefen, stellte der VEB Kühlautomat Berlin die entsprechenden Kälte- und Gefrieranlagen bereit.

Rolle und Verantwortung der Politik der die Macht ausübenden Partei bei der Gestaltung der Volkswirtschaft, bei der Festlegung der Prämissen des Reproduktionsprozesses (Profitwirtschaft oder Befriedigung gesellschaftlicher Bedürfnisse?) betont Prof. Matho in seinem Artikel im RF 102 an Hand der Entwicklung in der VR China selbst.

Aus diesen Gründen kann ich Fritz Dittmar mit seiner Zuschrift im RF 100 voll zustimmen, daß das Wertgesetz unter den Bedingungen des gesellschaftlichen Eigentums an Produktionsmitteln nur eine eingeschränkte Geltung haben kann.

Grafik: Tandberg, Australien



**Der freie Handel hat eben seinen Preis.**

**Klaus Baunack**

# Eine Agentengeschichte aus frühen DDR-Tagen

## Der Mann, der zu Mussolinis Befreiern gehörte

Ende der 40er Jahre war ich Revierleiter der Volkspolizei. Aus meinem Verantwortungsbereich verschwanden laufend junge Menschen. Aber wir hatten bei unseren Nachforschungen Erfolg und stellten einen ehemaligen Major der Hitlerwehrmacht, der im Hotel „Zur Sonne“ am Lichtensteiner Markt wohnte, als Urheber dieser Abwanderungen fest. Er stattete die Jugendlichen mit einem Handgeld und Reisepapieren aus. Dann gab er ihnen mit auf den Weg, in der BRD die Sprachen osteuropäischer Völker zu erlernen, weil deren Länder später einmal besetzt würden. Das klingt heute fast ungläublich. Bevor ich den Major in einer Haftanstalt einlieferte, stellte er mir auf der Fahrt dorthin die Frage, ob er nun sofort erschossen werde, oder ob vorher noch eine Vernehmung stattfinde. Er war sich also seiner Schuld bewußt und glaubte mir nicht, als ich ihm sagte, daß bei uns niemand erschossen werde. Er müsse aber für eine Zeit mal Schaufel oder Hacke in die Hand nehmen, um für den Schaden zu büßen.

Bei mir meldete sich kurze Zeit darauf Anton Lerch und bat um eine Aussprache unter vier Augen. Ich nenne hier seinen Namen, weil er inzwischen verstorben ist. Seine Frau lebt als angesehene Bürgerin in Lichtenstein. Lerch stammte

aus Oberschlesien und sprach polnisch. Keiner von uns wußte, daß er bis 1945 bei der SS gewesen war. Nach einem Besuch in seiner früheren Heimat wurde er auf dem Grenzbahnhof Görlitz von einem seiner ehemaligen Kumpane erkannt und angesprochen. Der Mann brachte seine Freude zum Ausdruck, einen ehemaligen Kameraden mit SED-Parteiabzeichen getroffen zu haben. Er sagte ihm, Lerch werde dringend gebraucht, weil es um einen Auftrag in Zentralpolen gehe. Jetzt bat er mich um Rat, wie er sich in dieser Situation verhalten solle. Wörtlich sagte er: „Ich begehle lieber Selbstmord, als mich mit diesen Leuten noch einmal einzulassen.“ Natürlich riet ich ihm, daß er pro forma auf das Ansinnen eingehen solle, aber in ständiger Verbindung zu mir bleiben müsse. Schon nach zwei Monaten kam Lerch aufgeregt in die Dienststelle. Der angekündigte Mann sei gerade bei ihm gewesen und wolle mit dem nächsten Zug Lichtenstein wieder verlassen.

Ich schnallte meine Dienstwaffe um, und wir begaben uns gemeinsam zum Bahnhof. Es sah so aus, als wäre uns der Agent entkommen. Doch kurz bevor der Zug einfuhr, entdeckten wir ihn. Er trug die blauen Lederhandschuhe mit einem hellen Muster, die mir Lerch beschrieben hatte.

Im Zimmer des Fahrdienstleiters sagte ich dem Fremden, daß ich seine Personalien und den Grund seines Aufenthalts in Lichtenstein feststellen wolle. Er gab sich sehr selbstsicher, hatte aber zuvor einen Fehler begangen. Lerch besaß eine Skizze von der Hand des Agenten; sie stellte den Fluchtweg dar, auf dem er bei Asch über die ČSR-Grenze nach Bayern gelangen könne, wenn ihm der Boden in der DDR zu heiß werde. Es würde zu weit führen, wollte ich hier alle Details darstellen.

Der „Besucher“ aus dem Westen gehörte 1943 zu dem SS-Sonderkommando, welches unter Führung des berüchtigten Obersturmbannführers Skorzeny Mussolini vom Gran Sasso aus italienischer Gefangenschaft befreite, um ihn anschließend sofort in Hitlers Wolfsschanze bei Rastenburg zu bringen.

Von mir gefragt, warum Leute seines Schlages friedliche Bürger der DDR nicht in Ruhe ließen, meinte der Faschist: „Ich weiß gar nicht, wovon Sie reden.“

Ich wollte mit dieser Episode nur schildern, daß unser Staat seit seiner Gründung mit allen Mitteln destabilisiert und bekämpft wurde. Die BRD bediente sich dabei mit Vorliebe „bewährter“ Naziverbrecher wie des „Mussolini-Befreiers“, dem ich damals gegenüberstand.

**Manfred Wulf, Glauchau**

## Erinnerungen eines Arbeiters, der Grenzer wurde

### Meine erste „Uniform“

*Im November 1946 ordnete die SMAD Ian, in der sowjetischen Besatzungszone Grenzpolizei-Einheiten zu schaffen. Ihre Aufstellung wurde nach kurzer Zeit abgeschlossen. Unser Leser Georg Behrendt, Arbeitersohn, 1946 selbst noch Landarbeiter bei einem Großbauern im Kreis Grevesmühlen, damals 19 und Mitglied der SED, meldete sich als einer der ersten freiwillig zum Dienst. Er erinnert sich an den schweren Beginn:*

„Anfang 1947 begab ich mich zur Kommandantur der Deutschen Grenzpolizei in einem kleinen Ort nahe der Grenze zu den Westzonen und bat um Aufnahme. Der verantwortliche Offizier fragte mich zunächst, ob ich militärische Bekleidung besäße. Das wäre die Voraussetzung für die Einstellung. Also begann ich das Notwendige zu beschaffen. Eine alte Eisenbahner-Schirmmütze war schnell bei der Hand; auch ein Jackett von der Luftwaffe trieb ich auf. Meine Mutter nähte mir aus einer Zeltbahn eine Hose. In diesem Räuberzivil stellte ich mich erneut bei der Kommandantur vor. Ich wurde angenommen und war fortan „Kamerad Wachtmeister“. Die Anrede bei uns Grenzern wechselte mehrmals; zeitweilig nannten wir uns „Kollegen“, dann aber Genossen.

Verpflegt wurden wir durch die in den Dörfern Ansässigen; jeder von uns war einem Bauern zugeteilt, der uns gegen Lebensmittelkarte voll versorgen mußte: Mittagessen, Abendbrot und Kaltverpflegung für die Zeit des Dienstes an der Grenze.

Waffen besaßen wir nicht. So zog ich mit einem Knüppel in der Hand zu meinem Dienst. Pistolen trugen lediglich die Kommandoleiter und einige Offiziere. Erst 1948 wurden wir mit dem Karabiner 98 ausgerüstet; 1949 begann dann die einheitliche Uniformierung. Unsere Kleidung bestand aus blaufärbten Uniformteilen der Wehrmacht. Erfahrungen im Färben aber gab es wohl damals nicht. Kam man in einen starken Regen, so war bald nicht nur die Unterwäsche blau, sondern auch der ganze Körper. Da ich einen großen Wissensdurst hatte, besuchte ich im Frühjahr 1948 einen 14tägigen Lehrgang an der Kreispartei-schule der SED. 1949 ging ich für mehrere Monate an die Landespolizeischule in Rostock. Nach Abschluß des Kurses wurde ich zum Offizier ernannt. Von nun an war ich Politikkommissar. Meine wesentlichen Aufgaben bestanden in der Schulung und Ausbildung der Grenz-

polizisten. Für die politische Schulung waren die von der SED herausgegebenen roten Bildungshefte eine wertvolle Hilfe. Für die militärische Ausbildung bediente ich mich meiner Kenntnisse aus Wehrmachtstagen. Mir ist kein Fall bekannt, daß wir jemals eine Waffe in Anwendung bringen mußten. Bei einem Versuch, meinen Schäferhund auf Schußfestigkeit zu testen, lief dieser nach abgegebener Salve davon und ward nicht mehr gesehen.

Im Kampf gegen faschistische Banden, Saboteure, Schieber und Spekulanten erwarben wir allmählich Kenntnisse und Erfahrungen. An den uns übertragenen Aufgaben sind wir gewachsen. Auch dank des opferreichen Einsatzes unserer Genossen konnten Ordnung und Sicherheit hergestellt und die weitere Entwicklung unseres Staates gewährleistet werden. An vier Jahrzehnten Arbeiter- und Bauern-Macht auf deutschem Boden aktiv beteiligt gewesen zu sein, bleibt für immer unser Verdienst.“

**Georg Behrendt**

*Unser Autor arbeitete nach seinem Ehrendienst in Parteifunktionen. Heute ist er Rentner und gesundheitlich stark angegriffen, aber nicht nur eifriger Leser, sondern auch aktiver Verbreiter des RF.*

# Wie christlicher Fundamentalismus die Weltherrschaftspläne der USA vorantreibt

George W. Bush artikuliert Unverständnis über die Welt von heute, die er, in Erfüllung der von seinem Vater erklärten Mission der USA, „neu ordnen“ will. Auf einer Pressekonferenz war von ihm zu hören: „Ich bin verblüfft darüber, daß es so viele Mißverständnisse über unser Land gibt und daß Menschen uns hassen können.“

Obwohl er, wie er vielfach betont, auf Gottes Pfaden wandelt, stellt Bush nicht die Frage, wie es der Erzbischof von New York, Kardinal Edward Michael Egan, tat: „Was haben wir falsch gemacht?“

Ein anderer kirchlicher Würdenträger, Erzbischof Robert Bowman, schrieb an Bush: „Sie sagten, wir seien Zielscheibe des Terrorismus, weil wir die Demokratie, die Freiheit und die Menschenrechte in der Welt verteidigen. Wir sind Zielscheibe des Terrorismus, weil unsere Regierung in weiten Teilen der Welt Diktatur, Sklaverei und menschliche Ausbeutung verteidigt ...“

Bush kennt kein Unrechtsbewußtsein. Er kennt vor allem die Macht- und Profitbedürfnisse seiner Ölmultis und des militärisch-industriellen Komplexes. Er kennt das Ziel seiner irdischen Auftraggeber, eine unipolare Welt zu schaffen, die sich dem Willen und den Interessen des US-Kapitals beugt. Er ist davon überzeugt, daß er bei dem von ihm ausgerufenen „langandauernden Krieg gegen den Terrorismus“, den er auch als „Kreuzzug“ bezeichnet, vom Allmächtigen legitimiert sei.

„Ich handle im Auftrag von Gott“, meint er. „Gott hat mir gesagt: ‚George, geh nach Afghanistan, und bekämpfe die Terroristen!‘ Das habe ich getan, und dann hat Gott mir gesagt: ‚George, beende die Tyrannei in Irak ...‘ Und das habe ich getan.“

Die Geschichte der USA offenbart, daß kaum ein amerikanischer Präsident darauf verzichtete, die Vereinigten Staaten als „God's own country“, als „Gottes eigenes Land“, zu begreifen. Die Doktrinen der Männer im Weißen Haus sind davon geprägt. Die Kriege, die zur Ausdehnung der Macht des USA-Imperialismus geführt wurden, nennen sie „Missionen“ zur Verbreitung der Zivilisation! Bei George W. Bush sind sie zum Extrem hochstilisiert.

Mitte des 19. Jahrhunderts, als die „Eliten“ der USA sich anschickten, zunächst den amerikanischen Kontinent zu „zivilisieren“ und ihre Beutefeldzüge damit rechtfertigten, sie würden gottgewollt die Völker auf den rechten Weg führen, nannten sie den selbsterteilten Auftrag und die damit verbundene Machtstellung „Manifest Destiny“. Es diente ihnen als philosophische Begründung und ideologische Rechtfertigung der Eroberungskriege gegen Mexiko und Kanada, gegen Kuba und die Philippinen. „Manifest Destiny“ wurde in den zurückliegenden Jahren von neokonservativen Kräften wieder

propagiert und den Amerikanern ins Bewußtsein gebracht, um Zustimmung für die Kriege zur „Neuordnung der Welt“ zu erheischen.

Fundamentalistische Positionen und imperialistische Globalstrategie erweisen sich dabei als eine „unheilige Allianz“.

Die sogenannte Christliche Rechte trug unter Reagan und in der Republikanischen Partei wesentlich dazu bei, dem protestantischen Fundamentalismus Raum zu verschaffen und ihn zu mobilisieren.

Zum Netzwerk der „Christlichen Rechten“ gehören solche Organisationen wie „Christian Coalition“, „Focus on the Family“, „Family Research Council“, „Campaign for the Working Family“ und weitere. Etwa 30 bis 40 Prozent der USA-Bürger stehen in Verbindung mit fundamentalistischen, christlich-protestantischen Kirchen.

Die „Christliche Rechte“ hat in den 90er Jahren systematisch die meisten Organisationen der Republikaner in den verschiedenen USA-Bundesstaaten unterwandert und ihr Netzwerk weiter ausgebaut. Sie inspiriert die Bush-Administration in der Außenpolitik vor allem hinsichtlich des „Kreuzzugs gegen den Terrorismus“, des nationalistischen Unilateralismus und der „Demokratisierung“ des Nahen Ostens. Stand für diese „Christliche Rechte“ in früheren Jahrzehnten der Kampf gegen das „Reich des Bösen“, gegen die Sowjetunion, im Zentrum, so ist es jetzt die UNO, die mit ihren Beschlüssen über die Rechte der Frau, über die Rechte des Kindes, über Klimaschutz den Zorn und den Widerstand dieser Kräfte hervorruft. Religiöser Glaube wird von der „Christlichen Rechten“ kanalisiert und von der Administration skrupellos mißbraucht.

Die Politik nutzt dabei die Tatsache aus, daß 94 Prozent der in den USA Lebenden an Gott glauben. „Die Politik der territorialen und wirtschaftlichen Expansion wurde durch ... religiöse Motive zusätzlich legitimiert“, heißt es im „Länderbericht USA“ der Bundeszentrale für politische Bildung. Entscheidungen der Washingtoner Administration werden von den meisten sehr stark nach religiösen Maßstäben bewertet. Über 80 Prozent der US-Bürger meinen, religiöse Werte spielten eine wesentliche Rolle bei Alltagsentschlüssen sowie in der Politik.

Von Kindesbeinen an, in der Schule täglich abverlangt, wird auf Gottgewolltes, auf Gottbefohlenen eingeschworen. „Gott hat uns aufgerufen, unser Land zu

verteidigen und die Welt zum Frieden zu führen, um den noch von der Tyrannei betroffenen Völkern Demokratie und Freiheit zu bringen. Wir werden beide Herausforderungen mit Mut und Selbstvertrauen angehen“, begründet Bush die US-Globalstrategie.

Seit 1898, seit der Invasion der Philippinen, als 600 000 Filipinos hingemetzelt wurden, verübten die Vereinigten Staaten weltweit 170 militärische Aggressionsakte. Erstmals setzten sie die Atombombe gegen Menschen ein, in Hiroshima und Nagasaki, als der Krieg gegen Japan militärisch bereits längst entschieden war. Auch Truman berief sich bei diesen Verbrechen auf den Segen Gottes.

Millionen und aber Millionen Menschen wurden Opfer brutaler Operationen der U.S. Army. Bushs Dreisternegeneral William Boylcn bezeichnete diese als „die Armees Gottes, im Hause Gottes, im Königreich Gottes“. Ihr Feind sei das „Böse“.

Das Handeln des US-Imperialismus zur Errichtung seiner Weltherrschaft wird stets von frommen Sprüchen George W. Bushs begleitet. Mit abgrundtiefer Heuchelei spricht er von den „Werten“ der kapitalistischen Gesellschaft. Wahrhafte Christen können diese Äußerungen des US-Präsidenten nur als Gotteslästerung verstehen.

Wieviel „Wertschätzung“ Bush und seine Komplizen für andere Völker empfinden, verrät er mit diesen Worten: „Es kann sein, daß wir irgendwann als einzige übrigbleiben. Ich habe nichts dagegen. Wir sind Amerika.“

So bestätigt sich noch einmal das für die Zukunft der menschlichen Gattung so gewichtige Wort: Sozialismus oder Barbarei!

**Prof. Dr. Georg Grasnack**



Das Gebrüll des Wallstreet-Bullen klingt heiserer.

# Wie sich Polens weiße Pans die Finger verbrannten

## Das Scheitern der bewaffneten Konterrevolution (1943–48)

Im Gegensatz zur bis heute erhobenen Behauptung, die Rote Armee habe in Polen „ihr Gesellschaftssystem“ errichtet, war die Frage Wer wen? im Nachbarland der UdSSR 1945 noch keineswegs entschieden. Zwar hatte die Reaktion mit der Errichtung der Volksmacht eine schwere Niederlage erlitten, doch wollte sie sich nicht mit dieser abfinden. Sie verfolgte konsequent einen Kurs, um die neue Ordnung zu stürzen. Hierzu gehörte zunächst der bewaffnete Widerstand. Da die Rechten auf den baldigen Ausbruch eines dritten Weltkrieges setzten, sollte für die dann heranrückenden – nur 300 km entfernten – Angloamerikaner und in deren Gefolge die etwa eine halbe Million Mann starken polnischen Einheiten im Westen unter General Władysław Anders das Terrain bereitet werden. Bleibe der frontale Zusammenprall aus, dann sollten die Organe der Volksmacht ständig angegriffen, ihre Anhänger terrorisiert und damit eine Atmosphäre geschaffen werden, die den Antikommunisten die Bildung einer Regierung der „nationalen Verständigung“ unter ihrer Führung erlaubt hätte. Die UdSSR hingegen zog man kaum ins Kalkül. Sie sei durch den Krieg so geschwächt, daß sie sich keine Intervention in Polen würde leisten können. Da sie zu dieser Zeit noch nicht im Besitz von Kernwaffen war, rechnete man in den Warschauer Cafés ohnehin mit ihrer Ausschaltung durch die Amerikaner.

Schon 1943 wurden von der polnisch-faschistischen NSZ rote Partisanenabteilungen angegriffen und Kommunisten ermordet. Infolge der Befreiung durch die sowjetische Armee verminderten sich jene Aktionen, da die neue Macht ein militärisches Bündnis mit der UdSSR unterhielt und Angriffe als Kollaboration mit den Deutschen gewertet wurden.

Das rechte Lager hatte für den folgenden Kampf scheinbar die besseren Bedingungen: Die meisten Polen und die katholische Kirche waren antikommunistisch und antisowjetisch eingestellt, und man konnte vor allem auf junge Leute zählen, die im Kampf gegen die Nazis Erfahrungen gesammelt hatten und Waffen besaßen. Die Reaktion verfügte nicht nur über die NSZ, sondern vor allem auch über die Einheiten der WIN, die aus der größten bürgerlichen Widerstandsorganisation AK hervorgegangen war. Hinzu kamen in Westpolen kleinere Gruppen des faschistischen „Werwolfs“ und in Südostpolen aus der UdSSR geflüchtete, gut ausgerüstete und geführte Einheiten ukrainischer Faschisten aus der UPA, mit der die WIN Absprachen tätigte.

Die Volksmacht mußte sich schnell auf diese Situation einstellen. Aus ehemaligen kommunistischen Partisanen wurden 1944 Einheiten der Staatssicherheit (MBP)

und der Bürgermiliz (Volkspolizei) gebildet. Zugleich hoffte man in Warschau auf einen Kompromiß mit den Rechten. Die sowjetischen Kommandanturen, die bis zur Befreiung Hoheitsrechte in Polen wahrnahmen, hegten jedoch keine Illusionen. Schon während ihres Vormarsches 1944 hatten Sowjettruppen Tausende AK-Leute entwapnet und deportiert. Im Januar 1945 verhaftete der NKWD – ohne Absprache mit Polen – die gesamte Führung des rechten Widerstandes und stellte sie in Moskau wegen fortgesetzter Angriffe auf die Rote Armee vor Gericht. Insgesamt kam es so zu einer qualitativen und quantitativen Schwächung dieser Kräfte. Die Weißen konnten nur etwa 100 000 Kämpfer und Helfer mobilisieren, die nach der Befreiung alles auf eine Karte setzten. Ihre Offensive schuf in einigen Landesteilen eine bürgerkriegsähnliche Situation. Dort mußten die Kommunisten und andere Linke in die Illegalität gehen. Die Rechten glaubten sich schon fast am Ziel.

Doch wie so oft hatten sie die Lage falsch eingeschätzt. Außenpolitisch herrschte zwischen den Siegermächten noch Einvernehmen. Ein Dritter Weltkrieg war nicht in Sicht. Zudem konnten die Konterrevolutionäre nur in einem nicht zusammenhängenden Drittel des Landes die Staatsmacht destabilisieren. Schnell stellte sich heraus, daß den meisten Polen nach sechs Jahren Krieg und Zerstörung Frieden und Wiederaufbau wichtiger waren als ihre antikommunistischen Vorurteile. Vor allem aber hatten sie die junge Volksmacht unterschätzt. Diese mobilisierte ihre Anhänger: Die Truppen für Innere Sicherheit und Milizeinheiten umfaßten bald 180 000 Mann, die in den Kampf geworfen werden konnten. Hinzu kamen noch bis zu 100 000 bewaffnete Arbeiter und Bauern der Volksfreiwilligen (ORMO). Mitglieder der kommunistischen PPR und der sozialistischen PPS wurden bewapnet und die Gebäude von Staat und Parteien militärisch gesichert. Auch die Organisationen der jüdischen Holocaust-Überlebenden spielten eine aktive Rolle. Dieser militärischen Kraft war der reaktionäre Untergrund auf Dauer nicht gewachsen. Dennoch gab er nicht auf.

Nun ging die Volksmacht zur Offensive über und drängte den Gegner zurück. Dieser scheute Angriffe auf Bewapnete und terrorisierte vor allem Zivilisten in waldreichen Gegenden. Die weißen Banden sprengten Züge und Brücken, hielten Transportmittel an und ermordeten Juden, Linke und deren Familien.

Hier bewährte sich die neugeschaffene Staatssicherheit. Sie hob die Gruppen der Rechten in den Städten aus und durchsetzte die Waldabteilungen mit eigenen Leuten, was deren Zerschlagung erleich-

terte. Bald wurde diesen der Boden zu heiß, und sie zogen sich, stark dezimiert, in andere Gebiete zurück. Besonders nach Großaktionen der Volksmacht und in den ungewöhnlich kalten Wintern resignierten viele Anhänger der Reaktion. Sie stellten sich und machten von den Amnestien Gebrauch. Die Intensität des weißen Untergrundes nahm deutlich ab. 1947 wurde die UPA in einer großangelegten Operation ausgeschaltet. Ihre versprengten Reste flohen über die ČSR nach Westdeutschland. 1948 war das Gros des rechten Widerstandes liquidiert. Etwa 2000 Banditen trieben sich noch bis in die 50er Jahre in den Wäldern herum und verwandelten sich in gewöhnliche Kriminelle, deren Gruppen von Miliz und Bevölkerung gefaßt wurden.

Bis 1948 hatte die Volksmacht aus eigener Kraft 3500 bewapnete Einheiten des Gegners vernichtet. Hierbei fielen 8000 Konterrevolutionäre, aber auch 12000 Angehörige der Volksarmee, der Miliz, der Staatssicherheit und der Volksfreiwilligen.

Die Bilanz der heute gefeierten „Unabhängigkeitskämpfer“ war erheblich: Von 1944 bis 1948 erfolgten 54800 bewapnete Angriffe, 17152 politische Morde, 1030 Überfälle auf Eisenbahnen und Brücken. 10000 Anwesen linksgerichteter Bauern wurden niedergebrannt und etwa 8000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche verwüstet. Rund 1000 unbeteiligte Sowjetsoldaten und fast 2000 wehrlose Juden wurden umgebracht. Insgesamt fielen dem weißen Terror über 22 000 Linke – vor allem Kommunisten – zum Opfer.

Mit ihrer politisch-militärischen Niederlage konnten sich die polnischen Rechten nie abfinden. Nach 1989 wurden daher zuerst die Denkmäler für die gefallenen Verteidiger der Volksmacht geschleift und in den Schulbüchern der reaktionäre Untergrund zur „Selbstverteidigung“ verklärt, während man die Verteidigung der neuen Ordnung als „roten Terror“ diskreditierte. Dennoch bleibt: Die Vernichtung der bewapneten Reaktion war ein Sieg der polnischen Arbeiterklasse über den Feind im eigenen Land und die erste von Kommunisten gewonnene militärische Schlacht des kalten Krieges.

**Stefan Warynski**

Unser treuer Leser, der  
General a. D. der Sowjetarmee  
**Alexander A. Woizechowski**

übermittelte allen  
„RotFüchsen“ aus Kiew  
herzliche Glückwünsche  
zum 89. Jahrestag  
der Oktoberrevolution.

# Wie das atomare Patt USA – UdSSR herbeigeführt wurde Als James Forrestal aus dem Fenster sprang

Der spätere sowjetische Außenminister Andrej Gromyko unterbreitete der Atomenergiekommission der UNO am 19. Juni 1946 einen Vertragsentwurf seiner Regierung. Er enthielt die Forderung, unter keinen Umständen Atomwaffen einzusetzen; die Herstellung und Lagerung von A-Waffen zu verbieten; im Verlaufe von drei Monaten die gesamten Vorräte an fertigen und noch nicht fertiggestellten A-Waffen zu vernichten. Diese klaren Worte stimmten überein mit der Resolution der UNO-Vollversammlung vom 24. Januar 1946, wo es unter Ziffer 5 c heißt, man erwarte von der Kommission „spezielle Vorschläge für die Entfernung von Atomwaffen und allen anderen schweren Waffen, die für die Massenvernichtung geeignet sind, aus den Rüstungen der Staaten“.

Eine Lektion, die ich hörte, war das eine, hinzu kamen liegengebliebene Zeitungen und Zeitschriften in verschiedenen Sprachen aus den Ländern der Kursanten, die die Mosaiksteinchen zu einem umfassenden Bild werden ließen. Selbst Eva, die Sekretärin der USA-Truppschule für Information und Erziehung (EUCOM), an der ich damals tätig war, eine Frau, die sich sonst wenig für die inhaltlichen Probleme, mit denen ich mich herumzuschlagen hatte, interessierte, fing zeitweilig Feuer, begann mich in Diskussionen zu verwickeln, die eine gewisse Vorsicht erforderten.

Die ahnungslose Masche blieb nicht ohne Erfolg. „Meinen Eltern, respektive meinem Vater im besonderen, werde ich in seinem diplomatischen Dschungel wohl nie geistig folgen können. Ich litt schon als Kind, denn seine Liebe zu mir war eine sehr distanzierte, er war von seinem Beruf her belastet. Ich meinte immer, er schwebte irgendwo“, sagte Eva.

Wieder zurück zur Atomkraft. Eisige Ablehnung im anderen Lager. No reaction! Doch! Bereits im Juli 1948, zu dieser Zeit besaß die Sowjetunion noch keine A-Waffe, wurden zwei Fliegergruppen amerikanischer B-29-Bomber nach Großbritannien verlegt. In der Folge seiner berühmt-berüchtigten Fulton-Rede wollte Churchill, der Initiator des US-Stützpunktes in Ostengland, unbedingt den kalten in einen heißen Krieg umwandeln. So kam das „Teufelszeug“, wie es R. J. Oppenheimer bezeichnete, nach Europa.

Wenige Wochen später inszenierte man von westlicher Seite die sogenannte Berlin-Krise. Der USA-Präsident organisierte eine „Luftbrücke“. Täglich etwa tausend Flugzeuge brachten im Großeinsatz Lebensmittel und andere Güter in die isolierte Dreisektorenstadt. Mit diesem gigantischen militärischen Aufwand bewies man, fähig zu sein, monatelang zwei Millionen Menschen versorgen zu können. Zur selben Zeit fanden nahe den Zonen Grenzen seitens der westlichen Alliierten

ständig Manöver statt. Doch die Gegenseite ließ sich nicht provozieren.

„Berlin – wenn schon nicht mehr Stachel im Fleisch, dann Untergang für alle!“ Es entsetzte mich, daß dies ein Sozialdemokrat sagte. Hatte dessen Parteiführung nicht maßgeblich durch ihr Handeln zum Machtantritt Hitlers beigetragen? SPD-Mitglieder aber wurden mit den Kommunisten zusammen geschunden und getötet. Sollte der Westberliner Bürgermeister Ernst Reuter, der öffentlich erklärte, „Berlin sei eine Atombombe wert“, nichts aus der Geschichte gelernt haben? Lebte er in blindem Haß?

„Der Antikommunismus ist die größte Torheit des Jahrhunderts“. Diese Aussage von Thomas Mann war mir bekannt. Aber, daß viele Politiker das nicht begreifen konnten oder wollten, war schwer zu verstehen.

Kapitulation oder Tod? Was würde geschehen, wenn sich ein Land unterstand, Atomenergie zu friedlichen Zwecken, von unfriedlichen ganz zu schweigen, ohne Lizenz der Atomentwicklungsbehörde (ADA) zu nutzen? Ihm drohten Sanktionen oder sogar Gewaltanwendung, auf jeden Fall, wir hören wieder Baruch (s. RF, Nr. 106, S. 22), „angemessene Strafen für die Verletzung der Kontrollvorschriften ..., die als internationales Verbrechen gebrandmarkt werden muß ...“ Und kein Einspruch, Euer Ehren? Kein Einspruch. Die USA bestanden darauf, daß in Atomfragen kein Vetorecht gelten dürfe. Was wäre die Folge gewesen? Die amerikahörige Mehrheit, die damals sämtliche UNO-Gremien beherrschte, hätte, die Annahme des Baruch-Planes vorausgesetzt, sozusagen legal den Krieg gegen die Sowjetunion beschließen können, wann immer Washington die Stunde für gekommen hielt.

Blieb noch eine Frage, die wichtigste: Was geschieht mit den angehäuften Atombomben, die pausenlos vermehrt wurden? Wenn die ADA „wirksam funktioniert“, so hieß es seitens Baruch, könne man über die Bomben reden. Wann es soweit ist, bestimmt, wer sonst, ADA selbst. „Aber“, hören wir noch mal Baruch, „ehe ein Land bereit ist, irgendwelche kriegsentscheidenden Waffen aus der Hand zu geben, verlangt es mehr als bloße Worte, um sich sicher zu fühlen. Es braucht eine Garantie für Sicherheit, nicht nur vor Verstößen auf dem Gebiet der Atomenergie, sondern auch vor dem illegalen Einsatz anderer Waffen, bakteriologischer, biologischer und chemischer Mittel.“

Mit anderen Worten, die USA behalten ihr Monopol und produzieren Atombomben, bis sie, nicht zuletzt dank ADA, den Erdball beherrschen. „Zwischen Leben und Tod zu wählen“, schlug Baruch vor, meinte jedoch zwischen Kapitulation und Tod zu wählen. James Franck, Hamburger Patriziersohn, studierte bei Planck und Warburg, lehrte später selbst in Göttingen, erhielt gemeinsam mit Gustav Hertz für den sogenannten Elektronenstoßversuch den Nobelpreis. Als Jude aus dem Lehramt verdrängt, verließ er Deutschland 1933 und ging in die USA. Im Juni 1945, noch vor dem ersten Atombombentest, schrieb er, assistiert von sechs Kollegen, einen Bericht über politische Probleme der Atomenergie, den später nach ihm benannten Franck-Report, und schickte ihn an den Kriegsminister.

Franck warnte vor dem Abwurf von Atombomben; vor der Illusion, für längere Zeit ein Monopol auf die neue Waffe bewahren zu können; vor den Gefahren des Wettrüstens. Franck schrieb: „Wir können nicht hoffen ..., ein Wettrüsten mit Atomwaffen zu vermeiden ... Wenn die Vereinigten Staaten die ersten wären, die von diesen Mitteln zur wahllosen Vernichtung von Menschen Gebrauch machten, würden sie ... einen wahren Rüstungswettlauf auslösen ...“ Niemand in Washington hat auf ihn gehört, seine Warnung war wie die von Frédéric Joliot-Curie verhallt. Sie wurde verschwiegen.

Wie Baruch wiegten sich manche, die nichts von Physik verstanden, in der Hoffnung, daß „die anderen“ hinter dem Mond lebten. Trotzdem griff die Hysterie um sich. Ein USA-Verteidigungsminister namens James Forrestal stürzte im Schlafanzug auf die Straße und schrie: „Die Russen kommen!“ Man schaffte ihn in eine Nervenklinik. Beim nächsten Anfall sprang er aus dem Fenster des 17. Stockwerkes. Kurz vor seinem Todessprung wurde die NATO gegründet, und Präsident Truman gab ihr sein Motto auf den Weg: „Ich bin bereit, für den Frieden der Welt die Atombombe einzusetzen.“ Für den Frieden die Atombombe!

Noch im selben Jahr war das Monopol gebrochen. Vier Jahre später gab es zwei Atommächte, die sogar die Wasserstoffbombe besaßen.

„Mit sieben dieser Bomben“, brüstete sich ein gewisser Finletter, „können wir die Welt regieren.“ Finletter war als Staatssekretär im Verteidigungsministerium der USA für die Luftwaffe verantwortlich.

Zur selben Zeit sprach Andrej Wyschinski für die Sowjetunion vor der UNO: „Wir haben das Verbot der Atomwaffen vorgeschlagen, als wir sie noch nicht hatten. Jetzt, da wir sie besitzen, halten wir ebenso erst an diesem Vorschlag fest. Wir fordern auch heute ihr Verbot, obwohl wir die Wasserstoffbombe hergestellt haben.“

**Dr. Günther Hahne**

Wir trauern um unseren langjährigen Leser

**Hans-Peter Minetti**

Vor allem seine bewegende Fiete-Jansen-Gestalt im Thälmann-Film hat sich Millionen eingeprägt.

# Belgien: Große Erfolge der PTB-Genossen

Die fortschreitende Umwandlung der früher maoistischen Partei der Arbeit Belgiens (PTB/PvdA) in eine massengetriebene marxistisch-leninistische Partei hat sich jetzt auch in den Ergebnissen der jüngsten Kommunal- und Provinzialwahlen niedergeschlagen. Die PTB konnte die Zahl ihrer Mandate in acht statt vier Gemeinden von 5 auf 15 erhöhen. „Die im Jahre 2004 eingeleitete Erneuerung der PTB hat Früchte getragen“, erklärte ihr Sprecher Raoul Medebouw. Zum ersten Mal zog sie in die Parlamente von vier Städten mittlerer Größe (jeweils etwa 70000 Einwohner) ein. Das kommunistische Wochenblatt „Solidaire“ zitierte eine

belgische Tageszeitung, die das Ergebnis folgendermaßen wertete: „In wenigen Jahren hat sich die PTB verändert. Sie hat ihre Überzeugungen nicht aufgegeben, wohl aber einen gewissen Radikalismus. Dadurch ist sie den Menschen näher gekommen.“

In Herstal (Provinz Liège) stimmte nahezu einer von zehn Wählern für die Liste der PTB. Im Norden Flanderns, in den Bezirken Hoboken und Deurne, wo die Faschisten des Vlaams Belang angekündigt hatten, sie würden die absolute Mehrheit erringen, wurde diese Absicht vom kommunistischen Votum durchkreuzt. In Hoboken erhielt die PTB diesmal 8,3%

und brachte zwei Frauen – die Ärztin Mie Branders und die Arbeiterin Erica De Meyer – durch. In Deurne erhielt Dr. Dirk Van Duppen, ein angesehener Mediziner, 4,4 % der Stimmen. In der Gemeinde Zelzate (Bezirk Gand) entfielen sogar 21,7 % (6 Mandate) auf die kommunistische Liste. Fortschritte wurden auch in allen Großstädten Belgiens erzielt.

Das Ergebnis der Kommunal- und Provinzialwahlen ist eine gute Ausgangsposition für die 2007 anstehenden Parlamentswahlen. Der PTB übermitteln wir unseren Glückwunsch!

**R. F., gestützt auf „Solidaire“**

## Die Schlacht in der Cable Street

Am 4. Oktober 1936 fand im proletarischen Londoner East End eine denkwürdige Auseinandersetzung zwischen Tausenden von der KP mobilisierten Arbeitern und den durch Polizeikohorten geschützten Schwarzhemden des sich am „Vorbild“ Mussolinis orientierenden britischen Faschistenführers Sir Oswald Mosley statt. Diesen BUF war nicht die erste faschistische Bewegung in Großbritannien, aber wohl die einflussreichste und gefährlichste. Der erst 23jährige Mosley hatte seine politische Karriere 1918 als Unterhausabgeordneter der Konservativen begonnen. Doch er entledigte sich bald der strengen Parteidisziplin und wurde Unabhängiger, bevor er 1924 der Labour Party beitrug, die gerade eine von den Liberalen unterstützte Minderheitsregierung gebildet hatte. 1925 setzte sich Mosley für eine „neue Wirtschaftspolitik“ auf der Grundlage der Theorien von John Maynard Keynes ein. Im Mai 1930 zog er sich von Mac Donalds Labour-Regierung zurück, um die New Party zu gründen, die sich besonders an die Arbeitslosen wandte und den wachsenden Einfluß der Kommunisten durch soziale Demagogie zu unterlaufen suchte. Nach einer Begegnung mit Mussolini, der ihn nach Italien eingeladen hatte, bildete Mosley die Britische Union der Faschisten (BUF). Sein an entsprechenden Vorbildern

ausgerichtetes Programm überschrieb er „Das größere Britannien“. Mosleys chauvinistische Linie aber stieß angesichts der Ablehnung Hitlers und Mussolinis bei der Bevölkerungsmehrheit auf Widerstand. Den stärksten Rückhalt der Faschisten bildete die protestantische Minderheitsbewegung in Ulster (Nordirland). Zugleich fanden sie spendierfreudige Mäzene in solchen Magnaten wie William Morris, Henry Deterling, Watneys Brauereiimperium und der Imperial Tobacco Company, die zuvor schon die New Party gefördert hatten. Mosleys BUF, die den Medienkonzern Lord Rothermeres (Daily Mail, Sunday Dispatch, London Evening News) auf ihrer Seite wußte, sammelte ihre Anhänger nicht zuletzt in einigen Londoner Bezirken. Die erste offene faschistische Massenkundgebung fand am 7. Juni 1936 in Londons East End statt. Mosley stapelte hoch und behauptete, hunderttausend Menschen hätten teilgenommen. Unter den Demonstranten befanden sich auch 500 uniformierte Schwarzhemden. Die Linke schlug zurück. In den Arbeitervierteln der Hauptstadt entbrannte der Kampf um die Gunst der Massen, für oder gegen die Faschisten. Im August 1936 meldete das Innenministerium (Home Office) die Teilnahme der Polizei an 536 Meetings, im September waren es 603 und im Oktober

sogar 647. Schließlich kam es zur denkwürdigen Schlacht in der Cable Street. Die BUF hatte für den 4. Oktober einen großen Umzug im East End geplant. Daraufhin sagte die KP Großbritanniens eine Spanienkundgebung auf dem Trafalgar Square ab und rief ihre Anhänger zur Verteidigung dieser traditionellen Hochburg der Arbeiterklasse auf.

Am Morgen des 4. Oktober wehten aus vielen Fenstern rote Fahnen. Auf Spruchbändern stand – angelehnt an Madrid und Barcelona: Sie werden nicht durchkommen! Stoppt den Faschismus! Dann versammelte sich eine riesige Menge. Die Mosley-Leute waren deutlich in der Minderheit. Die Antifaschisten trotzten auch dem gegen sie gerichteten massiven Terror der Polizei. Als die „Bobbies“ versuchten, die BUF-Kolonnen über die Cable Street umzuleiten, wurden dort in Windeseile Barrikaden errichtet. Sie hielten die Faschisten auf.

Als Mosleys Schwarzhemden, die das East End fortan nicht mehr zu betreten wagten, am 3. Oktober 1937 den Versuch unternahmen, durch Bermondsey im Londoner Süden zu marschieren, erhielten sie auch dort eine Abfuhr. Die BUF erholte sich von der Cable-Street-Schlappe nicht mehr. Spätere Organisationen britischer Neonazis wie die National Front erwähnten Mosleys Namen kaum noch. **S. R.**

## Dr. Vera Butler: Brief aus Melbourne

Liebe Genossen, schon wieder bombardiere ich Euch, im Krankenhaus liegend, mit meiner Korrespondenz, aber der Oktober-„RotFuchs“ ist gerade bei mir angekommen und regt mich an. Zunächst eine Bemerkung zum Beitrag von Wilfried Schütze über Goldstücker: Auch als „David“ bekannt, flog er aus England 1968 eigens in die ČSSR, um Dubček zu beeinflussen. Nach dem Fiasko des „Prager Frühlings“ landete Goldstücker in Kanada, wo er bald Berater des sowjetischen Botschafters und späteren Gorbatschow-Vertrauten Alexander Jakowlew wurde. Angeblich prägte er als erster den Begriff „Perestrojka“ (Umbau). Sowjetische Kommentatoren sahen in Goldstücker einen CIA-Mann. Ich bin

eher geneigt, seine Aktivitäten mit dem britischen Auslandsgeheimdienst MI6 in Verbindung zu bringen. Goldstücker ist in jedem Fall ein bekannt-berühmter Agent. Soweit ich mich erinnere, traf er schon während der „Perestrojka“ in Rußland ein, um sich als Berater Jakowlews und Gorbatschows zu empfehlen. / Interessant war für mich auch die Abhandlung von Dr. Ernst Heinz über den Trotzismus. Warum? Die Trotzisten sind auch hier bei uns in Australien sowie in Rußland sehr aktiv. Der bekannte Historiker Roy Medwedjew sitzt als Vertreter der Sozialistischen Arbeiterpartei in der Moskauer Duma. Diese Partei läuft hier in Australien unter der gleichlautenden Bezeichnung Socialist Workers Party und

ist für ihre offen trotzkistische Position bekannt. Aufschlußreicherweise gibt sie etliche teure Publikationen heraus. Ich würde gerne wissen, wer die Trotzisten finanziert – international und in den einzelnen Ländern. Ist Euch darüber etwas bekannt? Ich besitze Ernest Mandels „Late Capitalism“ – eine der besseren Analysen des bevorstehenden Zusammenbruchs, aber so wie Lenin Trotzki kritisierte, kommt auch Mandel letztlich nicht zu einer marxistischen Einschätzung: Zu viele „Wenns und Abers“. / Schließlich freute mich besonders der ermutigende Bericht Klaus Steinigers über die Lage der Kommunisten in Portugal.

**Herzliche Grüße, Eure Vera**

# Von der Balfour-Erklärung zur Okkupation ganz Palästinas

## Ein Lexikon gibt Auskunft

Mit ihrer offen proisraelischen Parteinahme entsprechen die meisten publizistischen Angebote unseres Landes hiesigem Regierungshandeln. Was sich in den vergangenen 100 Jahren in und um Palästina zutrug, paßt da weniger ins Bild. Wer aber gerade darüber mehr wissen will und deshalb „Das aktuelle Länderlexikon“ aus dem Naturalis-Verlag in Köln und München befragt, dürfte sich wundern. Obwohl dieses Buch aus dem Jahre 1989 auch uns ehemaligen DDR-Bürgern gern als Hilfe für ein „richtigeres“ Verständnis der Weltpolitik angeboten wurde, findet man dort einige bemerkenswerte Offenbarungen zu Israels Entstehen und Geschichte. Nach einer Einführung, die die Anfänge des Zionismus – eines „eigenen politischen Nationalismus der Juden“ mit der Idee des „Judenstaates“ – und die Bildung der „Zionistischen Weltbewegung“ zur „Schaffung einer öffentlich-rechtlich gesicherten Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina“ behandelt, kommt das Lexikon zur Sache. Es teilt mit, daß nach einer zweiten zionistischen Einwanderungswelle 1914 zwar nur etwa 80 000 Juden in Palästina lebten, diese Bemühungen aber den kolonialen Interessen Großbritanniens entsprachen, das darum 1917 in der Balfour-Erklärung das „Recht der Juden“ auf eine solche Heimstatt unterstützte. Die Quelle dieses „Rechts“, das offenbar über dem der einheimischen Araber rangiert, bleibt offen. Man erfährt, daß der Völkerbund die Balfour-Erklärung 1922 bestätigt und Palästina den Briten als Mandatsgebiet zugesprochen hat. Damit wird offenbar: Auch die Rechtsetzung des Völkerbundes entsprang imperialistischen Motiven. Weiter heißt es dann, daß es bei der geringen Zahl jüdischer Immigranten anfangs nicht „zu nennenswerten Spannungen mit den einheimischen Arabern gekommen“ sei. Das änderte sich, „als die Masseneinwanderungen systematischen Kolonisationscharakter“ annahm, verbunden damit, daß sich die Einwanderer zum Erhalt ihres tradierten Lebensniveaus eigene, für Araber nahezu unzugängliche wirtschaftliche und soziale Strukturen schufen und Einheimische von ihrem Land vertrieben. Ein Beispiel aus dem Lexikon: „Die jüdische Gewerkschaft Histadruth nahm keine arabischen Arbeiter auf, sorgte für deren Aussperrung und den Boykott arabischer Güter.“ Der Ausschluß der einen aus der ökonomisch-kulturellen Entwicklung der anderen führte „zu wachsender Überlegenheit der Juden über die Araber“. Verwiesen wird auf „sich häufende Zwischenfälle“. Nach einem „antibritischen und antijüdischen Aufstand der Araber“ im Jahre 1936, der „mit Hilfe der 1921 gegründeten illegalen Armee der Zionisten niedergeschlagen“ wurde, werden für 1939 von den Briten

befohlene Einwanderungsbeschränkungen genannt. Zu jenem Zeitpunkt war das zwar eine antijüdische, aber den gewollten Einwanderungsdruck nur noch erhöhende Maßnahme. 1947 verzichtete Großbritannien auf das Mandat über Palästina. Der aufmerksame Leser erkennt: Die Briten hatten ein wichtiges Ziel erreicht. Der imperialistische Pfahl im Nahen Osten war eingerammt. Man konnte das Problem nun an die UNO weiterreichen. Und man hinterließ illegal aufgerüstete und kampferprobte zionistische Streitkräfte. Für alle Fälle!

Man erfährt, daß die UNO noch 1947 reagierte, die Teilung Palästinas beschloß und dabei auf arabischen Widerstand stieß. „Neben der grundsätzlichen Weigerung, sich mit dem jüdischen Staat auf arabischem Boden abzufinden, wandte man sich dagegen, daß die jüdische Bevölkerung, der damals 6 % des Landes gehörten, 56 % der Fläche Palästinas erhalten sollte“, die „fruchtbarsten Gebiete“. Und weiter: „Am 14. 5. 1948 riefen der ‚Nationalrat der Juden‘ und der ‚Generalrat der Zionistischen Weltbewegung‘ den Staat Israel aus“, ein lückenlos zusammenhängendes Gebiet inmitten vereinzelter Reste Palästinas unter unklarer arabischer Hoheit. Als die britischen Mandatstruppen am Tag darauf das Land verließen, „marschierten Streitkräfte der Arabischen Liga ein. Die Juden konnten jedoch den von der UNO ihnen zugesprochenen Teil und Westgaliläa behaupten.“ Und Westgaliläa? Die Annektion der Reste Palästinas begann also unverzüglich. Das Lexikon berichtet, daß diese und weitere Eroberungen 1950 in Regie der UNO festgeschrieben wurden. Es vernachlässigt, daß Israel dabei knapp die Hälfte seines Ausgangsgebiets hinzu erhielt und damit mehr als 80 % Palästinas besaß. Aber man liest, daß „die Furcht vor den Kriegshandlungen und vor israelischen Terroranschlägen“ eine Massenflucht arabischer

Palästinenser in den Gazastreifen und Libanon, nach Westjordanien und Syrien auslöste, die „in riesigen Flüchtlings- und Elendslagern endete“. Terrorakte verübte also zunächst Israel. Auch dessen bis heute anhaltende Weigerung, die Flüchtlinge wieder aufzunehmen, wird benannt. Dann erfährt man von wachsenden Widersprüchen unter den Zionisten und in der Gesellschaft Israels seit den Kriegen von 1967 und 1973. Die Verfasser wußten wohl 1989 noch nicht, daß es bei Imperialisten üblich ist, auf interne Schwierigkeiten mit erhöhter Aggressivität nach innen und außen zu reagieren. Israel beweist es bis heute. Und der Zuzug der Juden hält an. Für 1986 benennt unsere Quelle 3,5 Millionen jüdische Einwohner, jetzt sind es 2 Millionen mehr.

Am Ende muß der erstaunte Leser wohl doch fragen: Warum fordert keiner unserer höchsten deutschen, angeblich so menschenrechtsbesessenen Repräsentanten samt ihrer publizistischen Meute, daß neben der Entwaffnung der arabischen Milizen auch Israel demilitarisiert wird, daß es sich bei den arabischen Palästinensern für jahrzehntelanges Unrecht entschuldigt, daß die vertriebenen Araber zurückkehren können, integriert und entschädigt werden, daß Israel alle okkupierten Gebiete verläßt, wie es auch die UNO inzwischen wiederholt gefordert hat? Und daß den Vollzug all dessen eine UNO-Truppe überwacht, die so beauftragt und zusammengesetzt ist, daß sie das auch wirklich leisten kann. Wären diese Voraussetzungen erfüllt, dann könnte es sicher ein friedliches und gleichberechtigtes Miteinander zweier Staaten in Palästina geben. Aber will das die heutige UNO mit einem künftigen Generalsekretär aus Südkorea wirklich? Mit Israel verwickelte Mitglieder wie die USA und die BRD haben daran kein Interesse.

Wolfgang Mäder



„Überraschung! Hier sind wir wieder!!“

Aus: „Proletären“, Göteborg

# Ludwig Renns Spanienreport erstmals in ungekürzter Fassung Der legendäre Stabschef der XI.

Als im Juli 1936 eine Gruppe spanischer Generale, angeführt von Francisco Franco Bahamonde, gegen die Volksfrontregierung putschte, dabei aber auf den unerwartet harten Widerstand der proletarischen Milizen traf, waren sogleich die deutschen und italienischen Faschisten mit modernen Waffen, Flugzeugen und Truppenverbänden zur Stelle. Dennoch sollte es drei Jahre dauern, bis die vereinten faschistischen Streitkräfte den Widerstand der republikanischen Volksarmee brechen konnten. In ihr kämpften in fünf internationalen Brigaden auch 52000 Antifaschisten aus 52 Ländern, darunter etwa 5000 Deutsche, von denen 3000 ihr Leben verloren.

Einer dieser Interbrigadisten, die sich bis zur letzten Stunde in Spanien schlugen, war der Kommunist und Schriftsteller Ludwig Renn, dessen Roman *Krieg* (1928) ein Welterfolg wurde. Vom Oktober 1936 bis zum Februar 1939 nahm der einstige Offizier der kaiserlichen Armee als Kommandeur des Thälmann-Bataillons, als Stabschef der XI. Internationalen Brigade und in anderen Funktionen am spanischen Krieg teil. Über diese dramatische Zeit schrieb Ludwig Renn nach der Rückkehr aus der mexikanischen Emigration, die den spanischen Jahren folgte, einen dokumentarischen Bericht, der in seiner ursprünglichen Fassung erst jetzt zum Leser gelangt.

Zu verdanken ist das dem Verlag Das Neue Berlin, der sich seit einigen Jahren um das Werk Renns bemüht. Nach *Krieg*, *Nachkrieg* und *Adel im Untergang* folgt nun sein Report *Der spanische Krieg*. Wohl erschien 1955 im Aufbau-Verlag unter dem Titel *Im spanischen Krieg* bereits eine stark gekürzte Ausgabe, doch blieben in ihr beispielsweise von den 40 Seiten, auf denen Renn über seine Reise im Auftrag der spanischen Regierung in die USA, nach Kanada und Kuba berichtet, nur wenige inhaltlose Zeilen. Gestrichen wurden in der 1955er Fassung auch fast alle Namen der von Renn erwähnten Mitkämpfer. Der Herausgeber, Günther Drommer, geht in seinem Vorwort ausführlich auf die Gründe für diese Streichungen und Änderungen ein.

*Der spanische Krieg* ist weder eine geschichtswissenschaftliche Analyse noch ein Roman. Es ist ein emotional behafteter, zugleich sachlicher Report, verfaßt aus der Perspek-



tive des aktiv Beteiligten. Anschaulich berichtet Ludwig Renn von den schweren Kämpfen und großen Schlachten, an denen das legendäre Thälmann-Bataillon

und die XI. Internationale Brigade beteiligt waren: Namen wie Madrid, Brunete, Jarama, Guadalajara stehen dafür. Dem Leser wird hier kein literarisches Heldenepos der Interbrigadisten und ihrer spanischen Kampfgefährten geboten, sondern eine gnadenlos realistische Darstellung ihrer Siege und Niederlagen. Geschildert werden die Schwierigkeiten und Hindernisse, die beim Einsatz der Interbrigaden zu überwinden waren, hatte doch die Mehrzahl der Kämpfer einschließlich der Offiziere keine militärischen Erfahrungen, ja vielfach nicht einmal eine entsprechende Ausbildung. Oft konnten sie sich sprachlich nicht verständigen, waren die Kommandostrukturen nicht eindeutig geregelt, gab es militärisch unsinnige Befehle. Auch das widersprüchliche Verhalten anarchistischer Antifaschisten in den Gefechten, Verrat in den eigenen Reihen, die Tätigkeit sowjetischer Berater oder das Wirken des Geheimdienstes – nichts bleibt bei Renn unerwähnt.

Es ist dies ein Buch, das man mit großer Anteilnahme, ja oft atemlos liest. Etwa jene Episode, in der der Autor die Erschießung eines holländischen Interbrigadisten wegen Flucht von der Front schildert, oder das Kapitel, in dem er von den dramatischen letzten Wochen der Interbrigaden im Winter 1938/39 berichtet.

Wünschenswert wäre, wenn weiteren Auflagen eine Karte beigelegt würde, die es dem Leser ermöglicht, den Verlauf des spanischen Freiheitskampfes auch geographisch nachzuvollziehen. Angaben zu den namentlich genannten Mitkämpfern wie Hans Kahle, Richard Staimer, Hans Beimler, den Generalen Lister, Walter, Gomez, Lukácz, Kléber sowie die Erklärung einiger spanischer Begriffe sollten ebenfalls nicht fehlen. Ungeachtet dieser Lücken hat der Verlag mit der Edition der Urfassung von Ludwig Renns Spanienbericht auf dem Buchmarkt den wahrscheinlich wesentlichsten Beitrag zur Erinnerung an den Kampf um Spaniens Freiheit, der vor 70 Jahren begann, geleistet.

**Dr. Edmund Schulz**

Ludwig Renn: *Der Spanische Krieg. Dokumentarischer Bericht. Erstveröffentlichung nach dem ursprünglichen Manuskript.* Das Neue Berlin, Berlin 2006. 511 S., 29,90 Euro, ISBN 3-360-01287-9



Schon im Theater der alten Griechen steckte die Komödie in der Tragödie. Oder umgekehrt. Für die Abenteuerrserie „Das Geheimnis der Anden“, die in Bulgarien gedreht wurde, suchte ich Schauspieler, die unserem Publikum noch wenig bekannt waren. Auch für Gojko Mitic schrieb ich die erste größere Abenteuerrolle, die er ohne seinen sonst üblichen indianischen Kopfschmuck spielen konnte: einen südamerikanischen Gaucho, den er brillant meisterte und womit er neben Horst Schulze, der die Hauptrolle gab, gut bestehen konnte.

Wir besetzten also einige Rollen mit polnischen und tschechischen Schauspielern, um die Authentizität des Fremdländischen zu unterstützen. Eine interessant und besonders gut aussehende polnische Schauspielerin fanden wir für die Besetzung der (Film-)Tochter von Erwin Geschonneck, der eine Doppelrolle spielte, die speziell für ihn vorgesehen war. Diese Schauspielerin unterschrieb im Kontrakt, der mit ihr geschlossen wurde, daß sie exzellent reiten, schwimmen und Autofahren könne. Eigentlich Selbstverständlichkeiten für unsere gut ausgebildeten Mimen, doch bei Ausländern mußten wir auf vertraglicher Zusicherung bestehen. Die Dame war um die 30, hatte in Polen ein gutes Image, und es bestand kein Grund zum Mißtrauen.

Nachdem alle Atelieraufnahmen für den 5teiligen Film im Herbst und Winter abgedreht waren, ging es in die „bulgarischen Anden“. Um es kurz zu machen: Die Dame hatte ein kleines Flüschen zu überqueren, schwamm aber wie eine bleierne Ente. Die erste Enttäuschung. Notgedrungen ermaßen wurde sie von unserem cleveren Allroundman Bonanza gedoubelt, der diesen Spitznamen hatte, weil er als vorzüglicher Reiter viele Cowboykunststückchen aus der Serie gleichen Namens machen konnte. Er war ein vielseitiger Sportler mit schlanker, graziler Figur.

Dann sollte die ansonsten sehr extravagante Dame reiten. Es war alles vorbereitet. Erwin Geschonneck, ihr Filmvater, der speziell für diese Rolle eines südamerikanischen Hazienderos reiten lernte, obwohl er schon über 60 war, stand startbereit neben seinem Pferd. Da kam die polnische Lady aus der Maske, gertenschlank, hautenge Reithosen, schmalen Gürtel um die Wespentaille, blütenweise Bluse, über die das lange Blondhaar fiel. Sie wippte kokett mit der Reitgerte und gestand mir mit geschürztem Schmollmund, daß sie noch nie in ihrem Leben auf einem Pferd gesessen habe. Mir – uns allen – verschlug es die Sprache. Die Beleuchter erzählten sich später, Kurz habe geguckt wie ein Krokodil, das jeden Moment sein Opfer auffressen würde. Schließlich sei ein Donnerwetter losgegangen, wie es der mit ihm seit Jahren eingearbeitete Stab noch nie erlebt hätte. Die Dame habe lediglich die Augen niedergeschlagen und anschließend leise mit der Dolmetscherin geflüstert. Dieses nette, kleine und runde optische Gegenstück zu der Lady übersetzte dann eingeschüchtert, der

Agent in Warschau hätte ihr empfohlen: „Unterschreib erst mal alles, was von dir verlangt wird. Du bist eine gute Schauspielerin.“ Für die Schwierigkeiten hätten sie bei der DEFA eine Menge erstklassiger Doubles jeglichen Kalibers.

Ich erinnere mich noch gut, daß mich die Frechheit so erregt hatte, daß ich zum ersten Mal in meinem Leben heftige Schmerzen unterm Brustbein spürte. Die Pumpe! Es sollte aber noch schlimmer kommen. Noch viel, viel schlimmer. Mein guter Bonanza, der spürte, daß ich nahe daran war, die Nerven zu verlieren, zog mich zur Seite, und wir berieten uns mit Horst, dem Kameramann. Ich biß die Zähne zusammen. Wir mußten mit dieser Situation fertig werden. Die Atelieraufnahmen für alle Teile waren seit Monaten abgedreht, an Umbesetzung war also un-

rend. Meine Assistentin stand dicht neben mir, und ich spürte, wie sie mir unauffällig, aber deutlich spürbar den Ellenbogen in die Seite drückte. Sie bemerkte, daß bei mir nicht nur die Alarmglocken läuteten, sondern die Gefahr bestand, daß meine Sicherungen durchbrannten.

Wir waren alle so etwas nicht gewohnt. Unsere Schauspieler wurden an Fach- und Hochschulen seriös ausgebildet. Es gab kein Tricksen und kein Taktieren. Es galt immer die saubere und ehrliche Arbeit am Ganzen. Es gab kein übertriebenes Startum. Es zählte nur der gemeinsame Erfolg, wenn auch besonders herausragende Leistungen extra honoriert wurden. In diesem neuralgischen Augenblick ging es darum, die Situation zu retten. Jeder verlorene Drehtag, jede verpatzte Arbeitsstunde kostete im Ausland noch mehr

---

## Tod in den bulgarischen Anden

---

ter keinen Umständen zu denken. Die Frau war ja nicht schlecht, sah blendend aus, brachte eine ansprechende Leistung, und ihre Täuschung kam vielleicht wirklich auf das Konto des polnischen Agenten, der an ihr seine Prozenzte verdiente. Sich mit dem hinterher auseinanderzusetzen blieb immer noch Sache der DEFA-Juristen.

Wir verständigten uns also erstmals auf einen Notbehelf. Bonanza, der in diesem Augenblick noch nicht wissen konnte, daß er keine 24 Stunden später durch die Leichtfertigkeit dieser Frau für den Rest seines Lebens bezahlen mußte, drückte ihr die Zügel in die Hand, nahm sie auf seine Schultern und lief probierend mit ihr im Trab und Galopp im Kreise herum. Ich brachte ihr den dazu notwendigen Gesichtsausdruck bei, und vor dem entscheidenden Hintergrund drehten wir einige Nah- und Halbnahinstellungen mit dem gutmütigen Bonanza als Aushilfsgaul. Bonanza zog dann die eleganten Klamotten der Lady an, die ihm nach einigen Änderungen paßten, eine blonde Perücke hatten die cleveren Beckers, unsere Maskenbildner, immer im Handgepäck, und die Reitszenen mit Geschonneck, der ein wirklich geduldiger Mitarbeiter war, konnten in der Totalen gedreht werden. Am nächsten Tag sollte die Dame mit unserem Militärjeep fahren. Abends bat uns die Schauspielerin, die ich eigentlich an diesem Tag nicht mehr sehen wollte, um ein Gespräch. Sie gestand, diesmal fast unter Tränen, daß sie zwar schon mal am Steuer gesessen hätte, aber weder Führerschein noch Fahrpraxis habe. Wortlos standen wir uns gegenüber. Es schien also doch noch eine Steigerung der Unverschämtheiten zu geben. Eindringlich sah mich mein Producer an, fast hypnotisie-

als zu Hause. Ich konnte zwar auch bei den Autofahrten einiges doubeln, aber bei zwei oder drei Szenen war es unumgänglich notwendig, daß die Darstellerin selbst am Steuer saß, wenigstens für Sekunden. Noch am gleichen Abend und am nächsten Morgen brachte Manfred Isensee ihr einige Handgriffe bei, um das Auto für eine Ministrecke von ein paar Metern selbst zu steuern. Manne war für die Jeeps und zwei alte, ausgebeulte amerikanische Straßenkreuzer verantwortlich. Er war ein ruhiger, zuverlässiger Mitarbeiter mit jahrelanger Berufserfahrung und im Umgang mit Schauspielern jeglichen Alters und jedweder Charaktereigenschaften geschult und erfahren. Er saß auch am nächsten Tag neben ihr und gab ihr geduldig Fahrunterricht auf der kurzen Strecke, auf der gedreht werden sollte.

Wir änderten den Drehplan, so daß er Zeit und Gelegenheit hatte, einen ganzen Tag mit der Lady zu üben. Gang raus, Gang rein, anfahren, bremsen. Immer wieder. Mehr nicht. Sie saß am Steuer, daneben Manfred, hinter ihnen die Dolmetscherin und Bonanza. Auf einem kleinen Hang, keine hundert Meter oberhalb, drehte ich mit Horst Schulze und dem Bulgaren Angel Stojanow einen kurzen Dialog, als mich meine Assistentin heftig am Arm herumriß. Was ich jetzt sah, ist in mein optisches Gedächtnis für immer einge-meißelt.

Wie ein Skispringer von der Schanze hob der Jeep mit seinen Insassen von dem Weg ab, den steilen Hang hinunter, gewann immer mehr an Geschwindigkeit und sprang bei jeder kleinen Erhebung oder Bodenwelle auf allen vier Rädern ein Stück in die Luft. Bei jedem Satz, den der Wagen machte, schleuderte er einen der

Insassen zum Teil meterweit aus den Sitzen. Wir standen wie erstarrt. Das Ganze währte nur Sekunden. Alle, die in der Nähe waren, rasten los, um schnelle Hilfe leisten zu können.

Die Erste, die rausgeschleudert wurde, war die Fahrerin selbst. Sie war von Manfred, der sie auf diese Weise gerettet hatte, regelrecht hinausgeworfen worden. Ein Dutzend Meter tiefer flog die Dolmetscherin, von Bonanza gestoßen, aus dem Jeep. Dabei war das Eisengestänge des Verdecks in dessen Unterleib eingedrungen und spießte ihn regelrecht auf. Der Jeep hatte schon einen Großteil seiner steilen Talfahrt hinter sich, bevor Bonanza sich endlich befreien konnte und, schon schwer verletzt, todesmutig absprang. Im Tal begrub der Jeep unseren treuen Manfred Isensee unter sich, der die ganze Zeit versuchte, das Fahrzeug auf irgendeine Art unter Kontrolle zu bekommen. Für ihn kam jegliche Hilfe zu spät.

Während die beiden Frauen das Krankenhaus nach etlichen Tagen verlassen konnten, mußte Bonanza mehrere Operationen in Bulgarien und später zu Hause über sich ergehen lassen. Es dauerte fast ein Jahr, bis er wieder leichtere Arbeiten als Requisiteur übernehmen konnte. Vom Kintopp, wie er sagte, mochte er sich nicht trennen.

Seine Lieblingstätigkeit, als Stuntman zu arbeiten, blieb ihm verwehrt. Er war für sein Leben gezeichnet. Wie es zu dem tragischen Unfall kam, wurde trotz eingehender Untersuchungen nie ganz geklärt. Eine unglückliche Bewegung, ein versehentlicher Stoß, ein plötzliches Unwohlsein bei 40 Grad Hitze?

Es war der traurigste und tragischste Drehtag, den ich je erlebte und der Verlust eines stillen, verantwortungsvollen und beliebten Kollegen, der auch dessen Familie schwerstens traf. Was in diesem Bruchteil einer Sekunde wirklich geschah, war nicht mehr rekonstruierbar. Es blieb, wie es im Filmtitel heißt: Das Geheimnis der Anden.

**Rudi Kurz**

### Nachdenken über Brecht

Bertolt Brecht  
im Jahr 56 gestorben  
des letzten Jahrhunderts  
hat schon zeitlebens  
Ruhm erworben.  
Wen wundert's  
daß er nicht vergessen,  
seine Dichtung ist unübertroffen,  
keiner kann sich mit ihm messen;  
doch ist zur Zeit nicht zu hoffen,  
daß in einem kapitalistischen Land,  
wo die Presse so frei,  
der politische Vers verbreitet sei.  
So hat man Brecht kurzerhand  
reduziert auf seine Affären mit Frauen  
und nur seine Liebesgedichte genannt  
– politisch ist ihm ja nicht zu trauen –.  
Den Mackie Messer darf jeder kennen,  
jener Song ist ja leicht zu verstehn.  
Ist Brecht eigentlich Kommunist zu nennen?  
Am besten das Thema ganz übergehn.

**Eva Ruppert**

## Bestseller

1. Oriana Fallaci: Ein Mann
2. Patrick Süskind: Das Parfum
3. Joachim Fest: Das Gesicht des Dritten Reiches
4. Karl Philipp Moritz: Anton Reiser
5. John Updike: Ehepaare
6. J. W. v. Goethe: Faust
7. Theodor Fontane: Wanderungen durch die Mark Brandenburg
8. **Dieter Noll: Die Abenteuer des Werner Holt**
9. Günter Grass: Die Blechtrommel
10. Robert Musil: Der Mann ohne Eigenschaften

Das ZVAB (Zentrales Verzeichnis antiquarischer Bücher) bezeichnet sich selbst als „das weltweit größte Online-Antiquariat für deutschsprachige Titel“. Über 4000 Antiquariate aus 24 Ländern bieten hier mehr als 20 Millionen antiquarische oder vergriffene Bücher in vielen Sprachen sowie Noten, Graphiken und Autographen zum Kauf an. – Daß unser Freund, Autor und Genosse Dieter Noll in der Bestsellerliste des ZVAB vom Oktober 2006 – einen sehr ehrenvollen Platz zwischen Goethe, Fontane, Grass und Musil gefunden hat, wird ihn sicher ebenso freuen wie seine nach wie vor zahlreichen Leser! Glückwunsch!

**R.F.**

## Rudolf Sitte: Zeugnis seines Kampfes

Eigentlich hatte er nicht vor, Memoiren zu schreiben. Sein Metier ist die bildende Kunst, nicht die Schriftstellerei. Er arbeitet mit Ton, Beton, Porzellan, auch mit dem Zeichenstift. Das macht er – obgleich schon 84jährig – auch jetzt noch. Heute natürlich unter ganz anderen Bedingungen. Sie bringen ihm Demütigung und tiefste Seelenschütterung, schließlich aber auch den trotzigsten Entschluß: „Ich muß doch schriftlich nachdenken!“ Und er tut es.

Prof. Rudi Sitte, der Bruder des Malers und Grafikers Willi Sitte, schuf eine im Selbstdruck produzierte Mappe, die nicht nur seine „Lebenssplitter“, sondern ebenso zahlreiche Reproduktionen seiner Werke im Bereich der haubezogenen Kunst enthält. Auch Radierungen, Linolschnitte, Zeichnungen und Skizzen sind darunter. Somit liegt uns eine neue, in sich geschlossene Arbeit vor, die Beachtung verdient.

Man spürt, wie es ihn drängt, möglichst viel aus seinem wechselvollen Leben – die Zeit als Frontsoldat im Zweiten Weltkrieg, als aktiv Beteiligter am Aufbau eines besseren Lebens und einer neuen Kunst und Kultur in der DDR, als Schöpfer zahlreicher architekturkünstlerischer Arbeiten sowie als Hochschulprofessor – festzuhalten. Erfahrungen mit den durch die sozialistischen Verhältnisse wachsenden Wandlungen, aber auch die mit ihnen verbundenen Konflikte und Widersprüche sind ihm wichtig. Seine Erinnerungen – gespeist nicht zuletzt durch seine „erblich angelegte Protesthaltung“ – spiegeln den großen Kampf wider, den Rudi Sitte als Mensch und Künstler für die Sache des Sozialismus gefochten hat. Dafür hat sich die bundesdeutsche Machtelite gerächt. Skrupellos. Sie vernichtete und zerschlug fast das gesamte Lebenswerk des Künstlers. Rudi Sitte hat nun die „Freiheit“, gerichtlich dagegen vorzugehen. Eine Steigerung von Hohn ist kaum vorstellbar. Was ihm widerfuhr ist „Systemhaß mit öffentlicher persönlicher Diskriminierung“. Man will, wie er be-

tont, „die verschiedenen Erinnerungszeichen der DDR-Zeit (tilgen), um künftigen Generationen keinen Erinnerungshalt einer gesellschaftlichen Alternative zu überlassen ...“

Mitunter – das soll nicht verschwiegen werden – verraten seine Zeilen auch Skepsis ob des Nutzens eines so hohen Aufwandes, wie er für das Aufschreiben von Lebenserinnerungen erforderlich ist. Der mehrdeutige Titel der Mappe „Ein Leben für die Katz“ mag das unterstreichen. Doch unschwer ist festzustellen, daß seine Sorge in der Tat nicht nur den Menschen, sondern ebenso den auf dessen Gnade angewiesenen „herrenlosen“ Katzen gehört.

So anrührend seine Betrachtungen zu diesen ausgesetzten Naturgeschöpfen sind, so beißend, vernichtend fällt er sein Urteil über das jetzige Großdeutschland, so klar und eindeutig steht er zu 40 Jahren sozialistischer Gesellschaftsgestaltung. Rudi Sitte hat seinen unverwechselbaren Beitrag dazu geleistet. Er schuf nationales Kulturgut, bildete und erzog Generationen junger Menschen.

Eines Tages werden sie – und seien es nur einige – nach dem Ort fragen, an dem das große und unerschöpfliche Vermächtnis der DDR-Jahre zu finden ist. Sie werden ihn nur entdecken können, wenn wir ihnen – wie Rudi Sitte und gleich ihm viele andere es tun – Zeugnisse unseres Kampfes hinterlassen.

**Bruni Steiniger**

Am **9. Dezember** um **10 Uhr** findet in **Strausberg**, Gerhart-Hauptmann-Straße 6, eine

### Mitgliederversammlung

der **RF-Regionalgruppe** statt.

Alle Mitglieder aus Strausberg und Umgebung werden um ihre Teilnahme gebeten. Leser und Sympathisanten sind als Gäste herzlich willkommen.

Berlins Studenten hatten es 1952 und während der folgenden Jahre nicht leicht, in Uni-Nähe ein möbliertes Zimmer zu finden, eine Studentenbude. Die Humboldt-Uni hatte eine Unzahl von Studenten immatrikuliert, der neue Staat brauchte Nachwuchskader, Arbeiter- und Bauernkinder wurden bevorzugt, das Bildungsprivileg des betuchten Bürgertums sollte gebrochen werden, die ABF, sprich Arbeiter- und Bauernfakultät, sollte hochschulreife Nachwuchskader liefern, die Oberschulen kamen nicht nach – FDJler auf die Universitäten – das war die Losung. An all das mußte Archie neulich denken, als Herr W., die Ikone der Nachrichtenvermittlung der ARD, jetzt bald im Ruhestand, aber demnächst mit einer eigenen Sendung auf dem Bildschirm,

betreiben über das Entstehen von Kriegen, an denen Hitlerjungs teilnehmen mußten, und die Möglichkeiten zur Verhinderung von Kriegen.

So gegen 18 Uhr oder später verließ Archie als Student die Bibliotheken und schlenderte die Linden lang oder die Friedrichstraße runter, graulte sich ab und zu vor seiner ungemütlichen Studentenbude und seiner vergrämten Wirtin. Der Student Archie kleidete sich zum Teil salonfähiger als jetzt, er trug stets Anzüge, irgendwie zurechtgeschneidert, gut für die Galerie oder die hintere Reihe in Theatern. Im Berliner Ensemble war er Stammgast, das Repertoire der Staatsoper im Admiralspalast kannte er ebenfalls.

Auf dem Heimweg zur Chausseestraße hoch zum Wöhlertgarten, Ecke Pflugstra-

Archie bezweifelte das und reichte immer Broschüren zur Weiterbildung herum. „Oh Gott, einer von der Heilsarmee“, hörte er da gelegentlich. Um so erfreuter war Archie, als er eine der Damen in der ÖWI-BI (Öffentlich-Wissenschaftlichen Bibliothek) traf, die gerade die „Illustrierte Sittengeschichte“ von Eduard Fuchs las. „Das ist der erste Schritt weg von der Straße, schönste Amanda“, sagte Archie galant und blickte neugierig in das Buch. „Und wo lege ich mein müdes Haupt hin“, fragte die Schöne der Nacht. „Meine Wirtin würde zur Furie“, bedauerte Archie. „Aber was viel wichtiger ist“, rief er aus, „wir müssen zur ABF, dort können sich alle Werktätigen um Weiterbildung bewerben.“ Und so kam es auch. Archie traf die schöne Amanda Jahre später, er war nicht nur verblüfft über ihr gutes Aussehen. Sie hatte den Dokortitel und war Ärztin in der Studentenbetreuung.

So verlief Archies Leben als Student und FDJler, von Herrn W. von der ARD in einen Topf geworfen mit der Hitler-Jugend. Eines ist wichtig festgestellt zu werden, Archie konnte sorgenfrei studieren. Er kam zurecht mit dem Stipendium. Seine Eltern hätten das Studium nicht finanzieren können. Auch Studiengebühren hätten ihn überfordert, obwohl er ab und zu Nachhilfeunterricht gab, aus anderen Sprachen übersetzte, um sein Budget für Bücher und Kleidung aufzubessern. Wer das Glück hatte, in einem Studentenwohnheim mit Vollverpflegung preiswert unterzukommen, hatte es noch besser, mußte aber mit Mehrbettzimmern und längerer Anfahrt rechnen. Das Studium in der DDR war also materiell meist abgesichert, straff organisiert, zensurenmäßig genauestens kontrolliert, denn es ging ja auch um Leistungsstipendien, und es war so aufgebaut, daß keiner einfach so Zeit verbummeln konnte. Archie akzeptierte diese Bedingungen, denn es waren die Vorleistungen seines Staates, die ihm das Studium erst ermöglichten. Welchen Kampf müssen die Studenten heute führen, um in der BRD erfolgreich abzuschließen?

**Manfred Hocke**

## Archie als Student

ganz locker und vollmundig bei der Anmoderation zu einer Jugendbewegung im heutigen Rußland FDJ und Hitler-Jugend, so mir nichts dir nichts, wie selbstverständlich in einen Topf warf, ohne rot zu werden. Jedermann kann neuerdings in der ARD solche Geschichtsklitterung ungestraft und unwidersprochen von sich geben, ex cathedra sozusagen. Früher hieß es, Papier ist geduldig, heute kommen die dicksten Lügen über den Bildschirm.

Was hatte also Archie, der überzeugte FDJler, nach 1945 mit der Hitler-Jugend zu tun, das hätte er den Herrn W. von der ARD gern gefragt. Archies Mutter hatte resolut und mit viel Zivilcourage verhindert, daß ihr Sohn, 11jährig, in der Festung Breslau noch zu den Pimpfen kam, einer Vorstufe zur Hitler-Jugend, und vielleicht mit verheißt worden wäre. Klein-Archie selber hatte gesehen, wie 15jährige Hitlerjungs mit Panzerfäusten loszogen und als blutige Bündel zurückgebracht wurden. Archie jedenfalls saß nach dem Krieg im Blauhemd der FDJ, dank der Gnade der späten Geburt, ab 1952 vormittags im Hörsaal der Humboldt-Uni, nachmittags in Seminaren oder Bibliotheken des Slawischen Instituts oder des Hauses der DSF neben dem Maxim-Gorki-Theater. Ab und an ging er mit zu Demonstrationen, z. B. gegen Nazis in der Regierung der Alt-BRD und dergleichen. Dann hörte er noch als FDJler Vorlesungen über Politische Ökonomie und Historischen Materialismus, um Ursachenforschung zu

ße, mußte er an beiden Theatern vorbei. Er ging ins Theater, wie man sich heute in den Fernsehsessel setzt. Manchmal setzte er sich aber auch in den Franziskaner-Keller, aß eine Terrine Erbseneintopf zu den Klängen einer Stehgeigerkapelle, und wenn er 20 Pfennig Trinkgeld gab, sagte der Ober in seinem lila Jackett: „Besten Dank und bis demnächst, Herr Studienrat.“ Manchmal aß er auch eine Bockwurst, eine Zeitlang noch auf Marken erhältlich, an einem Bockwurststand bei der „Bockwurst-Asta“, und er mußte immer schmunzeln bei dem Spruch, der an der Bude hing: Wirf die Pelle nicht aufs Pflaster, sonst holt dich die Bockwurst-Asta!

Bei dieser Bude an der Oranienburger traf er auch manchmal auf die Damen vom Lust- und Amüsiergewerbe, und er fragte sie schon mal: „Warum macht ihr das, Mädels?“ „Weil wir nichts anderes können“, antworteten sie schnippisch.

Der  
„RotFuchs“  
gratuliert  
allen  
Jubilaren  
des  
Monats  
Dezember

Herzliche Glückwünsche gehen an die fortan **80jährigen** Werner Engelhardt (**16. Dezember**) aus Berlin, Günter Buschow (**23. Dezember**) aus Schwerin und Friedel Karrer (**29. Dezember**) aus Gleichen.

Ihren **75. Geburtstag** begehen

Lydia Just (**7. Dezember**) aus Berlin,  
Willi John (**8. Dezember**) aus Dahlewitz,  
Wolfgang Nicolas (**12. Dezember**) aus Brandshagen und  
Siegfried Bohn (**30. Dezember**) aus Berlin.

Zwei Genossen rücken zu den **70ern** auf:

Joachim Hempel (**22. Dezember**) aus Strausberg und  
Manfred Schild (**24. Dezember**) aus Rostock.

Ebenfalls in Rostock feiert

Jürgen Kloß am **10. Dezember** seinen **65. Geburtstag**.

Unser Freund, Genosse  
und Leser

**Prof. Dr. Hans Heinz Holz**

hat sich bei einem Sturz  
ernsthaft verletzt.

Wir senden ihm liebe  
Genesungswünsche.

## Leserbriefe an RotFuchs



Bei uns gab es wieder große Protestmärsche der Arbeiter und Angestellten, Arbeitslosen und Selbständigen des Mittelstandes, Erzieher aller Stufen, Schüler und Studenten, Kleinbauern und Künstler, die aus ganz Griechenland nach Thessaloniki gekommen waren, um anlässlich der Eröffnung einer Internationalen Ausstellung gegen die Politik des Sozialabbaus und der Verarmung zu demonstrieren. Einen Höhepunkt bildete auch das 32. Festival unseres Kommunistischen Jugendverbandes KNE, zu dem zehntausend Teilnehmer nach Thessaloniki und mehr als 30000 nach Athen strömten.

Kaum waren diese Aktionen abgeschlossen, da begannen die Lehrer und Kindergärtnerinnen einen sechswöchigen Streik. Zur Zeit gibt es bei uns 1182 Schulen der Mittelstufe, die von den Schülern besetzt sind. Auch die Studenten führen ähnliche Besetzungen durch. Gefordert wird eine Bildungspolitik, die Wissen vermittelt und nicht vom Geldbeutel der Eltern bestimmt ist. Der Kampf richtet sich auch gegen die Zulassung von Privatuniversitäten.

### Sokrates Papadopoulos, Thessaloniki

Ich teile die kritische Analyse von Dr. Ernst Heinz („Nachdenken über Trotzkismus“, RF 105) und möchte sie unter einem aktuellen Aspekt ergänzen. Der Autor schreibt richtigerweise „... (war für) das Wirken der von ihm (Trotzki) 1938 gegründeten IV. Internationale besonders ein wütender Antisowjetismus kennzeichnend“. Konsequenterweise setzen die heutigen trotzkistischen Sekten diese Haltung fort, indem sie offen zur Konterrevolution im von allen Seiten bedrängten sozialistischen Kuba aufrufen. So bezeichnet z. B. das SAV-Blatt „Solidarität“ in einem Grundsatzerartikel vom September 2006 die kubanische Revolutionsführung als „Führungsrige der Bürokratie“, die das „Kommandosystem des stalinistischen Kreml-Regimes ebenso übernommen hat wie Privilegien und Einparteienherrschaft“. Deshalb, so der Aufruf der Sektierer, „muß die kubanische Arbeiterklasse ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen, die bürokratischen Herrschaftsformen überwinden und auf Basis demokratischer Komitees auf allen Ebenen in Wirtschaft und Gesellschaft eine sozialistische Demokratie anstreben“. Läßt man das Wörtchen „sozialistisch“ weg, so ist der Text fast identisch mit dem imperialistischen Bush-Report „Für ein freies Kuba“.

### Heinz-W. Hammer, Essen

Ich habe Euren Anti-Trotzki-Beitrag gelesen. Gerade weil ich kein Anhänger Trotzki bin, halte ich den Aufsatz für schlecht. Der Autor führt Lenins Charakterisierung Trotzki ein und läßt die im gleichen Atemzug von Lenin gegebene Charakterisierung Stalins weg. Ist es immer noch nötig, zum höheren Ruhme Stalins Lenin zu zensieren? Sollen die Leser des „RotFuchs“ nicht erfahren, daß Lenin in diesem Zusammenhang Stalin mit dem Bruch ihrer Beziehungen gedroht hatte? Es wäre sehr gut, mal diesen ganzen Lenin-Text zu veröffentlichen, weil er wieder einmal die Genialität Lenins zeigt, dessen Charakterisierung der führenden Bolschewiki, nicht nur Trotzki und Stalins, sich doch als völlig richtig erwiesen hat (...) 1936, als der Nazifaschismus vor den Toren der Sowjetunion stand, zum Sturz der Sowjetbürokratie aufzurufen, wie es Trotzki tat – das wäre einer meiner Gründe, mich nicht an dessen Seite zu schlagen.

### Robert Steigerwald, Eschborn (auf Wunsch ohne Titel)

Mit größtem Interesse habe ich den Artikel des Genossen Dr. Ernst Heinz nun schon mehrfach gelesen. In der Tat grenzen sich die zumeist noch jüngeren „Trotzkisten“ in ihren Schriften schon im allerersten Absatz und – wie man sagen muß

– mittlerweile ohne jede Not von den durch sie als „stalinistische Bürokratien im Osten“ bezeichneten Kräften ab, bevor das kapitalistische System auch nur Erwähnung findet. Ihr populistischer, zur Schau getragener „Anti-Stalinismus“ ist nahezu schon Selbstzweck und setzt sich in keiner Weise mit historischen oder gegenwärtigen Realitäten auseinander. Ich habe nicht erlebt, daß die „Trotzkisten“ der Arbeiterklasse einen gangbaren Weg im politischen Kampf zu weisen hätten. Im übrigen sind die Jungen und Mädchen der SAV, des Linksruck, der Gruppe Arbeitermacht usw. doch vornehmlich aus dem sozialdemokratischen Bildungsbürgertum hervorgegangen und mehrheitlich mitnichten aus dem Proletariat. Ich wünschte mir ein Aufeinanderzugehen der verschiedenen Strömungen in der Linken, muß aber den Willen der „Trotzkisten“ nach meiner Erfahrung hierzu bezweifeln. So empfand ich den Vorstoß des Genossen Dr. Ernst Heinz im „Rot-Fuchs“ als lange überfällig, absolut notwendig und auch befreiend.

### Ronald Brunkhorst, Kassel

Nun hat Deutschland wieder seinen Skandal. Ein paar Soldaten posieren mit den Totenköpfen ihrer vermeintlichen oder tatsächlichen Gegner oder auch nur so aus Jux. Wie wird darüber berichtet? Der Vorgang liege bereits drei Jahre zurück; nur wenige der Täter seien noch heute in der Bundeswehr; Streß und Dienstbelastung hätten die Soldaten entgleisen lassen; gruppendynamische Prozesse ließen sich weniger beherrschen; es handle sich um Ausnahmen; ein paar durchgeknallte Typen seien nicht repräsentativ; der Fall werde zügig aufgeklärt.

Je tiefer man aber in den Ursachen bohrt, desto schlimmer wird die Angelegenheit. Irgendwann dürften sich die Untersuchungen wohl darauf konzentrieren, wer die Toten eigentlich waren. Wenn dann herauskommt, daß es „nur“ tote Terroristen waren, werden die Soldaten sogar zu Helden. Die Tatsache, daß ein Menschenleben oder gar eine Gruppe durch den Staat zum Abschluß freigegeben wird, ist die eigentliche Ursache.

### Jochen Singer, Leipzig

Ich habe erst jetzt das Diskussionsangebot von Dr. Steinmüller im September-Heft lesen können. Ich meine den Artikel „Gute Atombomben und böses Atomkraftwerk?“. Der Beitrag ist mir aus der Seele gesprochen.

Wir können und sollten erhobenen Hauptes unsere eigene wissenschaftliche Weltanschauung herausarbeiten und öffentlich vertreten. Marx und Engels haben uns mit ihrer Produktivkraft-Theorie ein Rüstzeug in die Hände gegeben, das uns die Welt besser verstehen läßt, als alles bisher in der übrigen Weisheit erbrachte Denken. Die Marxschen „Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft“ verkörpern das eigentlich Typische an uns/in uns: die Freude am Erfinden, das Schöpferium, welches auf die kontinuierliche Verbesserung der Produktion zum Nutzen der Menschheit gerichtet ist. Die Vorwärts-, Aufwärts- und Weiterentwicklung der Produktivkräfte ist also nicht aufhaltbar.

### Friedrich Seibert, Rostock

Mit löblichem Ziel bestreitet Gerhard Naumann im September-RF, daß der genetische Unterschied zwischen Mensch und Affe nur marginal sei. Leider arbeitet er sich am falschen Feind ab. Warum?

Seit Jahrzehnten erzählen uns die Ideologen des Imperialismus, das Handeln des Menschen sei von seinen „Erbanlagen“ bestimmt. Ich selber habe in meiner westdeutschen Schulzeit bis zum Erbrechen gehört, Kriege seien unvermeidlich, weil „genetisch“ bedingt; das dreiklassige Schulsystem sei richtig, da es zwischen „Begabten“ und „Unbegabten“ unterscheidet; Eliten der Gesellschaft erwachsen nicht aus sozialer Auslese, sondern aus „ererbten“ Fähigkeiten.

Letztlich führt die Ideologie der genetischen Determiniertheit zu Rassismus, dient der Vernebelung der Machtverhältnisse und spricht dem Menschen bewußtes Handeln ab.

Für die Verfechter der Aufklärung war es daher eine erfreuliche Bestätigung, als vor wenigen Jahren anlässlich der Entschlüsselung des

menschlichen Genoms zur Verblüffung mancher Wissenschaftler festgestellt wurde, daß sich die Zahl der menschlichen Gene tatsächlich kaum von der der tierischen unterscheidet. Und dies bedeutet nicht etwa – wie Gerhard Naumann herauszuhören meint – daß sich die Menschen wie eine Herde Affen benehmen (und dies nicht verhindern können). Es legt dagegen den Schluß nahe, daß Erbanlagen einen nur marginalen Einfluß auf das menschliche Verhalten haben, daß dies vielmehr sozial bedingt ist, von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Einflüssen abhängt und vor allem bewußt gesteuert werden kann: Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Nicht also den genetischen Unterschied zwischen Mensch und Tier gilt es zu thematisieren (der ist tatsächlich gering), sondern den sozialen – den „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ (Engels).

### Hans Dölzer, Hirschberg

Bekanntlich sind es gerade die Angehörigen der Grenztruppen, die als „Mauerschützen“ verleumdet, neben den MfS-Angehörigen am stärksten zur Diffamierung der Partei- und Staatspolitik der DDR herangezogen werden und in beträchtlicher Zahl zu Haftstrafen mit und ohne Bewährung verurteilt wurden. In allen Prozessen, ob vor den Land- bzw. Kammergerichten, vor dem BGH oder dem Europäischen Gerichtshof wurde das Vorgehen der Justiz damit begründet, daß das Recht auf Freizügigkeit ein unabdingbares Menschenrecht sei, das kein Staat einschränken oder unterbinden dürfe. Betrachtet man die aktuelle Politik der Bundesregierung Deutschland, so wird deutlich, wie heuchlerisch die Argumentationslinien in diesen Prozessen und Urteilen waren. Heute lesen wir von Toten in der Abschiebehaft, von Minentoten an der EU-Außengrenze zwischen Griechenland und der Türkei, von sechs Meter hohen Mauern um die spanischen und damit EU-Enklaven Ceuta und Melilla, von Hunderten Afrikanern, die im Atlantik ertrinken, weil es keine legalen Aus- und Einreisemöglichkeiten gibt. Wo bleibt da das Recht auf Freizügigkeit? Die Heuchelei ist unübertröffen.

Daran sollte man denken, wenn man in einem der zahlreichen „Mauermuseen“ das Gruseln gelehrt bekommt. **Dr. Rolf Ziegenbein, Dresden**

Beim Studium des 2. Entwurfs der Eckpunkte zur neuen Linkspartei entsteht der Eindruck, daß auf eine „sozialverträgliche Gestaltung“ des Kapitalismus verstärkt „Einfluß genommen“ werden soll. Die wichtigsten Ziele einer Linkspartei – der Richtungswechsel der Gesellschaft zum Sozialismus, die Verstaatlichung aller der Allgemeinheit dienenden Prozesse und Bodenschätze, die Demokratisierung der Eigentumsverhältnisse sowie die Enteignung von übermäßigem Grundbesitz – werden nicht deutlich und zielstrebig herausgearbeitet. Die ökonomische Krise wird u. a. mit dem Sinken der Wachstumsraten der „schwerfälligen Planwirtschaft des Staatssozialismus“ begründet. Der Untergang der DDR und der Zusammenbruch des sozialistischen Lagers lassen sich damit nicht erklären. Das volkseigene Gesamtvermögen der DDR war rund 1,5 Billionen DM wert. Die Pro-Kopf-Verschuldung der DDR lag bei 5298 DM; in der damaligen BRD machte sie 16 586 DM, also mehr als das Dreifache, aus. **Ingrid und Guntram Weinhold, Friedland**

Ich bin seit einigen Jahren Leser des RF. Als früherer Vorsitzender einer der größten Basisorganisationen der PDS in Erfurt bin ich in der Folge des „Entschuldigungswahns“ aus dieser Partei ausgeschieden. Für mich als ehemaligen Grenzer, der mit dem später ermordeten Hauptmann Rudi Arnstadt über einige Jahre seinen Dienst versah, war dieses Gebrahe unerträglich.

### Martin Weisheit, Erfurt

In einem Schreiben vom 7. Juni 1996 an das Landgericht Berlin (im Strafverfahren gegen Egon Krenz) hat Marschall Kulikow u. a. erklärt, die DDR sei auf militärpolitischem und militärischem Gebiet nicht souverän gewesen. Der „vordere Rand der ersten Verteidigungslinie der

Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages verliert entlang der Staatsgrenze zwischen der DDR und der BRD. Deshalb habe auch die sowjetische Seite das militärische Sagen auf dem Territorium“ (der DDR).

Wenn Hanna Wolf im Oktober-RF mit den Worten zitiert wird, man habe die DDR „bis zum Schluß wie eine Kolonie betrachtet und behandelt“, dann entsteht bei mir die Frage, ob staatliche Souveränität (auch die der DDR) teilbar ist. Irrt der Militärspezialist Marschall Kulikow? Ist eine Abgabe der Souveränität auf militärischem Teilgebiet nicht selbst Ausdruck der Souveränität?

Im Vertrag über die Beziehungen zwischen der DDR und der UdSSR vom 20. 9. 1955 wurde in der Präambel bereits auf die Verpflichtungen „gemäß den bestehenden internationalen Abkommen, die Deutschland als Ganzes betreffen“, hingewiesen. Beide Seiten „bestätigen feierlich, daß die Beziehungen zwischen ihnen auf völliger Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung der Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten beruhen. ... Die zum gegenwärtigen Zeitpunkt in Übereinstimmung mit den bestehenden internationalen Abkommen auf dem Gebiet der DDR stationierten sowjetischen Truppen verbleiben zeitweilig in der DDR zu Bedingungen, die durch eine zusätzliche Vereinbarung .... festgelegt werden.“ Im Briefwechsel Bolz/Sorin vom 20. 9. 1955 heißt es dann: Die DDR „übt die Bewachung und Kontrolle an den Grenzen der DDR, an der Demarkationslinie zwischen der DDR und der deutschen Bundesrepublik, am Außenring von Groß-Berlin, in Berlin sowie an den auf dem Gebiet der DDR liegenden Verbindungswegen zwischen der deutschen Bundesrepublik und Westberlin aus.“

Gern würde ich von einem Völkerrechtler etwas mehr zum Thema Souveränität unter den heutigen Bedingungen lesen.

**RA Dr. Klaus Emmerich, Kassel**

Zu den „RotFüchsen“ gehöre ich noch nicht lange. Genauer gesagt: Bis ich ein Exemplar im Briefkasten hatte, war mir der „RotFuchs“ völlig unbekannt. So unbekannt wie allen, mit denen ich ins Gespräch komme. So manchem habe ich den RF seitdem zur Probe gegeben und damit auch neue Leser gewinnen können.

Mein Eindruck nach der ersten Lektüre war pure Begeisterung: Die sprechen ja meine Sprache, das ist die Reflexion meines Denkens. Für mich brach in dieser schlimmen Zeit eine neue Epoche an. (Zu DDR-Zeiten war ich Obermaschinist auf der Schaltwarte des Kraftwerks „Karl Marx“ in Zwickau.)

Die erste Zusammenkunft in unserem Klub der Volkssolidarität, der Vortrag vom Genossen Prof. Dr. Werner Roß und die anschließende Diskussion zeigten mir: Hier bin ich unter Gleichgesinnten, hier habe ich meine politische Heimat gefunden.

**Albrecht Schmutzler, Zwickau**

„Mehr als 2,5 Millionen Kinder in Deutschland leben ... auf Sozialhilfeniveau.“ In zwei Jahren hat sich damit die Kinderarmut verdoppelt. (Gesundheitszeitung vom Oktober 2006, S. 1) 8% der BRD-Bürger (4% West, 20% Ost) sind verarmt und gesellschaftlich ausgegrenzt. Würde man die Möglichkeit zur Teilhabe am kulturell-geistigen Leben hinzuziehen, ergäben sich noch weitere erschreckende Ausgrenzungen, wobei das „Kultursterben“ im Land ein weiterer Skandal ist. Aber: Die durchschnittlichen Jahresvergütungen für Vorstandsmitglieder betragen 2005 bei der Deutschen Bank 3,83 Mio., bei DaimlerChrysler 2,99 Mio., bei RWE 1,93 Mio., bei der Deutschen Telekom 1,75 Mio., bei der Lufthansa 0,90 Mio. Euro. (Mitteldeutsche Zeitung)

**Dr. Peter Nitze, Lutherstadt Wittenberg**

Die Darlegungen von Doz. Dr. sc Horst Adam zur Debatte über Werte in der Erziehung sind m. E. diskussionswürdig. Seine Schlußfolgerungen zur Einführung eines wertevermittelnden Pflichtfaches finde ich bedenklich, wenn nicht sogar klassenneutral. Ethik und Religion bzw. Ethik und Philosophie widerspiegeln, wenn sie in der Schule dieses Staates als Unterrichtsfächer eingeführt werden, doch nur die bürgerlichen

ethischen und moralischen Vorstellungen der ökonomisch herrschenden Klasse. Es ist nicht anzunehmen, daß das Vermitteln unterschiedlicher Weltanschauungen durch die Lehrer der BRD mehrheitlich wahrheitsgemäß erfolgen würde. Es liegt auch nicht im Interesse der kapitalistischen Schulpolitik, kritische Urteilsfähigkeit bei den Schülern zu entwickeln, denn dann müßte diese ja das System mit all seinen diffusen Wertvorstellungen in Frage stellen. Und dies ist wohl kaum zu erwarten, Moralische und ethische Auffassungen, also Wertvorstellungen, hängen eng mit den ökonomischen und politischen Gegebenheiten zusammen, sind daher ihrem Inhalt nach immer klassengebunden.

**Klaus Schmidt, Zwickau**

Einige Anmerkungen zum Beitrag von Doz. Dr. sc H. Adam. Wenn Werte als Bindungen oder Leitlinien für Jugendliche dienen sollen, so ist dem zuzustimmen. Dennoch sollte man auf den Doppelcharakter eingehen, auf die Scheinhaftigkeit, welche die Werte innerhalb des kapitalistischen Systems annehmen: Stehen sie doch da, als hätten sie eine Allgemeingültigkeit, während sie in Wirklichkeit Privatsache sind. Horst Adam sieht das ja für die „christlichen Werte“ genau, aber andere Werte sind von diesem gesellschaftlichen Widerspruch auch nicht frei. Spielen sie eine doppelte Rolle, so geht ihnen auch die gesellschaftliche Substanz verloren. Entscheidender aber ist etwas anderes: Wenn ich mich um einen der knappen Ausbildungsplätze bemühe, so werden mir „Menschlichkeit“ oder die „Würde des Menschen“ gegenüber den Konkurrenten kaum helfen. Vielleicht werde ich sogar als Außenseiter wahrgenommen, der zu langsam reagiert. In solchen Zusammenhängen werden Werte oft lächerlich gemacht.

**Andreas Rösler, Hamburg**

Vor nunmehr 65 Jahren begingen die Faschisten eines ihrer grausamsten Verbrechen. Am 29. und 30. September 1941 fand in der Schlucht von Babi Jar bei Kiew ein furchtbares Blutbad statt. Ein SS-Kommando ermordete dort 33 000 Juden. Insgesamt kamen in diesem Teil der Ukraine mehr als 100 000 Menschen ums Leben – Widerstandskämpfer, Kriegsgefangene, aber auch gewöhnliche Zivilisten. Es gab unzählige Stätten des Grauens.

Und da behaupten die Medien der BRD, die Kommunisten hätten es in der DDR „schlimmer getrieben“ als die Faschisten Hitlerdeutschlands. Zur Verteufelung der kommunistischen Idee war Leuten dieses Schlages schon immer jedes Mittel recht. **Dr. Dieter Lehmann, Dresden**

Seit Bestehen des „Imperiums“ geht es um die Errichtung der Weltherrschaft. Dafür haben sie zig Staaten aufeinander und in Kriege gehetzt oder Einzelpersonen aus dem Weg geräumt. Sollten sie da einen Bogen ausgerechnet um ihren Hauptkonkurrenten, das sozialistische Lager, machen? Wer soll das glauben? Gorbatschow kam doch nicht einfach auf der Wassersuppe daher.

Welch eine Wohltat, daß starke Charaktere wie Fidel Castro, Hugo Chávez und viele andere auf offener internationaler Bühne dem „Teufel“ unerschrocken die Maske vom Gesicht reißen. Sie allein sprechen und handeln so, daß das Imperium es auch richtig versteht. Natürlich tun sie das auf ihre Art. Das macht den Irren aus Texas nervös.

**Ehrenfried Kahlisch, Gifhorn**

Herzlichen Dank für die Glückwünsche zu meinem 80. An diesem Tag gratulierte mir in aller Frühe ein Genosse aus Berlin. Ich verstand ihn zuerst nicht. Es war ein ehemaliger Arbeitskollege. Auf meine Frage Woher weißt Du es?, antwortete er: „Ja, Karl-Heinz, wir lesen eben beide den „RotFuchs“. Ergebnis: Freude auf beiden Seiten. Wir werden uns demnächst besuchen und viel zu erzählen haben. Es ist schon gut, daß es den „RotFuchs“ in seiner ganzen Vielfalt, aber auch in seiner politischen Zielstrebigkeit gibt.

**Karl-Heinz Ebeling, Fürstenwalde**

Ein großes, dickes Lob für Manfred Hocke und den Opa Archie. Soviel Wahrheit in diesem Artikel kann nicht genug Beachtung finden. Jeder Satz ist voller Erfahrung. Es deckt sich ganz mit unserem politischen Leben. Danke!

**Kurt Schulz, Berlin**

In Mecklenburg-Vorpommern sah sich die Linkspartei.PDS vor die Tatsache gestellt, in die Opposition gehen zu müssen. Das ist der einzig richtige Weg, will diese Partei wenigstens noch etwas sozialistische Substanz behalten und nicht unwiderruflich sozialdemokratisch werden.

Aber in Berlin gilt wohl die Devise „Weiter so!“ Immerhin hat Bürgermeister Wowereit nach den Wahlen zum Abgeordnetenhaus klipp und klar gesagt, daß er bei den Koalitionsgesprächen nur an Parteien interessiert ist, die ein Maximum sozialdemokratischer Politik transportieren. Und dieser Mann weiß, was er will. Hat er doch in der vergangenen Legislaturperiode mit der Fraktion der Linkspartei.PDS kaum Probleme gehabt. Er selbst hat kein Hehl daraus gemacht, daß es ihm gelungen ist, die PDS „ein Stück zu entzaubern“.

**Hans-Georg Vogl, Zwickau**

Ich lese dich schon über ein Jahr. Nur wird mir bang angesichts der überalterten Gefolgschaft. Das Medium Papier (mit Text) wird von der uns nachfolgenden Generation leider nur ungenügend genutzt. Sie konsumiert lieber BILDER und seichte bzw. brutale TV-Sendungen. Politisches Denken ist nicht in. Das Kapital hat gerade die Jüngeren mit allen zur Verfügung stehenden Medien voll im Griff. Schaltet man den Sat-Empfänger ein, dann gibt es unzählige Sender. Wir haben dem nichts Entsprechendes entgegensetzen. Ich denke, an qualifizierten Leuten ist kein Mangel. Oder liegt es wieder einmal am Geld? Mit dem „RotFuchs“ erreichen wir die Jugend nicht, aber immer mehr alte Genossen sterben weg. In meinem Umfeld habe ich Kontakt zu einigen Leuten bis 25. Es ist sehr schwer, mit ihnen eine politische Unterhaltung zu führen. Viele sind schon stark vom System verformt. Wenn wir nicht die gleiche Waffe wie die Herrschenden besitzen, wird es in wenigen Jahren große Probleme geben, denn wir haben kaum Einfluß auf die Schulen und in den Medien.

**Michael Aker, Cottbus**

Ich sehne jeden Monat den Tag herbei, an dem der aktuelle „RotFuchs“ erscheint. Dieser Tag ist immer ein Höhepunkt, denn dann gibt es wieder Informationen jenseits von „Brustoperationen“, „Fürstenhochzeiten“, „Formel 1“ und ähnlichem. Der „RotFuchs“ erinnert regelmäßig daran, daß alles, was wir in Staatsbürgerkunde und Geschichte über den Kapitalismus gelernt haben, die bittere Wahrheit ist. Leider eben nach 1990 auch für uns „erlebbare“ Wahrheit. Daß die Verbreiter der Wahrheit als „Extremisten“ und Schlimmeres verleumdet werden, ist in einer kapitalistischen Gesellschaft nicht anders zu erwarten. Unser Erschrecken hierüber sollte sich durchaus in Grenzen halten. Als Mitglied in einem Bündnis, das sich für soziale Gerechtigkeit und Demokratie einsetzt, habe ich diese Art von Hetzkampagne auch schon am eigenen Leib erfahren dürfen.

**Karsten Tittel, Rudolstadt**

Als jemand, der 2007 auf die 80 zugeht, habe ich für das neue Jahr drei sehr weitgehende Wünsche. Erstens: Das Zustandekommen einer starken linken Partei möge auf der wissenschaftlichen Grundlage des Marxismus-Leninismus erfolgen und die Fusion trotz aller Querelen erfolgreich abgeschlossen werden. Zweitens: Damit die Linke als Friedens- und Abrüstungspartei in ganz Europa erfolgreich sein kann, müßte sie einen 24 Stunden geöffneten eigenen Fernsehkanal besitzen. Drittens: Als jahrzehntelanger Leser des ND wünsche ich mir, daß diese Zeitung immer scharfe Zähne hat. Manchmal müßten die Dinge dort deutlicher gesagt werden. So wie im „RotFuchs“.

**Johannes Suchrow, Neubrandenburg**

Unlängst sah ich im TV eine Sendung über die „Bunkerwelten“ der Genossen. Genüßlich wurde berichtet, wie es in der „SED-Diktatur“ unter Tage ausgesehen hat. Gezeigt wurde, was zu tun gewesen wäre, wenn es zu einem atomaren Krieg gekommen wäre.

Man hätte den Eindruck haben können, daß es so etwas nur in der DDR gegeben hätte. Kein Wort darüber, warum die Bunker gebaut werden mußten, wer eigentlich wen bedrohte. Diese „Bunkerwelten“ wurden uns aufgezwungen, letztendlich auch, um uns ökonomisch und finanziell zu schwächen.

Existierte so etwas in Westdeutschland nicht? Was wird man wohl eines Tages dort entdecken, wenn die Karten auf den Tisch gelegt werden müssen? **Burkhard Kammhoff, Templin**

Ich staune immer wieder, welche Leute sich die sächsische „Freie Presse“ als „Experten“ aussucht. Wenn Boris Reitschuster ein Buch mit dem Titel „Putins Demokratie“ schreibt und außerdem Auslandskorrespondent des „Focus“ in Moskau ist, sollte man das Werk eher nicht lesen. Was der Mann in einem Interview mit der FP von sich gibt, zeigt eindeutig, wes Geistes Kind er ist. Wenn auch die Zustimmung der Russen zu Putins Politik abgenommen hat, wäre es doch unsinnig zu behaupten, er sei ein Diktator, auf dessen Befehl alles läuft. Vom Großteil der russischen Bevölkerung wird Putin deshalb geachtet, weil er nicht die Politik des nationalen Ausverkaufs betreibt, wie das unter dem vom Westen so gelobten Jelzin geschehen ist.

**Robert Leßig, Großhartmannsdorf**

Ich mache mir des öfteren die Mühe, bestimmte Argumentationen zu widerlegen oder zurückzuweisen. Fast alle Bundesminister erhielten schon Post von mir. Dabei bekomme ich natürlich auch Antworten, meist von Beauftragten der Staatssekretäre verfaßt oder unterzeichnet.

So ließ mir z. B. Finanzminister Steinbrück mitteilen, daß er bis zu 60 Stunden wöchentlich arbeite und dafür nur das Gehalt eines Bankdirektors bekomme. Wie hoch dieses ist, hat er allerdings nicht hinzugefügt. Es ist derselbe Bundesminister, der Arbeiter zum Verzicht auf ihren Urlaub auffordert, ständig vom Sparen spricht, vehement die Erhöhung der Mehrwertsteuer für 2007 verteidigt, aber für den Bundeswehreinsetz vor der libanesischen Küste flott einige hundert Millionen Euro lockermachte. Immer nach der Devise: „Die Kassen sind leer!“

**Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln**

Nach dem massiven Einzug der NPD in den Landtag von M-V beginnt nun die hektische Suche nach den Ursachen. Natürlich sind Arbeitslosigkeit, mangelnde Perspektiven für junge Leute und „Reformen“ zum Nachteil des kleinen Mannes wesentliche Ursachen dafür, daß die scheinbar unbestechlichen Kritiker dieses Zustandes gewählt werden. Nichts ist zu blöd, um für die Mißstände sogenannte Asylbetrüger verantwortlich zu machen.

Doch hinter dem Wahlergebnis stecken auch wesentliche ideologische Gründe. Nicht alle, die NPD wählen, sind arbeitslose Jugendliche. Der Zustrom kam auch aus dem Kreis Besserverdienender. Nach der Verteufelung der „SED-Diktatur“ hatten nicht wenige aus diesen Reihen erwartet, daß nun ihre Meinung zu gewichtigen Problemen der Gesellschaft gefragt sei. Das einzige aber, das sie erleben, ist die Möglichkeit, alle vier Jahre ihre Stimme abzugeben.

„Ob wir wählen oder nicht – es ändert sich nichts“, haben wir von denen gehört, die überhaupt noch mit sich sprechen lassen. Eine schweigende und verbitterte Mehrheit enthielt sich der Stimme oder wählte die Nazis, weil sie ausgerechnet von denen Änderungen erwarten.

**Dr. Manfred Bewersdorf, Neubrandenburg**

Bei täglichen Morden der westlichen Kreuzritter in Afghanistan geht mir so durch den Kopf: Die NATO führt als aggressiver Pakt erstmals Bodenkriege – drei Kriege in fünf Jahren; unter Führung

der USA, gegen die sich zu wenig Widerspruch erhebt, werden Folterer und Mordknechte eingesetzt; als bewährtes Rezept zur Sicherung der USA-Vorherrschaft dient die Installation von Quislingen, die aus den USA importiert worden sind (Afghanistan, Georgien u. a.).

Das Opferverhältnis zwischen der NATO und dem afghanischen Widerstand beträgt 1:100. Damit ist eine Situation herbeigeführt worden, wie sie zu Hitlers Zeiten bestand.

**Bernd Meyer, Dresden**

Die entwürdigten Leute aus Afrika und Asien setzen sich mit Recht in Richtung ausbeutende Industriestaaten in Bewegung, ob das den Bosen paßt oder nicht.. Sie werden wie eine Abart von Terroristen behandelt, wenn sie sich Europa, das zur Festung ausgebaut wird, nähern. Doch hier liegt kein Religionsstreit vor, den loszutreten man für zweckdienlich hielt. Das Zwietrachtssäen als Ausbeutungsmethode hat schon immer funktioniert!

**Fritz Götz, Potsdam**

Vermutlich hatte man sich nach Auflösung der SED zu spontan und damit unüberlegt für den Namen Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) entschieden. Später wurde das Substantiv Linkspartei hinzugefügt, als wollte man damit etwas erklärend unterstreichen.

Doch Sozialismus ist Sozialismus; er ist weder undemokratisch noch national. Der Sozialismus verkörpert schließlich seine mit ihm verbundene Demokratie, sonst wäre er logischerweise kein Sozialismus. Das kann man bei Marx nachlesen. Die einfachste Lösung wäre, das große D künftig klein zu schreiben und eine wirklich sozialistische Politik zu betreiben. Dann hieße das Ganze Partei des Sozialismus und die Beifügung Linkspartei könnte weggelassen werden. Ich erlaube mir zu bezweifeln, daß man sich zu dieser Korrektur durchringen könnte.

Eine PdS, die eine sozialistische Politik praktizierte, könnte man (wieder) wählen.

**Wolfgang Willms, Weida**

Seit 1990 wird von mir unablässig gefordert, ich solle die Vergangenheit „aufarbeiten“. Das habe ich nun 16 Jahre lang getan. Ergebnis: Für mich war und bleibt die DDR die einzig gültige Alternative zum deutschen Imperialismus.

Doch die „Aufarbeitung“ wird so lange weitergehen, bis es die Berliner Politiker, ihre Auftraggeber und Nachbeter geschafft haben, einer Mehrheit ihre Thesen vom „Unrechtsstaat DDR“, von der „DDR-Mißwirtschaft“, von „maroden DDR-Betrieben“, „enormen Bildungsrückständen“, „ideologisch gelenkter“ Wissenschaft und Kultur einzutrichtern. Das wird ihnen leider bei einem großen Teil der Jüngeren gelingen. Die Älteren haben ihre Erfahrungen. Deshalb setzen die Verfechter der „DDR-Aufarbeitung“ auf eine „biologische Lösung“.

**Hein Friedriszik, Berlin**

Wenn man hört, mit welcher Rücksichtslosigkeit in dieser Gesellschaft dem Profit nachgejagt wird, so ist man zutiefst schockiert. Abfallentsorger aus deutschen Landen verbringen den bereits hier teuer bezahlten Hausmüll ins benachbarte Ausland und entladen ihn dort in der freien Natur. So wurde z. B. Müll aus Sachsen-Anhalt und Bayern in großen Mengen nach Tschechien gebracht und dort abgekippt. Dabei wandert der gesamte Erlös in die eigene Tasche, da man die Entsorgung auf hiesige Deponien oder in Müllverbrennungsanlagen umgeht. Aus dem EU-Land Belgien lieferte eine Firma sogar per Schiff hochgiftigen Sondermüll in das afrikanische Land Elfenbeinküste. In unmittelbarer Nähe von Wohnsiedlungen der Hauptstadt wurden die Giftstoffe an Land gebracht. Menschen starben und Tausende mußten mit schweren Atemwegserkrankungen Hospitäler aufsuchen.

Wenn Leute eine Gesellschaft mit solchen Defiziten so anpreisen und deren abendländische Werte loben, dann kommt man schon ins Grübeln.

**Werner Juhemann, Geithain**

Wie alle Jahre seit der konterrevolutionären Übernahme der DDR durch die BRD wurde bei der Würdigung bestimmter „Jubiläen“ kübelweise Schmutz über die DDR ausgekippt. Dem Ganzen wurde jedoch die Krone dadurch aufgesetzt, daß man mitteilte, man wolle einen Film über den Schwerstkriminellen Gartenschläger produzieren, der an Sicherungsanlagen der Staatsgrenze der DDR Manipulationen vorgenommen hat, wobei er selbst zu Schaden kam. Damit ist er ganz automatisch ein Held der westlichen Welt geworden.

**Hans-Peter Ecke, Berlin**

Der Internet-Leser der belgischen Wochenzeitung „Solidaire“ W. M. Lebbeke äußerte sich hier folgendermaßen: „Unlängst war ich in der Ex-DDR. Wer denkt, dort ginge es wirtschaftlich aufwärts, irrt. 2005 arbeiteten 1,8 Millionen Ostdeutsche für den Mindestlohn, 550000 in Ganztagsstellen und 650000 in Teilzeit. 520000 Menschen arbeiten für einen sehr schlechten Lohn, 100000 im ‚Ein-Euro-Job-System‘. Die braune Pest ist wieder aktiv: In Pretzien (bei Schönebeck) hat die NPD das Buch von Anne Frank öffentlich verbrannt und Aufmärsche in Delmenhorst, Halle, Weimar und Rostock organisiert.“

Ich habe die DDR oft besucht und kann versichern, daß dort nicht nur Kummer und Qualen herrschten. Im Sozialbereich stand sie auf etlichen Gebieten besser da als wir im Westen.“

Dem kann ich als einstiger DDR-Bürger nur beipflichten. **Jens-Torsten Bohlke, Brüssel**

Mich ärgert die Behauptung eines gewissen Prof. Carsten Gansel im „Nordkurier“ – der hiesigen Regionalzeitung –, die ehemaligen DDR-Bürger müßten doch am besten wissen, wohin „Verproletarisierung“ und „schleichende Kulturlosigkeit“ führten. Offensichtlich bemüht sich der Professor darum, den Begriff Proletariat negativ zu besetzen. Ich jedenfalls war immer stolz darauf, in allen Fragebögen, die ich ausgefüllt habe, bei sozialer Stellung Arbeiter eintragen zu können. Die Kultur, die ich in der DDR erlebt habe, war jener in der heutigen BRD eindeutig überlegen. Das begann mit dem kulturvollen Umgang im Alltagsleben, dem Besuch zahlreicher Theateraufführungen, dem Niveau des Fernsehprogramms (es mußte ja nicht jeden Abend Leichen geben), bis hin zum Bau der Semperoper Dresden oder des Palastes der Republik in Berlin.

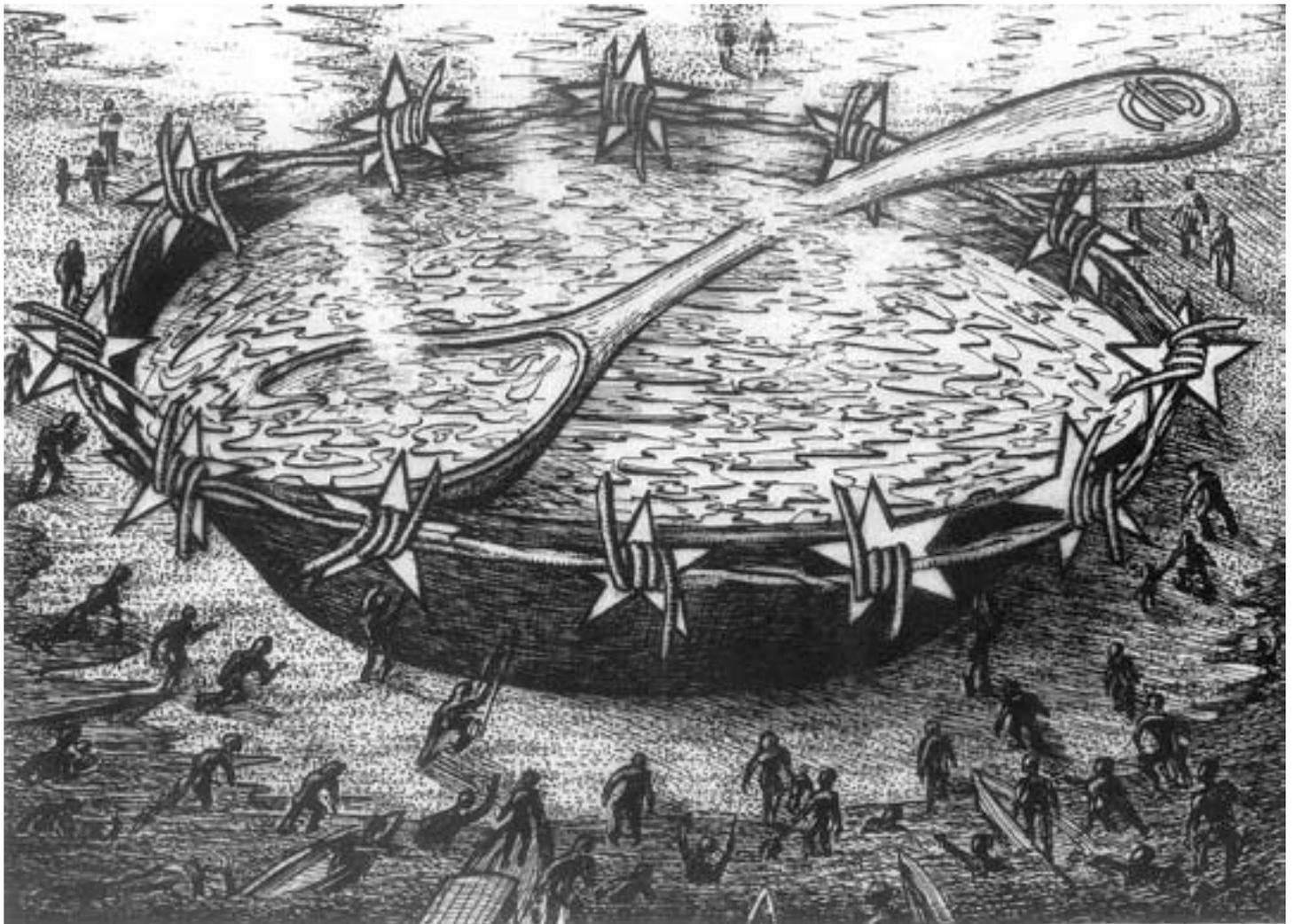
**Holger Timm, Groß Nemerow**

Unlängst führte die Berlin-Brandenburgische Auslandsgesellschaft in Potsdam ein Seminar über das Thema „Vietnamesisches Leben zwischen Integration und Solidarität im Land Brandenburg“ durch. Daran nahmen Deutsche, Vietnamesen und Bürger anderer Länder teil, darunter Fachleute verschiedener Disziplinen.

Zum Höhepunkt der Veranstaltung wurde die Vorführung eines Dokumentarfilms über die vietnamesischen Opfer des Krieges der USA, der besonders in Südvietnam mit hochgiftigen Chemikalien (Dioxin) gegen Menschen und Natur geführt worden ist. Dadurch wurden nicht nur Bäume und Sträucher entlaubt und ganze Landstriche für Jahrzehnte vergiftet. Das Schlimmste neben der direkten Erkrankung mit den giftigen Aerosolen besprühter Menschen sind wohl die für mehrere Generationen eingetragenen Erbgutschäden. Etwa einhunderttausend vietnamesische Kinder sind infolge dieses Chemiewaffenkrieges der USA körperlich und geistig verkrüppelt und nicht allein lebensfähig – eine große Last für die ganze Gesellschaft. Tausende vietnamesische Frauen brachten verstümmelte, deformierte Wesen zur Welt, die bei der Geburt starben.

Am Ende des Seminars sprach mich ein Afghane an, der mir berichtete, daß die U. S. Army auch in seinem Land Chemiewaffen eingesetzt habe. Anschließend sei die afghanische Armee in die betroffenen Gebiete geschickt worden. Unter den Soldaten habe es viele Erkrankungen gegeben. Wie denken die Deutschen darüber? Wo sind die KSK-Truppen am Wirken?

**Horst Jäkel, Potsdam**



Neue Grenzen

Grafik: Klaus Parche

Am **5. Dezember** um **18 Uhr** spricht **Rolf Berthold** im Liebknecht-Haus, Braustraße 15, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Leipzig** über das Thema:

## Vietnam – 30 Jahre nach der Befreiung des Südens

Gäste sind sehr willkommen.

Am **8. Dezember** um **16.30 Uhr** findet in der Torstraße 203–205 die letzte diesjährige Zusammenkunft der **Berliner Regionalgruppe** statt. Zu Gast ist der Schriftsteller **Armin Stolper**, der u.a. aus seinem neuen Buch

## Briefe aus dem Café Toscana

lesen wird. Mit von der Partie ist der Schauspieler **Uwe-Detlev Jessen**.

Am **18. Dezember** um **19 Uhr** spricht der langjährige DDR-Botschafter in der Volksrepublik China und Vorsitzende des „RotFuchs“-Fördervereins **Rolf Berthold** im Eulensaal des Gebäudes der Murhardschen Bibliothek der **Universität Kassel**, Brüder-Grimm-Platz 4 a, über das Thema:

## Was gibt es Neues in China?

Interessenten sind herzlich eingeladen.

### IMPRESSUM

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

**Herausgeber:**  
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

**Chefredakteur:** Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)  
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,  
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965  
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de  
(Redaktionsadresse)

**Layout:** Egon Schansker

**Herstellung:** Druckerei Bunter Hund

**Internet:** www.rotfuchs.net

#### Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki  
Rolf Berthold  
Dr. Manfred Böttcher  
Dr. Vera Butler (Melbourne)  
Wolfgang Clausner  
Prof. Dr. Götz Dieckmann  
Ralph Dobrawa  
Dieter Fechner  
Dr. Peter Fisch  
Bernd Fischer  
Peter Franz  
Günter Freyer  
Prof. Dr. Georg Grasnack  
Dr. Ernst Heinz  
Hans-Dieter Hesse  
Manfred Hocke  
Hans Horn  
Dr. Klaus Huhn

Dr. Erhard Kegel  
Dr. Hans-Dieter Krüger  
Rudi Kurz  
Prof. Dr. Hans Lutter  
Wolfgang Mäder  
Bruno Mahlow  
Dr. Bernhard Majorow  
Prof. Dr. Fred Matho  
Wolfgang Metzger  
Prof. Dr. Harry Milke  
Frank Mühlefeldt  
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)  
Richard Georg Richter  
Prof. Dr. Werner Roß  
Gerhard Schmidt  
Prof. Dr. Horst Schneider  
Dr. Gerhard Steinmüller  
Fritz Teppich  
Dr.-Ing. Peter Tichauer

#### Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger,  
Klaus Parche, SHAHAR

**Internet-Präsentation  
des „RotFuchs“ und  
akustische Ausgabe**  
(für Sehbehinderte):  
Sylvia Feldbinder

#### Versand und Vertrieb:

Armin Neumann  
Salvador-Allende-Straße 35  
12559 Berlin ☎ 030/654 5634  
arminneumann@web.de  
Marianne Ahrens,  
Sonja Brendel, Bruni Büdler,

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

**Unser Konto:** „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400  
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,  
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74